

epd medien

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd medien: Diemut Roether (verantw.), Michael Ridder, Michaela Hütig.

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich epd medien (Druckausgabe als PDF). Plus fünf Mal wöchentlich epd medien aktuell (elektronisch als PDF-Datei).

Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 64,20 €.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-191,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-135,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd medien

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

04. Dezember 2015 **49**

INHALT „Die Nerven bewahren“

Ein epd-Interview mit ARD-Aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke 3

Wiedersehen im Kurhaus

Das Fernsehfilm-Festival Baden-Baden 2015 / *Von Volker Bergmeister* 5

Australisch denken

Vorschläge für eine Reform der audiovisuellen Regulierung / *Von Wolfgang Schulz* 8

Inland

Spiegel-Verlag baut 150 Stellen ab und startet neue Projekte 10

WDR 3 will jeden Werktag ein Hörspiel senden 11

Deutsche Welle erhält 12,9 Millionen Euro mehr 12

RTL fällt deutlich hinter ZDF und Das Erste zurück 13

Klage von ProSiebenSat.1 gegen Medienanstalt zurückgewiesen 14

Keine Rüge für den Facebook-Pranger der „Bild“ 15

RBB-Intendantin Reim verlässt den Sender 2016 15

Weitere Inlandsmeldungen ab Seite 16

Internationales

Protest gegen Festnahme von Journalisten in der Türkei 27

Chinesische Journalistin Gao Yu aus der Haft entlassen 27

ARD sieht Zukunft des terrestrischen Fernsehens gesichert 28

Griechenland: Parlament billigt neues Mediengesetz 29

Weitere internationale Meldungen ab Seite 30

Kritik

VOR-SICHT: „Der verlorene Bruder“ von Geschonneck/Toma (ARD/WDR) 32

„Unsichtbare Jahre“ von Fabrick/Hollinger (ARD/WDR/Degeto) 33

„Luis Trenker - Der schmale Grat...“ von Murnberger/Probst (ARD/BR/ORF) 34

„Für eine Nacht... und immer?“ von Tafel/Blobel/Krause (ARD/Degeto) 35

„37°: Niemand darf es wissen. Corinne ...“ von Maike Conway (ZDF/KiKA) 36

Weitere Kritiken ab Seite 37

Umfragenmist. Supermann Trump und die Mondlandung

epd Könnte man bei der Berichterstattung über den US-Wahlkampf bitte aufhören, ständig neue Umfragewerte in die Überschriften zu katapultieren? In epischer Breite darüber zu berichten, welcher Kandidat führt, wer aufgeholt hat, wieder vorne liegt, abergerutscht ist oder abgeschlagen ganz unten herumdriiftet? Umfragen vom Dezember 2015, wagen wir die These, sagen nichts über die Hauptwahlen im November 2016, und wenig über den Ausgang der Vorwahlen, vor allem bei den Republikanern. Dort stehen noch immer ein gutes Dutzend Anwärter und eine Anwärterin auf der Matte.

Gewählt wird in den USA alle vier Jahre. Im Dezember vor vier Jahren lag bei den republikanischen Vorwahlen laut Umfragen der frühere Kongressabgeordnete Newt Gingrich vorne. Newt wer? Vor acht Jahren hatte Hillary Clinton angeblich einen Riesenvorsprung vor Barack Obama. Für Medienschaffende in der Presse ist das Zitieren von Umfragenwerten freilich verlockend, wenn die Uhr Richtung Textabgabe tickt (der Autor nimmt sich nicht aus). Noch attraktiver sind Umfragen für die US-Fernsehsender, die Spannung erzeugen wollen wegen der Einschaltquote, die dann wiederum bestimmt, wieviel man für Wahlwerbesspots verlangen kann. Und im Netz klicken Nutzer offenbar gern auf Rankings.

Offenbar kommt es bei Umfragen stark auf die Qualität der Meinungsforscher an. Doch generell stellt sich die Frage, wie verlässlich die Ergebnisse überhaupt sein können. Im Bundesstaat Kentucky wurde jüngst der Gouverneur gewählt. Ende Oktober ermittelten Umfragen, der Demokrat liege vorne. Gewonnen hat am 3. November der Republikaner, 53 zu 44 Prozent. Der republikanische Präsidentschaftskandidat Mitt Romney erwartete 2012 aufgrund seiner Meinungsforscher angeblich noch am Wahltag, er werde ins Weiße Haus einziehen.

Wahlforscher haben es schwer und immer schwerer in den USA. Bei telefonischen Umfragen sind sie

auf Menschen angewiesen, die erstens den Hörer abnehmen und zweitens die Fragen beantworten. Das Pew Research Center hat 2012 bei einer Untersuchung zum Umfrageverhalten ermittelt, dass man nur in neun Prozent der Haushalte einen Redewilligen finden konnte. 1997 seien es noch 36 Prozent gewesen. Heutzutage haben mehr als 40 Prozent der US-Amerikaner keinen Festnetzanschluss. Da werden Umfragen teuer: Laut Verbraucherschutzgesetz dürfen in den USA Mobiltelefone nicht automatisiert angerufen werden. Es muss also eine echte Person anrufen und ermitteln, ob der Mensch am anderen Ende der Leitung reden will. Das kostet, auch bei den prekären Stundenlöhnen in den USA.

2012 war der Statistiker Nate Silver mit seinem Blog „fivethirtyeight“ in der „New York Times“ (jetzt bei ESPN beheimatet) der Leitstern am Umfragenfirmament, obwohl er manchen Wahlforschern und Politikern auf den Geist ging mit seinen Warnungen vor zu viel Vertrauen in einzelne Erhebungen. Durch die Kombination von kritischen Auswertungen aller Umfragen lag Silver bei „Barack Obama gegen Mitt Romney“ letztlich in jedem der 50 Bundesstaaten richtig.

Kürzlich hat Silver über die weltweit bestaunten Umfragewerte von Supermann Donald Trump geschrieben. Man dürfe sich nicht verrückt machen lassen, riet der Statistiker. Die These, dass Trump eine Chance habe, fuße größtenteils auf seinen Umfragewerten von 25 bis 30 Prozent, höher als die seiner Rivalen. Das müsse man im Kontext sehen: Die meisten Umfragen zu den republikanischen Vorwahlen erkundigten sich bei Menschen, die sich als Republikaner sehen. Laut Pew sind 23 Prozent Republikaner, laut Meinungsforschungsinstitut Gallup 28 Prozent. Unterm Strich, rechnete Silver, unterstützen den Donald also entsprechend der Umfragen rund sechs bis acht Prozent der Gesamtwählerschaft. So viele seien auch der Ansicht, die Mondlandung habe gar nicht stattgefunden.



Konrad Ege

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der Evang.
Publizistik (GEP) gGmbH in
Frankfurt am Main. HRB 49081
USt-ID-Nr.DE 114235 916
Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Bert Wegener

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien und epd medien aktuell:
Diemut Roether (Verantw. Redakteurin),
Michael Ridder, Michaela Hütig
Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261

E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de

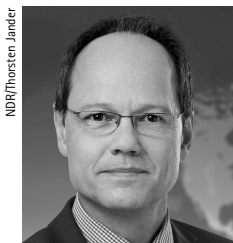
Erscheinungsweise: einmal
wöchentlich. (Druckausgabe)
Monatsabonnement: Druckausgabe
plus fünf Mal wöchentlich epd
medien aktuell (elektronisch)
72,80 Euro inkl. MWSt. Inland,
Ausland auf Anfrage.

Nachdruck nur mit Vertrag.

Anzeigen:
m-public Medien
Services GmbH
Zimmerstraße 90
10117 Berlin
Tel.: (030) 32 53 21-434
Fax: (030) 32 53 21-444
E-Mail: kappeler@m-public.de
Druck: druckhaus köthen
Friedrichstr. 11/12
06366 Köthen (Anhalt)

„Die Nerven bewahren“

Ein epd-Interview mit ARD-Aktuell-Chefredakteur Kai Gniffke



NDR/Thorsten Jander

Die höchste Terrorwarnstufe in Belgien hatte auch in den belgischen Medien einen Ausnahmezustand zur Folge. Die belgische Polizei forderte die Bevölkerung und die Medien auf, Stillschweigen über Polizeiaktionen auch in sozialen Medien zu bewahren. Dieser Aufruf wurde von den belgischen Medien und in den sozialen Netzwerken von weiten Teilen der Bevölkerung befolgt. Diemut Roether sprach mit Kai Gniffke, Chefredakteur von ARD-Aktuell darüber, wann sich Medien an die Bitte der Behörden, nicht zu berichten, halten sollten und über die Berichterstattung in Ausnahmesituationen. Gniffke (55) ist seit 2006 Chefredakteur von ARD-Aktuell. Zuvor war er Reporter beim SWR.

epd: Wäre eine Informationssperre wie in Belgien auch in Deutschland denkbar und wann unter welchen Umständen würden Sie sich daran halten?

Gniffke: Eine absolut heikle Frage, die letzten Endes auch eine ethische Frage wird. Zunächst einmal: Wir lassen uns nicht zensieren, das ist die Überschrift, unter der alles steht. Wenn wir Informationen haben, von denen wir glauben, sie sind wichtig für die Öffentlichkeit, würden wir sie auch veröffentlichen. Wenn wir jetzt aber darüber hinaus von Sicherheitsbehörden Hinweise erhalten, dass es Informationen gibt, die möglicherweise zu einer Gefährdung von Menschenleben in Deutschland führen könnten, wenn wir sie publizierten, wird es ganz schwer für uns. Zunächst einmal müssten wir uns darauf verlassen, dass die Aussage der Sicherheitsbehörden richtig ist. Wenn wir sie anzweifeln, wäre ein Grund gegeben zu sagen, wir halten uns nicht daran. Aber wer von uns würde die Verantwortung übernehmen wollen, wenn tatsächlich etwas passiert? Dieses Gedankenspiel ist für mich wichtig, um nachzuvollziehen, in welchen Gewissensnöten sich ein verantwortlicher Politiker befindet, der solche Entscheidungen treffen muss: Lasse ich ein Stadion räumen oder nicht? Ich stecke in einer ähnlichen Zwangslage: Auf der einen Seite habe ich das Gut der Pressefreiheit, auf der anderen stehen möglicherweise Menschenleben auf dem Spiel. Ich kann diese Frage nicht global beantworten, nur im Einzelfall.

Wie war das beispielsweise in Hannover, als das Fußballspiel Deutschland gegen die Niederlande abgesagt wurde? Gab es da auch den Wunsch der Sicherheitsbehörden, zurückhaltender zu berichten, um nicht unnötige Ängste zu wecken in der Bevölkerung?

Gniffke: Nein, den gab es nicht. Es gab die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesinnenministers, die ja hinlänglich kritisiert wurde, mit seiner Äußerung: Ich kann Ihnen nicht mehr sagen, denn das würde sonst zu Panik führen. Das ist für uns natürlich ein Grund nachzufragen. Wir wollen erst einmal alles wissen, und wir haben auch die Aufgabe, so viel wie möglich in Erfahrung zu bringen,

aber wir haben dann immer noch die Verantwortung, wie wir mit diesen Informationen umgehen. Die nimmt uns keiner ab. Das heißt für uns: recherchieren, Dingen auf den Grund gehen, den Innenminister und alle anderen Behörden fragen, was los ist. Es gibt auf keinen Fall ein Rechercheverbot. Und dann liegt es an uns zu entscheiden, wie wir damit umgehen.

Wie weit sind Sie gekommen mit Ihren Recherchen?

Gniffke: Da war Closed Shop. Insgeheim denkt man sich manchmal, dann ist es eben gut so, weil man nicht in die moralische Zwangslage kommt zu entscheiden, was man publizieren kann und was nicht. Aber es kann und wird natürlich nicht sein, dass wir die Hände in den Schoß legen, nur damit wir solche Situationen vermeiden. Ich hielte es für fatal, wenn Journalisten sagen würden, wir wollen jetzt gar nicht mehr wissen, was los ist.

In Belgien war ja das Verblüffende, dass sich auch die Nutzer der Sozialen Medien an die Bitte der Polizei gehalten haben und Katzenfotos getwittert haben statt Informationen, die sie sonst vielleicht getwittert hätten. Hat sich da Ihrer Meinung nach eine höhere Schwarmintelligenz gezeigt?

Gniffke: Auch das ist ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite denkt man, ach schau, die Leute verhalten sich vernünftig. Und trotzdem bleibt ein ungutes Gefühl, wenn sich plötzlich alle an eine Vorgabe halten, die für niemanden von uns nachprüfbar ist. Würde an uns so eine Bitte herangetragen, würde ich sagen, lasst uns gucken, wie wir beide Ziele in Einklang bringen können: die Menschen optimal zu informieren, ohne mutwillig eine Gefährdung herbeizuführen, also Dinge zu publizieren, die den Verbrechern nützen könnten. Wir müssten zum Beispiel Fotos, die wir posten, noch genauer angucken: Was muss ich zeigen, damit die Leute vernünftig informiert sind, aber was muss ich nicht zeigen, weil es nicht zu mehr Information führt,

aber möglicherweise mutmaßlichen Tätern nutzt. Ein extrem schmaler Grat.

Wäre so ein Verhalten wie das der Medien in Belgien, die sich an die Bitte der Sicherheitsbehörden gehalten haben, auch in Deutschland vorstellbar?

Gniffke: Ich kann mir das vorstellen. Wenn es genügend gute Argumente gibt und wenn ganz schreckliche Dinge passieren. Ich glaube, das hat jeder für sich geistig schon einmal durchgespielt: Was machen wir, wenn so etwas wie in Paris in Deutschland passiert? Ich könnte das nicht ausschließen, aber ich kann auch nicht sagen, dass es dann so sein wird. Jeder muss für sich abwägen: zwischen dem Anspruch der Menschen auf Information und dem, was wir glauben aufgrund der Sicherheitslage verantworten zu können.

Es hat ja Kritik an der ARD gegeben, die „Tagesschau“ sei bei den Anschlägen in Paris zu spät auf Sendung gegangen. Wie war die Nachrichtenlage, und wie sind Sie zu Ihren Entscheidungen gelangt?

Gniffke: Ich verstehe den Kern der Kritik an der ARD nicht. Die ARD hat die Menschen zu Augenzeugen gemacht. Unmittelbarer kann man es nicht machen. Wir waren am Ort des ersten Anschlags, im Stadion. Wir waren an dem Ort, der lange Zeit das Zentrum der Anschläge zu sein schien. Ich finde, die ARD hat die Menschen angemessen informiert. Wir waren zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit einer Nachrichtensendung auf dem Sender. Ich finde es auch im Nachhinein betrachtet richtig, dass wir entschieden haben, wir bleiben am Ort des Geschehens, denn nirgendwo ließ sich der Schockzustand der Stadt so authentisch abbilden wie in dem Stadion: Die Menschen rennen auf das Spielfeld, keiner weiß was los ist und wir zu dem Zeitpunkt auch noch nicht richtig. Deshalb gab es ein kurzes Nachrichten-Update. Die Korrespondentin in Paris sagt, was sie weiß, und mehr als sie weiß, können wir auch nicht wissen. Danach waren wir zurück im Stadion. Ich fand, das waren beeindruckende Gespräche, mit Rauball, der während des Spiels neben Steinmeier saß und insofern einiges mitgekriegt hat, mit Bierhoff, mit Löw. Im Nachhinein würde ich sagen: Wir hätten ein oder zwei Updates mehr liefern sollen im Laufe der Stunde. Wir haben zwei gemacht, dann wären es drei oder vier gewesen.

Mit Updates meinen Sie „Tagesschau“-Sendungen?

Gniffke: Genau. Was wir nicht gemacht haben: Wir sind nicht um elf Uhr schon auf die lange Strecke gegangen. Was hätten wir denn dann gemacht? Wir

hätten Ellis Fröder die ganze Zeit auf dem Sender gehalten, dabei musste die Korrespondentin ja zunächst recherchieren. Die Reihenfolge, die wir gewählt haben, war richtig: erst mehr Klarheit gewinnen, dann auf die lange Strecke gehen. Das ist ein grundsätzliches Dilemma: Es ist etwas passiert, man weiß aber noch gar nicht genau, was passiert ist, und die Leute wollen trotzdem möglichst schnell informiert werden. Was tun? Wenn ich der Korrespondentin nicht die Zeit gebe, Information zu sammeln, werde ich nie welche auf dem Sender haben. In solchen Situationen heißt es: Nerven bewahren.

Es hieß, CNN habe sofort gesendet, da habe ich gefragt, was hat CNN denn gehabt: Wisst ihr überhaupt, ob die Blaulichtbilder, die CNN als Dauerschleife gesendet hat, vom Tag waren? Waren die überhaupt aus Paris? Waren die vielleicht noch vom Anschlag auf „Charlie Hebdo“? Wenn ich mir vorstelle, wir hätten irgendwelche Bilder gezeigt und die wären von „Charlie Hebdo“ gewesen, das wäre für uns der Killer gewesen. Die Leute hätten uns zerrissen, wenn wir ein falsches Bild gezeigt hätten. Und worüber haben sie bei CNN geredet? Über Terrorismus im Wandel der Zeit. Das will ich bei uns nicht haben. Wir hatten die einmalige Chance, am Ort des Geschehens zu sein, wo sich in den Reaktionen von Tom Bartels und Matthias Opdenhövel der Schrecken auch abbildete, ohne dass sie dummes Zeug geredet hätten. Ich fand das sehr angemessen. Es gibt wie gesagt die Einschränkung: Statt der zwei Nachrichtenupdates zwischen elf und zwölf hätten wir ein oder zwei zusätzliche anbieten sollen. Wir sind jederzeit handlungsfähig und können jederzeit auf Sendung gehen, aber aus Hamburg statt aus dem Stadion zu senden und irgendwelche Bilder laufen zu lassen und irgendetwas daherzureden, von dem wir selbst nicht wissen, ob es stimmt, das wäre für mich keine sonderlich kluge Entscheidung gewesen. Ich lasse mich lieber dafür vermöbeln, dass wir es genau so gemacht haben als dafür, dass wir dummes Zeug gesendet hätten oder falsche Bilder.

Also lieber einmal zu wenig senden als einmal zu viel?

Gniffke: Die Nerven behalten! Wir waren etwa bei Germanwings und bei „Charlie Hebdo“ sofort da. Aber ich brauche auch die Kompetenz vor Ort, ich brauche die Korrespondenten, die sagen können, was sie wissen, und ich muss denen die Luft zum Atmen und die Zeit zum Recherchieren lassen.

Die Nerven bewahren, das klingt so einfach. Wenn so etwas passiert wie in Paris und in den folgenden Tagen die höchste Terrorwarnstufe in Brüssel, das bedeutet doch bestimmt auch für die Redaktion einen Ausnahme-

zustand. Wie reagieren Sie darauf? Wird die Redaktion aufgestockt?

Gniffke: Wir sind hier zu jeder Zeit reaktionsfähig. Wir sind nachts zwischen zwölf und zwei nicht so besetzt, dass wir lange Sondersendungen aus der Hüfte machen könnten, aber das Tolle an diesem Laden ist, dass es hier am Freitagabend auf einmal vor Menschen wimmelte. Die kriegen die Nachricht mit, fahren in den Sender und fragen, was kann ich tun? Das gibt einem bei all dem, was einen nicht kalt lässt, ein tolles Gefühl, weil die Identifikation mit dem Laden so hoch ist.

Die „Tagesschau“ berichtet ja seit Monaten sehr intensiv über Flüchtlinge, jetzt kamen die Anschläge und die Folgen. Wann kehren Sie wieder zurück zum Business as usual?

Gniffke: Eigentlich ist das für uns jetzt schon wieder Business as usual. Wir haben wieder ganz normale Innenpolitikthemen, in der vergangenen Woche haben wir den Bundeshaushalt gemacht. Das ist das Geschäft des Nachrichtenmachers: die Welt um sich herum nicht aus den Augen zu verlieren. Es gibt so etwas wie Normalbetrieb. Man darf nicht in Sturheit oder Lethargie verfallen, aber man muss die Nerven bewahren. ■

Wiedersehen im Kurhaus

Das Fernsehfilm-Festival Baden-Baden 2015 / Von Volker Bergmeister

epd Gunther Witte, ehemaliger WDR-Fernsehspielchef, hat einen Stammpfad im Saal des Kurhauses in Baden-Baden. Mit seinen 80 Jahren ist der „Tatort“-Erfinder als Pensionär weiter ein versierter und interessierter Zuschauer. Er hat sich beim Fernsehfilm-Festival sämtliche Wettbewerbsbeiträge angesehen. Sein Urteil: „Es war ein Wettbewerb der großen Schwankungen.“ Man könnte es auch anders ausdrücken: Es gab schon bessere Jahre in Baden-Baden. Am Ende gab es verdiente Preisträger, aber auch vertane Chancen und Kopfschütteln bei Jury und Publikum über so manchen Film, der in den Wettbewerb geschickt wurde.

Was sich hier in Baden-Baden alljährlich abspielt, ist wohl einzigartig in der Film- und Fernsehbranche. Hier wird öffentlich und offen diskutiert, hier üben Macher an Machern Kritik, hier wird gelobt, getadelt, analysiert, emotionalisiert. Hier lebt der Diskurs und viele sind bereit, sich zu öffnen, sowohl Juroren als auch diejenigen, die den Film geschrieben, inszeniert, produziert oder verantwortet haben. Wo gibt es das sonst, dass man ehrlich miteinander umgeht?

Konstruktive Streitkultur

Ein gutes Beispiel hierfür ist Daniel Harrich, Autor und Regisseur des Wettbewerbsbeitrags „Meister des Todes“ (ARD/SWR/BR). Jury-Vorsitzender Torsten Körner urteilte über den Film: „Es ist ein plakativer, sehr engagierter Genrefilm mit Schwächen, der aber mitunter attraktive Tableaus bietet. Ich fühlte mich vom Visuellen angesprochen, die Kamera und der Schnitt waren großartig, der thematische Bogen leider nicht.“ Daraufhin geht Harrich ans Mikrofon, bedankt sich für die offene Kritik, die – wie er klar betont – in der Branche so

nicht üblich ist, erklärt intensiv und unaufgeregt seine Herangehensweise und seine Beweggründe für die eine oder andere Szene und meint am Ende, die Kritik vom Podium helfe ihm auch, seinen nächsten Film besser zu machen.

Diese Szene ist exemplarisch für Baden-Baden mit seiner einzigartigen Lebendigkeit und konstruktiven Streit- und Diskussionskultur. Die pflegten in diesem Jahr als Juroren Moderatorin Bettina Böttinger, Regisseurin Isabel Kleefeld, Schriftstellerin Thea Dorn und Schauspieler Ulrich Matthes, der wunderbar leidenschaftlich agierte und der Diskussion oft mit seinen provozierenden Äußerungen den richtigen Schwung gab.

Öffentliche Kritik

epd Vom 23. bis 26. November diskutierte die Jury beim Fernsehfilm-Festival Baden-Baden über die eingereichten zwölf Filme, die die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste ins Rennen geschickt hat. Wie immer waren einige Filme von den Sendern eingereicht worden, die anderen von den Mitgliedern der Akademie gewählt. Den Jury-Vorsitz hatte Torsten Körner, weitere Mitglieder der Jury waren die Fernsehjournalistin und Moderatorin Bettina Böttinger, die Schriftstellerin und Essayistin Thea Dorn, die Regisseurin und Drehbuchautorin Isabel Kleefeld und der Schauspieler Ulrich Matthes (vgl. Meldung in dieser Ausgabe).

Klug und eloquent wurde die Runde geleitet von Torsten Körner, der in seinem dritten und letzten Jahr

als Juryvorsitzender noch einmal Maßstäbe setzte. Er geht. Seine Nachfolgerin steht schon bereit: Bettina Reitz, lange Jahre im öffentlich-rechtlichen Sendergeschäft zwischen ZDF, BR, Degeto und wieder BR tätig, zwischendurch Mitbegründerin und Produzentin bei Teamworx und seit zwei Monaten Präsidentin der HFF München. Der Vorsitz bleibt also in guten Händen.

Vielleicht nutzt Bettina Reitz die Möglichkeit, noch ein wenig mehr bei der Zusammensetzung an der Altersstruktur der Jury in Baden-Baden zu arbeiten. Es geht nicht um zu jung oder zu alt, sondern mehr um die Altersspanne, die diesmal ein gutes Jahrzehnt umfasste - von Jahrgang 1956 bis 1970. Vielleicht könnte man einen noch deutlich jüngeren Macher oder eine Macherin einladen, um die Diskussionen so noch etwas perspektivenreicher werden zu lassen.

Schauspielerische Leistungen

Nun aber zu den Preisträgern: „Meine Tochter Anne Frank“ (ARD/HR/WDR/RBB) ist ein würdiger Gewinner des Fernsehfilmpreises. „Dieser Film ist ein Meisterwerk“, zeigte sich Jurymitglied Bettina Böttinger beeindruckt, „besser kann Fernsehen nicht darstellen, was das Tagebuch zeigt: Anne Frank hatte großes Talent. Sie wäre eine große Schriftstellerin geworden. Es ist hier geglückt, den Ton dieser jungen Frau zu treffen.“

Raymond Ley hat dieses Dokudrama aus der Sicht des Vaters des jüdischen Mädchens, das 1945 im KZ Bergen-Belsen den Tod fand und zur Symbolfigur gegen die Grausamkeit des Völkermordes wurde, inszeniert. Die 18-jährige Mala Emde liefert eine grandiose schauspielerische Leistung, auch hier waren sich Publikum und Jury einig. Dass bei aller Diskussion um mehr Mut und mehr Experimenten im deutschen Fernsehfilm sich am Ende „Meine Tochter Anne Frank“ durchsetzen konnte, zeigt, dass es in erster Linie um die Inhalte geht und sich Qualität auch ohne große erzählerische und dramaturgische Kniffe durchsetzen kann.

Zwei Sonderpreise vergab die Jury, beide Male gingen sie an Schauspieler. Barbara Auer und Matthias Brandt (er wurde in Baden-Baden auch für seine besonderen Verdienste um den Fernsehfilm mit dem Hans-Abich-Preis ausgezeichnet) wurden für ihre Leistungen im „Polizeiruf 110: Kreise“ (ARD/BR) geehrt, Christiane Paul erhielt die Trophäe für ihrer Rolle in Elmar Fischers Polit-Thriller „Unterm Radar“ (ARD/WDR). Alle drei durften sich auf der Bühne feiern lassen - vollkommen zu Recht.

Und dennoch hat die Jury mit diesen beiden Entscheidungen leider ein falsches Zeichen gesetzt. Denn das Fernsehfilm-Festival bietet die Gelegenheit, verschiedene Gewerke auszuzeichnen und so in den Mittelpunkt

zu rücken. Und Auszeichnungen für Schauspieler gibt es viele. Wenn man sich den Verlauf der Jury-Diskussionen ansieht, dann stimmt die Gewichtung in der Umsetzung in Preise nicht. Des Öfteren wurde während des Festivals Billy Wilders Ausspruch über die drei Voraussetzungen für einen guten Film („Erstens ein gutes Drehbuch, zweitens ein gutes Drehbuch und drittens - ein gutes Drehbuch“) bemüht. Und Ulrich Matthes geriet bei Matti Geschonnecks Film „Ein großer Aufbruch“ (ZDF) gar in Verückung: „Das Drehbuch ist einfach Weltklasse. Jeder Satz trifft gleichzeitig das Existenzielle einer Figur und die Leichtigkeit eines Genres.“ Doch einen Autor suchte man bei der Verleihung der Sonderpreise vergeblich.

Spiel mit dem Krimigenre

Magnus Vattrodt hätte eine Auszeichnung verdient gehabt, stellte er seine Schreibkunst doch gleich in zwei Wettbewerbsfilmen unter Beweis: Neben dem Buch zu „Ein großer Aufbruch“ lieferte er auch das zu „Das Zeugenhaus“ (ZDF). Und beim „Polizeiruf 110: Kreise“ nur die beiden Darsteller, die den Film tragen, zu loben, aber nicht Christian Petzold (Buch und Regie) zu ehren, der hier mit dem Krimigenre spielt, es sprengt, und das mit einer Präzision und Ästhetik, die unglaublich ist - das ist nur schwer nachzuvollziehen. Hier hätte man sich von der Jury mehr Fingerspitzengefühl gewünscht. Und ein Zeichen.

Einen Preis gab es für „Ein großer Aufbruch“ dann aber doch noch - überraschend oder auch nicht - von der Studentenjury. In dem psychologischen Kammerspiel geht es um die Konfrontation mit dem eigenen Sterben, die Aufarbeitung einer Familiengeschichte und die Bewertung des eigenen Lebens des Überlebenden angesichts des Todes. Die Studierenden der Filmakademie Baden-Württemberg und der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf machten dieses Beziehungsdrama zu ihrer Nummer Eins und sagten bei ihrer Begründung etwas sehr Bemerkenswertes: Junge Menschen wollen keine Filme, in denen man versucht, sich mit jugendlichen Themen dem Publikum anzubiedern, auch junge Menschen wollen in erster Linie gute Filme, egal zu welchem Thema. Eine Botschaft der Nachwuchsmacher, die hoffentlich in den Redaktionen der Sender auch ankommt.

Auch die 3sat-Zuschauer hatten eine Botschaft, sie kürtten überraschend einen Sat.1-Film zum Sieger. Der Publikumspreis ging an „Die Ungehorsame“. Dieses Zeichen des Publikums sollte den Privatsender ermutigen, wieder mehr zu wagen im Bereich eigenproduzierte Fiktion. Vor mehr als zehn Jahren war Sat.1 schon viel weiter, sorgte mit Filmen wie „Wambo“ oder „Der Tanz mit dem Teufel“ für Aufsehen. Seither setzt der Privatsender vorwiegend auf beliebige Komödien in

coolem Look und mit trendiger Chartmusik. Dass man auch mit schweren Themen Zuschauer binden kann, wie es Regisseur Holger Haase mit seinem intensiven Ehedrama über häusliche Gewalt (mit Felicitas Woll und Marcus Mittermeier) gelang, sollte Sat.1 als ein Signal sehen – als ein Signal, das zwar nicht die Jury, aber die Zuschauer ausgesendet haben.

Talentpflege

Letztlich erhielten die richtigen und die wichtigen Filme des Wettbewerbs Preise. Diejenigen, die auch für Gunther Witte bei seiner Einschätzung „mit großen Schwankungen“ die Ausschläge nach oben bildeten. Schade nur, dass einige wichtige Filme des Jahres nicht in Baden-Baden eingeladen waren. Die Gesellschaftssatire „Vorsicht vor Leuten“, spritzig, witzig, doppelbödig, nicht berücksichtigt zu haben, war ein echtes Versäumnis. Auch „Ich will Dich“, ein kraftvoll erzähltes Drama von Rainer Kaufmann um Liebe und Lust zweier Hetero-Frauen, die sich ineinander verlieben, hätte man sich gewünscht. Auch „Schwarzach 23 und die Hand des Todes“, Auftakt einer ZDF-Krimireihe, hätte gut in den Wettbewerb gepasst: Spannung und schwarzer Humor, eigenwillig, schräg, unkonventionell – diese Art Filme braucht das Festival.

Wichtig ist in Baden-Baden immer auch die Talentpflege. Für die gibt es den MFG-Star. Vier Nachwuchsregisseure und Nachwuchsregisseurinnen bewarben sich, Juror Rosa von Praunheim entschied sich für Marc Brummund und seinen Film „Freistatt“. Nicht zuletzt dank der herausragenden Kameraarbeit von Judith Kaufmann und seinem jungen Hauptdarsteller Louis Hoffmann gelingt dem Regisseur ein beklemmendes Jugenddrama um grausame Praktiken in einer Erziehungsanstalt im Norddeutschland der 60er Jahre, die dem Film auch seinen Titel gab.

Eine alte Tradition in Baden-Baden ließ Klaudia Wick, die als Leiterin in den vergangenen beiden Jahren dem Festival neue Impulse gegeben und es ein wenig entstaubt hat, mit der „offenen Dämmerstunde mit Schoppen“ wieder aufleben. „Gemeinsam nachdenken über den Fernsehfilm“ sollten vier Hans-Abich-Preisträger: HFF-Präsidentin Bettina Reitz, Produzentin Gabriela Sperl („Operation Zucker“), Nico Hofmann, Ko-CEO und designierter Chef der Ufa sowie Matthias Brandt. Der gab nach einem kurzen Abtasten den Takt vor: „Wenn ich meiner 16-jährigen Tochter erzähle, dass heute im Fernsehen ein Film mit mir läuft, dann sagt sie: Fernsehen, was ist das?“ Der Schauspieler mahnte, das Medium sei auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit, forderte mehr Mut und Wagnis bei Projekten, die auch mal scheitern dürften.

Für Gabriela Sperl wurde der Dämmerstunde mehr zur Dämmerstunde, wenn sie von der immer schwieriger werdenden Finanzierung der Filme sprach und die Selbstausschöpfung der Regisseure, Autoren und Schauspieler als nicht mehr tragbar anprangerte. Bettina Reitz warnte vor der abnehmenden Relevanz des Fernsehfilms gegenüber Serien mit starken Themen und starken Charakteren. Die hat Nico Hofmann schon produziert, sieht da in Deutschland noch viel Potenzial. Wenige Stunden nach der Diskussion startete seine Event-Serie „Deutschland '83“ mit knapp über 3 Millionen Zuschauern weit unter den Erwartungen des Senders und des Produzenten.

Öffnung für Mehrteiler

Noch ein Blick in die Zukunft: Den Veränderungen auf dem Fernsehmarkt sollte auch das Fernsehfilm-Festival Rechnung tragen. Cathrin Ehrlich, in diesem Jahr kommissarische Leiterin und für die nächsten drei Jahre von der Akademie zur Chefin ernannt, sollte die Richtung, die Klaudia Wick vorgegeben hat, mutig und konsequent weitergehen. Gemeinsam mit der Akademie gilt es die neuen Herausforderungen zu diskutieren und den Traditions-Wettbewerb aktuellen Entwicklungen anzupassen.

Klar, der Fernsehfilm muss das Herzstück bleiben. Er hat hierzulande eine herausragende Stellung, die qualitative Dichte und Erfolgsformate wie den „Tatort“ haben andere Länder, ob USA, England oder die skandinavischen Länder, im Fernsehfilm nicht zu bieten, da muss man sich vor niemandem verstecken. An den strengen Formatvorgaben, diesem 88,5-Diktat sollte man kräftig rütteln, der Standardisierung der Ausstattung trotzen und endlich aufhören, Kreativität durch Kontrolle zu zerstören. Aber anderen Erzählformen sollte man sich künftig in Baden-Baden nicht verschließen.

Es wäre an der Zeit, den Wettbewerb Mehrteilern und auch der Mini-Serie zu öffnen. Viele Produktionen entstehen hierzulande, über „Deutschland '83“ oder „Weinberg“ sollte man künftig auch im Kurhaus diskutieren – und das nicht nur im Rahmenprogramm. Dazu sollte man auch Pay-TV oder Streaming-Plattformen mit ins Programm nehmen. Wichtig ist gutes Fernsehen, egal wer es macht. Man darf gespannt sein, ob das Fernsehfilm-Festival schon 2016 darauf reagiert. Und auch wenn Jury-Chef Torsten Körner zu seinem Abschied einen Liedtext abwandelte und sagte: „Hoffentlich treffen wir uns am Ende alle im selben Heim“, so gilt für ihn und alle anderen: Erst einmal sehen wir uns nächstes Jahr wieder in Baden-Baden. ■

Australisch denken

Vorschläge für eine Reform der audiovisuellen Regulierung / Von Wolfgang Schulz

epd Grundsätzlich schätzen Lobbyisten das vielschichtige System der Regulierung im Kommunikationsbereich. Findet man mit einer Forderung nach Regelungen zur Auffindbarkeit von wichtigen Inhalten im Länderkreis kein Gehör, so kann man es bei der Generaldirektion Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien der EU-Kommission versuchen. Waren dort die Kollegen mit ihren Ideen zu Must-Offers schon erfolgreich, kann man beim Bundeswirtschaftsministerium vorstellig werden, um die Pläne zu bremsen.

Hermes-Studie

epd Das Hans-Bredow-Institut für Medienforschung in Hamburg und das Institute for Information Law der Universität Amsterdam plädieren in ihrer gemeinsamen „Hermes“-Studie für eine strukturelle Reform der audiovisuellen Regulierung in Europa. Um auf Digitalisierung und Konvergenz reagieren zu können, sollte die Regulierung nicht primär an Diensttypen anknüpfen, sondern von Zielen wie Jugend- und Verbraucherschutz her entwickelt werden, heißt es in der Studie, die Ende Oktober veröffentlicht wurde (epd 44/15). Die Untersuchung wurde von der RTL Group in Luxemburg finanziell unterstützt und kann unter <http://u.epd.de/fym> heruntergeladen werden. Der Direktor des Hans-Bredow-Instituts, Wolfgang Schulz, hat in seinem Beitrag für epd medien die zentralen Befunde und Vorschläge zusammengefasst.

Nun aber schlägt die Komplexität zurück. Die Interessenvertreter wirken derzeit unentspannt, da sich Bitten um schriftliche Stellungnahmen und Teilnahme an Anhörungen von Bund, Ländern und EU häufen und es selbst Experten einige Mühe kostet zu verstehen, ob die EU mit „Intermediären“ im Urheberrecht dasselbe meint wie die Bund-Länder-Kommission, wenn sie über Markt- und Meinungsmacht reflektiert, oder ob der Plattformbegriff bei der Arbeitsgruppe in Düsseldorf derselbe ist wie 180 Kilometer westlich bei der EU-Kommission in Brüssel.

Dass zu dieser Zeit nun auch die Richtlinie über Audiovisuelle Mediendienste (AVMD) überarbeitet werden soll (ein sogenannter Regulatory-Fitness-Prozess), macht die Sache nicht einfacher. Sie ist die europarechtliche Grundlage für die Regulierung von Rundfunk und bestimmten audiovisuellen Abrufdiensten in Europa. Sie

schreibt Fernsehsendern maximale Werbezeiten pro Stunde vor, verankert das Gebot der Trennung von Werbung und Programm, koordiniert den Jugendschutz und soll dafür sorgen, dass alle audiovisuellen Angebote in Europa die Menschenwürde achten.

Es steht nicht zu erwarten, dass die Richtlinie ihre Fitness-Übungen besser bewältigen kann, wenn man ihr Zirkeltraining noch um weitere Stationen erweitert, soll heißen, wenn man die Lösung von Problemen, die durch die Konvergenz von Technologien und Branchen im Kommunikationsbereich entstehen, im Detail auf europäischer Ebene suchen möchte. Das muss erfreulicherweise auch nicht sein. Die Komplexität der Entwicklung lässt es gerade sinnvoll erscheinen, sich auf die zentralen Ziele der europäischen Regelwerke rückzubesinnen. Das haben das Informationsrechts-Institut in Amsterdam und das Hans-Bredow-Institut in Hamburg mit der kürzlich veröffentlichten Studie „Hermes“ versucht (epd 44/15).

Im Kern erfüllt die AVMD-Richtlinie drei Ziele: Es sollen Mindeststandards festgelegt werden, die kein EU-Staat unterschreiten darf, die grenzüberschreitende Verbreitung von Diensten soll erleichtert werden, indem die Rechtsanwendung und die Aufsicht im Ursprungsland der Angebote erfolgt, und es sollen Spielräume für die Mitgliedstaaten definiert werden, damit sie ihre medienpolitischen Ziele verfolgen können. Es besteht keine Notwendigkeit, eine umfassende Ordnung für die Kommunikation im digitalen Zeitalter für Europa zu schaffen.

Zentrale Regulierungsziele

Bei der Regulierung kommt gerade auf europäischer Ebene der Definition der Anwendungsbereiche eine zentrale Rolle zu. Dass wir in Deutschland Rundfunk als lineares Medium definieren, liegt nicht daran, dass man dies für das zentrale Kriterium hält, von dem es abhängen soll, ob die Vielfaltssicherung – das Herzstück der Rundfunk-Regulierung – greift, sondern daran, dass die AVMD Fernsehen so definiert.

Ein Befund der Hermes-Studie lautet, dass wir nicht erwarten dürfen, dass rasch neue, stabile Muster der Mediennutzung oder der Verwertungsketten entstehen. On-Demand Angebote sind ohne Zweifel auf dem Vormarsch, bei bestimmten Inhalten und Zielgruppen sogar dominant. Es gibt auch deutliche regionale Unterschiede in Europa. Aus diesem Grund und angesichts

des überschaubaren Anpassungstempos der Richtlinie ist es wenig sinnvoll, auf europäischer Ebene neue Angebotstypen zu definieren, die dann alle Mitgliedstaaten ihrem Kommunikationsrecht zugrunde legen.

Vielmehr wäre zu überlegen, das Organisationssystem umzudrehen und nicht die jeweiligen Dienste, sondern die zentralen Regulierungsziele wie Jugendschutz, Schutz der Menschenwürde, Verbraucherschutz und so fort als Ausgangspunkt der Regulierung zu nehmen. Das europäische Recht muss dann nur jeweils Anknüpfungspunkte für die einzelnen Regelungen definieren, ist aber nicht mehr gezwungen, einzupreisen, wie lange noch lineares Fernsehen die Relevanz hat, die es rechtfertigt, es besonders intensiv zu regulieren. Das können die Mitgliedstaaten tun, etwa indem sie in ihrem Kompetenzbereich vorherrschende Meinungsmacht bekämpfen oder positiv Vielfalt sichern.

So entsteht eine Regulierung, die für bestimmte Regelungsziele Lösungen anbietet. Dieses modulare Vorgehen erleichtert es auch, differenziert auf Fragen einzugehen, die die regulatorische Fairness betreffen. So kann man sich etwa fragen, ob für bestimmte Bereiche der Werberegulierung die Differenzierungen zwischen audiovisuellen Angeboten auf Abruf und linearen Angeboten sachgerecht ist. Für andere Fragen kann man überlegen, ob die Regulierung nicht über die jetzt erfassten audiovisuelle Mediendienste auf Abruf hinaus auf in gleicher Weise redaktionell verantwortete Angebote ausgedehnt werden könnte. Hier ist an Plattformen mit nutzergenerierten Inhalten zu denken, die in Aufmerksamkeitswettbewerb mit audiovisuellen Mediendiensten auf Abruf treten.

Umkehr der Perspektive

Zudem kann die europäische Regulierung auf diese Weise Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben, Konzepten wie der Anreizregulierung mehr Raum zu geben. Deren Grundidee ist es, den Regelungsrahmen so zu gestalten, dass Anbieter gesellschaftlich gewünschte Ziele aus ökonomischem Eigeninteresse erfüllen. Dies kann unter anderem das Problem lösen helfen, rechtlich Abgrenzungen von Dienstetypen vorzusehen. Dies wird in Zeiten der Konvergenz erkennbar schwerer. Wenn sich Anbieter selbst dem „richtigen“ Bereich zuordnen, entfällt das Problem für den Regulierer – zumindest an dieser Stelle. Ein Beispiel wären etwa Angebote, die einen besonderen Vielfaltsbeitrag leisten und daher Vorteile im Hinblick auf ihre Auffindbarkeit erhalten.

Dieses Umdrehen der Perspektive erleichtert es auch zu sehen, dass viele bislang getrennt betrachtete Bereiche zusammen gedacht werden müssen, um eine kohärente Regulierung zu erreichen. Regelungssystematisch gibt

es keinen Grund, Auffindbarkeit und Plattformzugang in der AVMD zu regeln, sehr wohl aber braucht es eine entsprechende Grundlage im Telekommunikationsrecht der EU, um den Mitgliedstaaten diese Regulierung zu ermöglichen. Diese findet sich bislang rudimentär in Art. 31 Universaldienstrichtlinie und Art. 5 und 6 der Zugangsrichtlinie. Sie können die Basis für ein Regulierungsmodul sein, das eine Grundlage dafür legt, was in Deutschland Plattformregulierung heißt, müssten aber ausdifferenziert werden.

Auch das europäische Primärrecht – also die Verträge, auf denen die EU ruht – rückt so in den Blick, da dort etwa das europäische Kartellrecht seinen Regelungsort findet. Hier könnte eine Öffnung dazu führen, dass medienpolitisch sinnvolle Kooperationen nicht als Kartelle untersagt werden. Das gehört zu den genannten Spielräumen, die die Mitgliedstaaten brauchen. Leider scheint die Bund-Länder-Kommission in Deutschland nicht den Mut aufzubringen, diese Frage anzugehen. Aber eine Prüfung kann zeigen, dass es vielleicht gar keiner Änderung des Primärrechts bedarf, sondern die EU-Kommission nur von der Notwendigkeit einer interpretativen Mitteilung überzeugt werden muss.

360-Grad-Blick

Diese Beispiele sollen zeigen: Es bedarf eines 360-Grad-Blickes auf die Regelungsfragen; es genügt nicht, nur an der AVMD zu arbeiten. Zusammen zu betrachten sind die Fragen nach einem Mindeststandard, der durch europäische Richtlinien gesichert wird, und dem Ursprungslandprinzip. Letzteres ist ein Kern der AVMD, der im Prinzip unbestritten ist, aber dennoch immer wieder hinterfragt wird, etwa wenn Konkurrenten davon profitieren.

Nehmen wir das Beispiel Jugendmedienschutz. Es ist zwar rechtlich nicht zwingend, den Jugendmedienschutz auf europäischer Ebene zu koordinieren. Im Bereich von DVDs mit potenziell entwicklungsbeeinträchtigenden Inhalten gibt es keine Koordination und damit europarechtskonforme Doppel-Kontrollen. Wenn man dies aber mit Blick auf den digitalen Binnenmarkt für audiovisuelle Mediendienste koordiniert wie in der AVMD geschehen, bedeutet dies, dass neue Konkurrenten wie Netflix sich für das Sitzland Niederlande und das dortige Recht entscheiden und die Wunderwelt des deutschen Jugendmedienschutzes nur aus der Ferne betrachten. Soll das Ziel der Richtlinie, Doppelkontrollen zu vermeiden, weiter erreicht werden, bedarf es einer klaren Definition der Bereiche, die die Richtlinie koordiniert und die entsprechend im Regelfall nur im Ursprungsland kontrolliert werden.

Zu den damit verbundenen Fragen gehören auch solche, die mit Kommunikationsangeboten außerhalb Europas zu tun haben. Wann schlägt russische Regierungspropaganda, die in einem in Großbritannien zugelassenen Sender in Lettland weiter verbreitet wird, in „Hate Speech“ um, gegen die sich die Letten ohne Verletzung von EU-Recht wehren können?

Während es hier justiziabler Regeln bedarf, kommt die Regelung an anderen Stellen sicher mit Prinzipien aus, die generell die Regulierungsziele beschreiben, aber in unterschiedlicher Hinsicht flexibel sind. Sie erlauben es, auf nationale und regionale Unterschiede abzustellen, sie ermöglichen aber auch, Entwicklungen einzufangen, die jetzt noch nicht erkennbar sind und damit die oben beschriebene auf Dauer gestellte Heterogenität bei Nutzung und Angeboten regulatorisch zu bearbeiten.

Der australische Regulierer ist bei seinem regulatorischen Fitness-Programm, das ohne diesen albernen Namen auskam, tatsächlich zu der Feststellung gelangt, dass bestimmte Regelungskomplexe nicht mehr funktionieren („broken concepts“). Dieses Vorgehen ist bemerkenswert und unterscheidet sich von anderen, die eher additiv vorgehen und sich mühen, neue Probleme durch neue, der Komplexität der Phänomene adäquate Regelungskonzepte abzufangen. Letzteres erinnert an große Software-Systeme, die nicht mehr neu programmiert werden, sondern im Zweifel nur neue Fehler-Auffang-Routinen erhalten. Ein Vorschlag, der aus der Hermes-Studie hervorgeht, ist es, an dieser Stelle australischer zu denken – und Strukturfragen zu stellen. ■

■ INLAND

Spiegel-Verlag baut 150 Stellen ab und startet neue Projekte

35 Arbeitsplätze fallen in der Redaktion weg – „Spiegel Online“ künftig mit Bezahlangeboten

Hamburg (epd). Der „Spiegel“ kommt nicht zur Ruhe: Bei dem Nachrichtenmagazin fallen 150 von 727 Stellen weg. Personal- und Sachkosten sollen so um 15 Millionen Euro pro Jahr gesenkt werden. Zu dem „Agenda 2018“ genannten Abbau gebe es „leider keine Alternative“, sagte Geschäftsführer Thomas Hass am 1. Dezember. Betriebsbedingte Kündigungen schloss er nicht aus, es wären die ersten in der Verlagsgeschichte. Journalistenverbände kritisierten die Ankündigung.

Die Beschäftigten hätten die Pläne „mit trauriger Gefasstheit“ aufgenommen, sagte Hass. 35 Stellen sollen in den Redaktionen, 100 Stellen im Verlagsbereich wegfallen. Nach den Worten von Chefredakteur Klaus Brinkbäumer sollen aber weder Ressorts noch Korrespondentenbüros geschlossen werden. Neue Arbeitsabläufe in den Redaktionen, das Outsourcing von Dienstleistungen und der Abbau von freiwilligen Sozialleistungen sollen die Einsparungen ermöglichen. Zudem soll ein zweistelliger Millionenbetrag des Jahresüberschusses 2015 in Rückstellungen für den Umbau fließen.

Die drastischen Einschnitte hatten sich bereits im Juni abgezeichnet. Damals hatte der Verlag ein Restrukturierungsprogramm angekündigt, das den Sturz in die roten Zahlen verhindern soll (epd 25/15). Der Umsatz der Gruppe lag 2014 bei knapp 285 Millionen Euro, im

Jahr 2010 waren es noch 320 Millionen Euro. Mit gut 830.000 Heften verkauft der „Spiegel“ etwa 180.000 weniger als vor fünf Jahren. Die Anzeigenumsätze sind ebenfalls gesunken.

Zur „Agenda 2018“ gehört auch eine Neuaufstellung des journalistischen Portfolios. Online-Artikel für spezielle Zielgruppen wolle sich der „Spiegel“ künftig bezahlen lassen, sagte Brinkbäumer. Erste Bezahl-Artikel auf „Spiegel Online“ sollen in den nächsten 100 Tagen angeboten werden. Auch der englische „Spiegel International“ für Politiker, Diplomaten und Wirtschaftskräfte soll nur gegen Bezahlung genutzt werden können. Neu wird der kompakte „Spiegel daily“ sein, der täglich am späten Nachmittag die Meldungen des Tages anbietet und mit Hintergrund anreichert. Außerdem sind Regionalteile im Heft geplant: Mit acht Seiten soll eine erste Ausgabe für Nordrhein-Westfalen im Februar 2016 erscheinen.

Das neue Konzept, das mehr als 100 Einzelmaßnahmen umfasst, haben die Spitzen aus Redaktion, Verlag und Dokumentation gemeinsam erarbeitet. Nach den Worten Brinkbäumers sind dabei „gemeinsam neue Formen“ gefunden worden, die die Grenzen zwischen „Spiegel“-Verlag, „Spiegel Online“ und Spiegel TV weitgehend überwunden hätten. Print und Digital hätten mittlerweile mehr Verständnis füreinander, ergänzte Hass. Er spielte damit auf die Zerwürfnisse zwischen beiden Abteilungen in der Ära von Chefredakteur Büchner an.

Auch „Spiegel Online“ sei von den veränderten Arbeitsabläufen betroffen, sagte Online-Chefredakteur Florian Harms. Ein Abbau bei den 173 Stellen sei aber nicht geplant. Bei „Spiegel Online“ wuchsen die Umsätze in den

vergangenen acht Jahren nach Unternehmensangaben um 73 Prozent.

Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) und die Gewerkschaft ver.di kritisierten den angekündigten Stellenabbau. „Mir ist nicht klar, wie der ‚Spiegel‘ nach dem geplanten Aderlass an qualifizierten Journalistinnen und Journalisten seine eigenen journalistischen Qualitätsstandards noch halten will“, erklärte der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall am 2. Dezember. Nach Schätzungen des DJV könnten 200 Beschäftigte von den Stellenstreichungen betroffen sein, davon ein Drittel im redaktionellen Bereich. „Ich erwarte von den Verantwortlichen den vollständigen Verzicht auf Kündigungen“, sagte Überall. Der Verband begrüßte ein Moratorium, das die „Spiegel“-Geschäftsführung mit dem Betriebsrat vereinbart habe. Demnach werde bis Ende Mai 2016 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet.

Ver.di-Fachbereichsleiter Martin Dieckmann erklärte, das Signal, das der Verlag aussende, sei verheerend für den „Spiegel“ als Marke und Unternehmen: „Man kann nicht zahlreiche Zukunftsprojekte im Verlag starten und gleichzeitig zum Abriss übergehen.“ Der Spiegel-Verlag sei wirtschaftlich stark genug, um bei einer Neuausrichtung auf Kündigungen und Stellenabbau zu verzichten.

Hauptgesellschafter des „Spiegels“ sind die Mitarbeiter, die über eine eigene KG 50,5 Prozent am Unternehmen halten. Weitere Anteilseigner sind der Verlag Gruner + Jahr und die Erben des Magazingründers Rudolf Augstein. Die „Spiegel“-Gruppe beschäftigt - inklusive „Spiegel Online“ und Spiegel TV - rund 1.100 Mitarbeiter.

rid/lnh

■ KURZMELDUNG

Berlin (epd). Die tägliche Nachrichtensendung „Abendschau“ des RBB aus Berlin wird künftig auch in einer Sonderausgabe auf **Arabisch** zu sehen sein. Die 15-minütige Sendung ist über die Internetseiten der „Abendschau“ und in der RBB-Mediathek abrufbar. Zielgruppe seien vor allem die Neankömmlinge in der Stadt, die noch kein Deutsch sprechen, sagte „Abendschau“-Chefin Anna Kyrieleis. In der Extraausgabe werde die Stadt vorgestellt und der Frage nachgegangen, welches Lebensgefühl Berliner, Zugezogene, Zuwanderer und Flüchtlinge eine. Dabei spiele auch die Geschichte der Stadt eine wichtige Rolle. Moderiert wird die Sonderausgabe von **Sascha Hingst** und **Marwa Eldessouky**.

WDR 3 will jeden Werktag ein Hörspiel senden

Hörfunkdirektorin Weber: Größte Programmreform seit 15 Jahren

Köln (epd). **Der Kultursender WDR 3 will von Januar an werktäglich um 19 Uhr ein Hörspiel senden. Das Hörspiel sei der „Nukleus der Reform“ bei WDR 3, sagte Wellenchef Karl Karst am 30. November in Köln. Ein fester Termin für das Hörspiel an fünf Wochentagen abends um 19 Uhr sei einmalig in der Geschichte des WDR und auch der ARD. WDR-Hörfunkdirektorin Valerie Weber sagte, die geplante Reform bei WDR 3 und WDR 5 sei die größte Programmreform im WDR-Hörfunk seit dem Jahr 2000. Grundsätzlich müssten alle Wellen ihre Programme jedoch permanent ändern, nach der Reform sei vor der Reform.**

Weber räumte ein, dass mit den Programmreformen auch Sparauflagen erfüllt werden müssten. So müssten im WDR-Hörfunk im kommenden Jahr 3,5 Millionen Euro gespart werden, im Jahr darauf sogar mehr als fünf Millionen Euro. 1,5 Millionen Euro werden bei WDR 3 und WDR 5 eingespart. Die Programminhalte, die den Machern „lieb und teuer“ seien, wie etwa das Hörspiel, sollten daher prominent platziert werden. Zudem hätten sich die Hörgewohnheiten der Menschen geändert. Bei WDR 3 sollen 8 von rund 80 Planstellen abgebaut werden, bei WDR 5 10,5 von 93.

Karst sagte, insgesamt habe die Reform bei WDR 3 das Ziel, „klare Strukturen zu schaffen“. Am Sonntag wolle sich der Sender auf Oper und klassische Musik konzentrieren. Am Samstag und Sonntag soll es zwei von bekannten Persönlichkeiten moderierte Musiksendungen geben: Götz Alsmann moderiere am Samstag eine Sendung zu Jazzmusik, der Geiger Daniel Hope am Sonntag eine Sendung zu klassischer Musik. Die Sendung „Studio Neue Musik“ am Sonntagabend bleibt. Der WDR sei „der größte Auftraggeber für zeitgenössische Kompositionen weltweit“, sagte Karst.

In der zweistündigen Sendung „Jazz & World“ sollen künftig an jedem Werktag neben Jazz auch andere Musikstile vorgestellt werden. Neu eingeführt wird „Lesezeichen“, eine werktägliche Sendung um 14.45 Uhr, in der Bücher vorgelesen werden.

Der Wellenchef von WDR 5, Florian Quecke, sagte, mit der Reform des Informationsprogramms reagiere der Sender auf die deutlich veränderten Hörgewohnheiten der Menschen am Morgen. So werde die Sendung „Morgenecho“, die bisher von 6 Uhr bis 9 Uhr zu hören war, um 45 Minuten verlängert, um „noch mehr Hintergrund“ zu den einzelnen Themen bieten zu können. Da in

Nordrhein-Westfalen bereits Grundschüler überwiegend Ganztagschulen besuchten, werde die Kindersendung „Kiraka“ am Mittag gestrichen und künftig nur noch abends zwischen 19 und 20 Uhr zu hören sein. Die Sendung „Bärenbude“ für Kinder im Vorschulalter werde wochentags nur noch im Digitalradio und im Internet zu hören sein, nur am Sonntag um 7 Uhr werde „Bärenbude Wecker“ noch im UKW-Programm zu hören sein. Das Kinderprogramm leiste bei der Reform von WDR 5 den größten Sparbeitrag.

Unterhaltungsprofil stärken

Für den Samstag kündigte Quecke ein neues Reisemagazin „Mit Neugier unterwegs an“. Dies soll künftig um 10 Uhr gesendet und am Sonntag um 16 Uhr wiederholt werden. Anschließend folge am Samstag die Unterhaltungssendung „Satire de Luxe“. Damit solle ebenso wie mit der neuen werktäglichen Sendung „U 22 – Unterhaltung nach zehn“ das „kabarettistische Unterhaltungsprofil von WDR 5“ gestärkt werden, sagte Quecke. Die Sendung „Neugier genügt“, die bisher am Samstag von 10 bis 12 Uhr zu hören war, entfällt.

Die Sendung „Politikum – Das pointierte Meinungsmagazin“, die bisher von Montag bis Donnerstag um 19 Uhr zu hören war, soll künftig werktäglich um 17.45 Uhr zu hören sein. Die Sendezeit wird um zehn Minuten verkürzt.

Die Anrufsendung „Funkhaus Wallraffplatz“ zu Medienthemen am Samstagmorgen soll künftig im Medienmagazin „Töne, Texte, Bilder“ am Samstagmittag aufgehen. Dafür werde das Magazin „bei besonders gesprächswertigen Themen für den Dialog mit Hörerinnen und Hörern geöffnet“, teilte der WDR mit. *dir*

Deutsche Welle erhält 12,9 Millionen Euro mehr

Zusätzlich vier Millionen Euro für Berichterstattung über Flüchtlinge

Bonn (epd). Die Deutsche Welle erhält in den kommenden zwei Jahren 12,9 Millionen Euro zusätzlich aus dem Etat von Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU). Der Bundeszuschuss des Senders liege damit 2016 bei 301,8 Millionen Euro, teilte der Auslandssender am 1. Dezember in Bonn mit.

Der Bundestag hat die Mittelaufstockung am 25. November beschlossen, der Haushaltsausschuss hatte sich bereits am 12. November mit dem Thema befasst. Intendant Peter Limbourg sagte, er sei für die deutliche

Aufstockung des Etats sehr dankbar. Er sehe das auch als Zeichen des Rückhalts, den der Sender in der Politik habe. Viele Sprachredaktionen müssten „mit Blick auf die Flüchtlingsthematik gestärkt werden“.

Im kommenden Jahr erhält die Deutsche Welle vier Millionen Euro zusätzlich für die Berichterstattung über Flüchtlinge und 3,5 Millionen Euro für den Ausbau des Russisch- und Ukrainisch-Programms. Weitere drei Millionen Euro sind für technische Investitionen vorgesehen. Für das Jahr 2017 sind weitere 2,4 Millionen Euro für Investitionen zugesagt.

Die Beschäftigten des Senders hatten im Dezember 2014 gegen Umbaupläne protestiert, nachdem der Intendant Sparmaßnahmen für den Fall angekündigt hatte, dass der Etat des Senders nicht deutlich erhöht würde (epd 51-52/14). Limbourg hatte gesagt, ohne Budgetaufstockung müssten das deutsche, das spanische sowie das arabische Fernsehprogramm eingestellt werden. Im Juni hat die Deutsche Welle einen neuen englischsprachigen Kanal gestartet. Das deutsche Programm soll im kommenden Jahr fortentwickelt werden (epd 48/15).

Die Rechtsaufsicht über die Deutsche Welle mit 3.000 Mitarbeitern liegt bei der Kulturstaatsministerin. Der Sender wird überwiegend aus ihrem Haushalt finanziert. 2014 lag der Etat des Auslandsrundfunks bei 286 Millionen Euro, in diesem Jahr waren es 294 Millionen Euro. Zusätzlich erhält die Deutsche Welle Zuschüsse aus anderen Haushalten, etwa vom Bundesentwicklungsministerium für die Deutsche Welle Akademie. Für die Arbeit der Akademie sollen nach den aktuellen Planungen weitere drei Millionen Euro bereitgestellt werden. *dir*

■ KURZMELDUNG

Saarbrücken (epd). Die Grünen-Bundesvorsitzende **Simone Peter** hat den saarländischen Medienpreis „Goldene Ente“ erhalten. Sie trage den Preis mit „großem Stolz“, sagte sie bei der Verleihung in Saarbrücken. Die „sehr wohlwollende Begleitung durch die saarländischen Journalisten“ sei für sie wie ein Schutzmantel gewesen, als sie in den Berliner Politikbetrieb wechselte. Sie habe weiterhin eine besondere Verbindung zum Saarland als ihrer Heimat. Die saarländische Landespressekonferenz vergibt die „Goldene Ente“ seit 1973 jährlich an „besonders informationsfreudige“ Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

RTL fällt deutlich hinter ZDF und Das Erste zurück

Marktanteile im November: ProSieben holt beim jungen Publikum auf

Frankfurt a.M. (epd). Das ZDF bleibt weiter der meistgesehene Fernsehsender, der Abstand zum Ersten hat sich aber im November deutlich verringert. So lag Das Erste mit einem Marktanteil von 11,9 Prozent nur noch 0,2 Prozentpunkte hinter dem ZDF. Ebenfalls auf 12,1 Prozent kamen die kumulierten Dritten Programme. RTL fiel deutlich zurück auf 10,1 Prozent (minus 0,5 Prozentpunkte im Vergleich zum Oktober). Beim jungen Publikum holte ProSieben auf. Die Nachrichtensender erzielten mit ihrer Berichterstattung über die Terroranschläge von Paris Rekordwerte.

Die meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen war erneut die Hauptausgabe der „Tagesschau“ um 20 Uhr mit durchschnittlich 9,92 Millionen Zuschauern (32,4 Prozent Marktanteil). Es folgten die „heute“-Nachrichten um 19 Uhr mit 4,48 Millionen Zuschauern (17,7 Prozent) und „RTL aktuell“ mit 3,58 Millionen Zuschauern (14,9 Prozent). Zu den meistgesehenen Sendungen des Monats gehörten die „Tagesschau“ vom Tag der Pariser Attentate am 13. November um 23

Uhr mit 9,1 Millionen Zuschauern (34,3 Prozent) und der „Brennpunkt: Auf der Spur der Terroristen“ zwei Tage darauf mit 9,7 Millionen Zuschauern (26,5 Prozent).

Ganz oben auf der Liste der beliebtesten Sendungen stand erneut der „Tatort“. Insgesamt 13,69 Millionen Zuschauer (35,5 Prozent Marktanteil) sahen am 8. November den WDR-„Tatort: Schwanensee“ mit den Münsteraner Ermittlern Thiel und Boerne. Der NDR-„Tatort: Spielverderber“ mit der niedersächsischen Kommissarin Charlotte Lindholm erreichte zwei Wochen später 10,63 Millionen Zuschauer und einen Marktanteil von 28,9 Prozent.

Bei den jüngeren Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren war erneut RTL Marktführer mit 12,4 Prozent. Im Vergleich zum Vormonat büßte der Sender aber 0,9 Prozentpunkte ein. Dahinter lagen ProSieben mit 11,0 Prozent (plus 0,2 Prozentpunkte), Sat.1 mit 9,4 Prozent (minus 0,1), Das Erste mit 6,9 Prozent (plus 0,5), VOX mit 6,5 Prozent (minus 0,1), ZDF mit 5,6 Prozent (plus 0,1), RTL II mit 5,5 Prozent (minus 0,6) und Kabel Eins mit 5,2 Prozent (plus 0,1). Im Vorjahresmonat hatte der Abstand zwischen RTL und ProSieben in dieser Altersgruppe noch fast zwei Prozentpunkte betragen.

Eine der meistgesehenen Sendungen bei RTL war die Übertragung des Schwergewichts-Boxkampfes zwischen

Die Marktanteile im November

Sender	01.11.2015 – 30.11.2015		01.11.2014 – 30.11.2014	
	Zuschauer gesamt	14-49 Jahre	Zuschauer gesamt	14-49 Jahre
ARD	11,9	6,9	11,8	6,6
ZDF	12,1	5,6	12,3	5,7
ARD Dritte	12,1	4,7	12,2	4,9
RTL	10,1	12,4	10,7	13,4
SAT.1	7,9	9,4	8,3	9,8
PRO7	5,4	11,0	5,7	11,5
RTLII	3,2	5,5	4,0	6,4
SUPER RTL	1,8	2,1	1,7	2,0
VOX	5,2	6,5	5,4	7,3
KABEL1	3,7	5,2	3,8	5,5
Kika	1,2	1,2	1,3	1,3
N 24	1,2	1,7	1,0	1,2
N-TV	1,2	1,2	0,9	0,9
3Sat	1,2	0,8	1,1	0,8
ARTE	0,8	0,6	0,9	0,7
Phoenix	1,0	0,7	1,1	0,8

Anteile in Prozent/Quelle: ARD auf Basis der GfK-Zahlen

Tyson Fury und Wladimir Klitschko, den am 28. November durchschnittlich 8,91 Millionen Zuschauer beim Gesamtpublikum verfolgten (40,1 Marktanteil). Der Neustart der ersten eigenproduzierten Serie von VOX, „Club der roten Bänder“, erreichte Marktanteile bis 12,4 Prozent bei den 14- bis 59-Jährigen. ProSieben punktete insbesondere am Samstagabend mit „TV total Turmspringen“ und „Galileo Big Pictures“.

Die Nachrichtensender n-tv und N24 erzielten vor allem mit der Terror-Berichterstattung Tagesmarktanteile bis zu 4,0 Prozent bei den Zuschauern zwischen 14 und 49 Jahren. Beim Gesamtpublikum kamen beide Sender auf 1,2 Prozent Marktanteil. Bei den jüngeren Zuschauern lag N24 mit 1,7 Prozent vor n-tv (1,2 Prozent). Das war der beste November-Wert und der zweithöchste Monats-Marktanteil seit dem Sendestart vor fast 16 Jahren.

Bei den Kindersendern blieb der öffentlich-rechtliche KiKa Marktführer mit einem Marktanteil von 21,3 Prozent bei den Drei- bis 13-Jährigen in der Daytime. Es folgten Super RTL mit 20,4 Prozent, Disney mit 10,2 Prozent und Nickelodeon mit 8,7 Prozent. *mih*

Klage von ProSiebenSat.1 gegen Medienanstalt zurückgewiesen

Verwaltungsgericht Kassel: LPR Hessen vergab Fensterlizenz rechtmäßig

Kassel (epd). Die Mediengruppe ProSiebenSat.1 ist mit einer Klage gegen die Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR Hessen) gescheitert. Das Verwaltungsgericht Kassel wies die Klage des Konzerns gegen eine Verlängerung des Regionalfensterprogramms für Hessen und Rheinland-Pfalz zurück, wie die Landesanstalt am 2. Dezember mitteilte. Das Regionalfensterprogramm veranstaltet bereits seit 2004 die Firma TV Illa aus Mainz.

TV Illa verfügt über eine eigene Lizenz für das hessische Regionalfensterprogramm von Sat.1, die von der LPR Hessen im Oktober 2012 bis zum Jahr 2019 verlängert wurde. ProSiebenSat.1 klagte gegen diesen Verlängerungsbescheid mit der Begründung, er sei fehlerhaft. Die Veranstaltung des Regionalfensters sei nicht ausgeschrieben worden, erklärte der Konzern. Außerdem bestünden Bedenken, ob die rundfunkstaatliche Verpflichtung, wonach Sat.1 ein regionales Fensterprogramm anbieten müsse, mit der verfassungsrechtlich geschützten Rundfunkfreiheit zu vereinbaren sei. Das Verwaltungsgericht erklärte dagegen, der angefochtene

Genehmigungsbescheid sei rechtlich nicht zu beanstanden.

Der Direktor der LPR Hessen, Joachim Becker, begrüßte die Entscheidung des Gerichts. Für den Zuschauer sei es wichtig, dass das Regionalfenster mit seiner hohen journalistischen Qualität erhalten bleibe, sagte er.

Sat.1 ist nach dem Rundfunkstaatsvertrag verpflichtet, innerhalb des Hauptprogramms in Hessen werktäglich in der Zeit von 17.30 Uhr bis 18.00 Uhr Sendezeit für ein Regionalfensterprogramm zur Verfügung zu stellen. Das Verwaltungsgericht Kassel ließ die Berufung zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof wegen der grundsätzlichen Bedeutung der Entscheidung zu.

TV Illa ist die Schwesterfirma des Mainzer Produktionsunternehmens News and Pictures, das inzwischen seinen Betrieb eingestellt hat (epd 49/14). News and Pictures war über viele Jahre im Besitz der Lizenz für Drittsendezeiten auf Sat.1, die von der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK) vergeben wird. Aufgrund einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Koblenz ist Sat.1 aber so lange nicht zur Bereitstellung von Drittsendezeiten verpflichtet, bis die LMK die Lizenzen rechtsgültig neu vergeben hat. Sat.1 hatte erfolgreich gegen die LMK geklagt, weil sich der Sender durch gravierende Verfahrensfehler in seinen Rechten verletzt sah (epd 37/14, 19/15).

Wegen des Dauerstreits mit der LMK möchte Sat.1 die Medienaufsichtsbehörde wechseln und mit einer Lizenz der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) senden. Die Kommission für Zulassung und Aufsicht der Landesmedienanstalten, die über Lizenzen für bundesweite private Fernsehprogramme entscheidet, hatte der neuen Sendeerlaubnis im Juni 2012 mit elf zu drei Stimmen zugestimmt. Die MA HSH stellte daraufhin die neue Sendeerlaubnis für Sat.1 aus, wogegen die LMK und die LPR Hessen klagten. Das Verwaltungsgericht Schleswig wies die Klage der Medienanstalten in erster Instanz ab, allerdings erwirkte die LMK ein Berufungsverfahren, das derzeit läuft (epd 3/15). *goe/rid*

Keine Rüge für den Facebook-Pranger der „Bild“

Berichterstattung über fremdenfeindliche Äußerungen zulässig – 38 Beschwerden

Berlin (epd). Der Presserat hat die Beschwerden über den umstrittenen Facebook-Pranger der „Bild“-Zeitung als unbegründet verworfen. Das Gremium teilte am 1. Dezember mit, die Berichterstattung von „Bild“ und „Huffington Post“ über fremdenfeindliche Äußerungen bei Facebook sei zulässig. Das gelte auch für die Veröffentlichung der Namen und Profilbilder.

„Bild“ und Bild.de hatten unter der Überschrift „Bild stellt die Facebook-Hetzer an den Pranger“ Kommentare von Nutzern mit Namen und Foto veröffentlicht. Die „Huffington Post“ zeigte eine Sammlung der aus ihrer Sicht schlimmsten Kommentare ebenfalls mit Profilbildern und Namen unter dem Titel „Hier sprechen die Hassfratzen“. Insgesamt 38 Leser hatte sich über die Veröffentlichungen beschwert und Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Diffamierungen kritisiert.

Der Beschwerdeausschuss 2 des Presserats kam dagegen zu dem Schluss, die Berichterstattung sei zulässig. Es habe sich nicht um private, sondern erkennbar um politische Äußerungen der Nutzer in öffentlich einsehbaren Foren gehandelt, teilte der Rat mit. Daran bestehe ein öffentliches Interesse, das die Persönlichkeitsrechte überlagere. Die Einordnung als „Hassfratzen“ wertete der Presserat als eine zugespitzte, scharfe Meinungsäußerung, die sich noch im Rahmen der presseethischen Grenzen bewegt.

Eine Rüge erhielt dagegen die „Abendzeitung“ für ihre Online-Berichterstattung über die Ermordung einer Fernsehmoderatorin in den USA. Die Redaktion veröffentlichte ein Video, in dem wiederholt die tödlichen Schüsse gezeigt wurden und Schreie zu hören waren. Eine journalistische Einordnung des Geschehens habe nicht stattgefunden, teilte der Presserat mit. Diese Art der Berichterstattung ging nach Ansicht des Beschwerdeausschusses über das öffentliche Informationsinteresse hinaus und diene in erster Linie der Befriedigung von Sensationsinteressen. Gerügt wurde außerdem die Zeitschrift „TV Movie“ wegen Schleichwerbung im Rahmen eines Interviews mit einem Schauspieler.

Im Zuge eines Wiederaufnahmeverfahrens wurde aus einer Rüge gegen die „Ludwigsburger Kreiszeitung“ ein Hinweis. Die Redaktion hatte in der Berichterstattung über einen Trickdiebstahl die Verdächtigen als „Sinti und Roma“ beschrieben. Das Verfahren wurde wieder aufgenommen, weil bei der ersten Entscheidung nicht ausreichend berücksichtigt wurde, dass die Bezeichnung

„Sinti und Roma“ von der Polizei verbreitet worden und von der Zeitung übernommen worden war. Für die Nennung der Nationalität sah der Beschwerdeausschuss aber weiterhin keinen Grund. Da aber keine weitere Diskriminierung in dem Beitrag zu erkennen war, änderte der Beschwerdeausschuss die Maßnahme von einer Rüge in einen Hinweis.

Der Pressekodex des Deutschen Presserats enthält Regeln für die tägliche Arbeit von Journalisten. Bei Verstößen kann das Gremium einen Hinweis, eine Missbilligung oder eine Rüge aussprechen. Konkrete Folgen haben die Sanktionen nicht. *goe*

RBB-Intendantin Reim verlässt den Sender 2016

64-Jährige führt private Gründe an – Bürgermeister Müller lobt Engagement

Berlin (epd). Die langjährige Intendantin Dagmar Reim verlässt den Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) Ende Juni 2016. Die 64-Jährige teilte am 26. November in Berlin mit, sie scheidet ausschließlich aus privaten Gründen aus. Ein jegliches habe seine Zeit, sagte Reim. Ihre inzwischen dritte Amtszeit läuft offiziell bis Mai 2018 (epd 26/12). Reim war 2003 Gründungsintendantin des RBB.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller dankte Reim für ihr Engagement. „Unter ihrer Leitung hat sich der RBB zu einem integrierenden Faktor des Zusammenlebens von Ost und West entwickelt“, sagte der SPD-Politiker und unterstrich: „Auch in finanziell schwierigen Zeiten hatte Frau Reim stets die Qualität des Programms und vor allem der journalistischen Standards im Blick.“

Die Vorsitzende des Rundfunkrates und frühere Pröpstin der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Friederike von Kirchbach, würdigte Reim als eine fürsorgliche und „entschlossene Kämpferin für ihren RBB und dessen Publikum“. Sie habe der Zweiländeranstalt in der ARD Gewicht verliehen und den neuen Sender über Fernsehen, Radio und Internet in der Region fest verankert.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates, Wolf-Dieter Wolf, sagte: „Bei der mit Weitsicht und Sensibilität vorangetriebenen Fusion von SFB und ORB zum RBB hat Dagmar Reim mit ihrem Team Rundfunkgeschichte geschrieben.“ Die finanzielle Konsolidierung des neuen Senders habe für alle einen außerordentlichen Kraftakt dargestellt.

Reim wurde am 4. November 1951 in Heidelberg geboren. In Mainz und München studierte sie Geschichte, Germanistik und Publizistik. Anschließend arbeitete sie als Redakteurin beim BR und wechselte 1979 zum WDR nach Köln. Sieben Jahre später zog Reim als Hörfunkredakteurin zum NDR nach Hamburg. Später leitete sie dort die NDR-Pressestelle und war zwei Jahre lang ARD-Sprecherin. Im Jahr 1995 wurde sie schließlich Chefredakteurin des NDR-Hörfunks und Programmbereichsleiterin von NDR 4. Von Oktober 1998 bis April 2003 war sie Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg. *lob*

MDR rechnet mit Minus von 49 Millionen Euro

Defizit durch Gewinnrücklagen gedeckt – Lochthofen neuer Direktor in Thüringen

Erfurt/Leipzig (epd). Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) rechnet für das kommende Jahr mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von knapp 49 Millionen Euro. Der Sender teilte am 30. November mit, das Defizit werde durch Gewinnrücklagen gedeckt. Der MDR-Rundfunkrat genehmigte den Wirtschaftsplan am 30. November, der MDR-Verwaltungsrat bereits am 9. November. Das Gremium stimmt außerdem der Berufung von Boris Lochthofen zum neuen Direktor des MDR-Landesfunkhauses Thüringen zu.

Der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr weist ein Minus von 23,9 Millionen Euro aus. Dieser Wert müsse allerdings um Mehreinnahmen aus Rundfunkbeiträgen korrigiert werden, die nicht verwendet werden dürften und in eine Rücklage eingestellt werden müssten, teilte der MDR mit. Diese Beiträge haben 2016 voraussichtlich ein Volumen von 24,9 Millionen Euro, so dass sich ein geplantes Haushaltsdefizit von 48,8 Millionen Euro ergibt. Am Ziel, das strukturelle Defizit der Rundfunkanstalt zu beseitigen, müsse in den kommenden Jahren festgehalten werden, erklärte die Rundfunkratsvorsitzende Gabriele Schade.

Der neue Thüringer Landesfunkhaus-Direktor Lochthofen ist Geschäftsführer des Unternehmens Privater Sächsischer Rundfunk (PSR) und gehört der Geschäftsleitung der Radioholding Regiocast an. Er übernimmt seine neue Aufgabe am 1. Februar, wie der MDR-Rundfunkrat mitteilte. Die Neubesetzung war notwendig geworden, weil der bisherige Funkhauschef Werner Dieste Mitte Oktober aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat. Boris Lochthofen ist der Sohn von Sergej Lochthofen, langjähriger Chefredakteur der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Allgemeinen“.

Insgesamt werden im Wirtschaftsjahr 2016 beim MDR Gesamterträge von 743 Millionen Euro erwartet, denen geplante Gesamtaufwendungen von 766,9 Millionen Euro gegenüberstehen. Höhere Kosten entstehen nach Angaben der Rundfunkanstalt bei den Gemeinschaftssendungen und Gemeinschaftsaufgaben innerhalb der ARD. Der MDR verwies auf sportliche Großereignisse wie die Olympischen Spiele und die Fußball-Europameisterschaft im kommenden Jahr.

Mit der Verabschiedung des Wirtschaftsplans 2016 endete die letzte Sitzung des MDR-Rundfunkrats in seiner vierten Amtsperiode. Schade und ihre Stellvertreter erklärten, der Rundfunkrat habe sich weiter emanzipiert und seine Aufgaben verantwortungsvoll wahrgenommen. Der neue Rundfunkrat konstituiert sich am 8. Dezember in Leipzig. *goe/lob*

Saarländischer Rundfunk verabschiedet Wirtschaftsplan

Sender rechnet laut Intendant Kleist mit Einnahmen von 121 Millionen Euro

Saarbrücken (epd). Der Rundfunkrat des Saarländischen Rundfunks (SR) hat am 30. November den Wirtschaftsplan sowie den Stellenplan für das Jahr 2016 einstimmig verabschiedet. Der SR rechnet mit Einnahmen von rund 121 Millionen Euro, sagte Intendant Thomas Kleist in Saarbrücken. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies knapp vier Millionen Euro mehr. Der Stellenplan für 2016 sieht 551 Planstellen und damit vier weniger als im Vorjahr vor.

Die Mehreinnahmen sind laut Kleist das Ergebnis des neuen Beitragssystems sowie der Verhandlungen innerhalb der ARD-Anstalten. Jedoch müssten aufgrund der Beitragsmehrerträge 4,8 Millionen Euro in eine Rücklage zur Finanzierung künftiger Kostensteigerungen fließen. Den Erträgen stehen Aufwendungen von 122,7 Millionen Euro gegenüber. Bilanztechnisch sei das zwar ein Verlust, erklärte Kleist. Der SR werde jedoch sparsam wirtschaften, um dies zu vermeiden.

Investitionen seien vor allem in „Technik für die digitale Welt“ notwendig, betonte der Intendant. Abweichend vom ursprünglichen Plan wird der SR Kleist zufolge nicht erst 2019, sondern bereits im ersten Quartal 2016 in HD-Qualität senden. Zudem sei die Anschaffung eines HD-fähigen Übertragungswagens geplant.

Bei der Gleichstellung der Frau im Saarländischen Rundfunk bleibe er „weiter am Ball“, erklärte der Intendant. Bei den Festangestellten machten die Frauen

mittlerweile 46,6 Prozent der Beschäftigten aus, bei den festen Freien sogar 50 Prozent.

Mit Blick auf die Nominierung des Sängers Xavier Naidoo für den Eurovision Song Contest (ESC) erklärte Kleist, dass künftig das Publikum wieder einbezogen werden müsse. Außerdem sprach er sich für eine größere Rolle des Rundfunks aus, der in diesem Genre eine große Kompetenz habe. Der NDR hatte Naidoo zunächst als deutschen Vertreter beim ESC im kommenden Jahr in Stockholm präsentiert, die Entscheidung aber nach einer Protestwelle in den sozialen Netzwerken und Medien zurückgenommen (siehe auch Meldung in dieser Ausgabe). *lwd*

ARD-Gremien bekommen mehr Befugnisse

Zustimmung auch bei teuren werbefinanzierten Programmvorhaben

Hamburg (epd). Die ARD-Gremien sollen künftig auch kostspieligen werbefinanzierten Programmvorhaben der ARD zustimmen. Wie die Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK) am 25. November mitteilte, soll die Einbeziehung der Gremien künftig auch für das durch Werbegelder finanzierte Vorabendprogramm ab einer bestimmten Summe gelten. Nach der Diskussion über die Honorarzahungen an den Moderator Thomas Gottschalk für die Vorabendsendung „Gottschalk Live“ hatten die ARD-Gremien darauf gedrungen, dass sie künftig bei solchen Programmentscheidungen einbezogen werden.

Bislang gab es das Recht auf Gremienmitsprache nur bei beitragsfinanzierten Projekten ab einer bestimmten Summe. Im WDR-Gesetz beispielsweise ist dafür ein Schwellenwert von zwei Millionen Euro festgelegt. In den Jahren 2011 und 2012 wurde bereits eingeführt, dass die Gremien auch bei den Programmbereichen Sport, Degeto und Vorabend in die programmlichen Entscheidungen und strategischen Überlegungen eingebunden werden. Einen Vorbehalt konnten die Gremien bislang aber nur bei Vorhaben geltend machen, die aus Rundfunkbeiträgen finanziert wurden. Nun sollen die in den Rundfunkgesetzen festgelegten Schwellenwerte auch für die werbefinanzierten Programme gelten.

Der Vorsitzende der GVK, Uwe Grund, sagte, er freue sich, „dass ein Weg gefunden wurde, um auch bei werbefinanzierten Programmen im Grundsatz eine angemessene Gremienbeteiligung zu gewährleisten“. Die inhaltliche Kontrolle durch die Rundfunkräte sei schon immer gegeben gewesen. Durch das nun gewählte Verfahren könne

„ein weitgehender Gleichlauf mit beitragsfinanzierten Inhalten hergestellt werden“. Ob das Ziel erreicht werde, würden die Gremien „zu gegebener Zeit prüfen und gegebenenfalls Nachbesserungen vornehmen“.

Die Arbeitsgemeinschaft Dokumentarfilm hatte im Mai bekanntgemacht, dass mit Thomas Gottschalk für 144 Ausgaben der Sendung „Gottschalk live“ ein Honorar von 4,6 Millionen Euro vereinbart worden war (epd 22/15). Die Sendung wurde 2012 nach wenigen Monaten wegen schlechter Einschaltquoten vorzeitig eingestellt. Nach den Berechnungen der AG DOK erhielt der Moderator danach noch 2,7 Millionen Euro ohne Gegenleistung. Der WDR hatte im Mai bestätigt, dass der Moderator auch nach Einstellung der Sendungen noch Honorar erhielt. Da das Format durch Werbeeinnahmen finanziert wurde, war die Zustimmung des Rundfunkrats nicht erforderlich. *dir*

„Tagesschau“ veröffentlicht „Instant Articles“ bei Facebook

Auch Funke, „Zeit Online“ und „Tagesspiegel“ sind neue Kooperationspartner

Hamburg (epd). Facebook hat 25 weitere Medienpartner im deutschsprachigen Raum gefunden, die komplette Artikel in dem Dienst „Instant Articles“ publizieren. Dazu gehören unter anderem die „Tagesschau“ der ARD, die Essener Funke-Mediengruppe, „Zeit Online“ und der Berliner „Tagesspiegel“, wie Facebook am 27. November in Hamburg mitteilte. Die Online-Ableger von „Bild“ und „Spiegel“ hatten sich bereits zum Start der Testphase im Sommer an dem Programm beteiligt (epd 21/15).

Bisher haben Presseverlage in der Regel nur Anreißer ihrer Beiträge in dem sozialen Netzwerk veröffentlicht. Laut Facebook ist die Geschwindigkeit, mit der Inhalte bei „Instant Articles“ geladen werden, zehnmal so schnell wie bei herkömmlichen mobilen Web-Artikeln. Gemeinsam mit den Testpartnern wolle man „Instant Articles“ nun zur Marktreife führen, erklärte Facebook.

Kai Gniffke, Chefredakteur der für die „Tagesschau“ zuständigen Abteilung ARD-aktuell, sagte: „Es ist der Anspruch der ‚Tagesschau‘, Nachrichten überall dort anzubieten, wo Menschen nach Informationen suchen.“ Deshalb beteilige sich ARD-aktuell gerne an dem Test-

Die Funke-Blätter „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (WAZ) und „Berliner Morgenpost“ zählen nach eigenen Angaben zu den ersten Anbietern von „Instant Articles“ mit lokalen und regionalen Nachrichten. „Facebook

gehört ebenso wie Google zu den wichtigen Traffic-Quellen", sagte Jochen Herrlich, Geschäftsführer von Funke Digital. Mit der Kooperation erweitere man das redaktionelle Angebot und erreiche mit innovativen Produkten neue Leser.

Auch die „Neue Zürcher Zeitung“, die „Welt“, die „Rheinische Post“, „Focus Online“, „Stern“ sowie die Fernsehsender Sport1 und n-tv sind neue Kooperationspartner. International sind unter anderem die „New York Times“, „National Geographic“ und der britische „Guardian“ dabei. „Instant Articles“ wird zurzeit für Nutzer der iPhone-App von Facebook angeboten. Das Angebot für Geräte mit Android-Betriebssystem befindet sich im Aufbau.

Nicht beteiligt ist die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“. Deren Digitalchef Mathias Müller von Blumencron hatte davor gewarnt, dass Verlage zur „verlängerten Werkbank“ von Facebook werden (epd 25/15). Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hatte zum Start des Programms auf ungeklärte urheberrechtliche Fragen hingewiesen. *rid*

WDR stellt Internetformat „#3sechzich“ ein

Sprecherin: Projekt fand „nicht die gewünschte Resonanz bei den Usern“

Köln (epd). Der WDR stellt das Internetformat „#3sechzich“ zum Jahresende ein. Das Projekt habe „gemessen an dem betriebenen Aufwand nicht die gewünschte Resonanz bei den Usern gefunden“, sagte eine Sprecherin des Senders am 1. Dezember dem epd. Wann genau die letzte Sendung ins Netz gestellt wird, könne sie nicht sagen.

Der WDR hatte „#3sechzich“ im Januar als YouTube-Kanal und auf Instagram gestartet. Laut Selbstbeschreibung wollten die Macher beim WDR dort „öffentlich-rechtliche Nachrichten mit Haltung“ für junge Leute veröffentlichen. Die Videos sollten die Menschen hinter den Geschichten zu Wort kommen lassen (epd 34/15). Zuletzt hat der Kanal Videos zu den Themen „Alles für Allah – wie junge Männer sich radikalieren“ und „Ausgehen ohne Angst. Paris nach den Terroranschlägen“ veröffentlicht. Er hatte am 1. Dezember knapp 6.900 Abonnenten.

Die Sendersprecherin sagte, der zuständige Programmbereich werde aufbauend auf „#3sechzich“ weiter neue Erzählformen und Formate im Netz entwickeln und testen, unter anderem auch Webdokumentationen. Dafür

würden auch künftig Sonder-Etatmittel vom Fernseh-direktor zur Verfügung gestellt. „#3sechzich“ war beim Aktuellen Fernsehen angegliedert. *dir*

Bundespräsident muss keine Auskunft geben

Berliner Gericht verweist auf Schutz von Vertraulichkeitsinteressen

Berlin (epd). Das Bundespräsidialamt muss einem Pressevertreter keine Auskunft zu möglichen Bedenken des Staatsoberhauptes zu Gesetzgebungsvorhaben geben. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin in einem Eilverfahren entschieden. Das Gericht begründete seinen Beschluss am 26. November mit dem Schutz von Vertraulichkeitsinteressen. Dagegen kann Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden. (AZ: VG 27 L 179.15)

Der Antragsteller, ein Berliner Journalist, hatte das Bundespräsidialamt im April 2015 um Mitteilung unter anderem der verfassungsrechtlichen Bedenken des Bundespräsidenten beim Betreuungsgeldgesetz und anderen Gesetzesvorhaben in der laufenden Amtszeit gebeten. Dieses Ansinnen wies das Amt mit der Begründung zurück, über Ausfertigungsprüfungen und in diesem Zusammenhang angestellte formelle und materielle Erwägungen sowie einzelne Prüfungsschritte werde keine Auskunft erteilt.

Das Verwaltungsgericht wies nun in seinem Beschluss den Eilantrag des Journalisten auf Erteilung der Auskünfte zurück. Zwar müssten auch der Bundespräsident und das ihm zuarbeitende Bundespräsidialamt grundsätzlich die Presse über Geschehnisse von öffentlichem Interesse umfassend und wahrheitsgemäß informieren. Hinsichtlich der Ausfertigung von Gesetzen durch den Bundespräsidenten einschließlich der verfassungsrechtlichen Prüfung stünden dem Anspruch jedoch schutzwürdige Vertraulichkeitsinteressen entgegen.

Die Veröffentlichung von Vorüberlegungen stelle die Integrationsfunktion des Bundespräsidenten in Frage, hieß es in der Begründung des Gerichts weiter. Müsste über diese Phase des Gesetzgebungsverfahrens Auskunft wegen verfassungsrechtlicher Bedenken gegeben werden, so würde hierdurch bei kontrovers diskutierten Gesetzen eine Diskussion wiederbelebt, die mit der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag beendet sein sollte.

Durch eine – zudem medial verstärkte – Wiedergabe etwaiger Bedenken des Bundespräsidenten erhielten diese auch ein Gewicht, das der Rolle des Bundespräsidenten im Gesetzgebungsverfahren unter dem Gesichtspunkt der Gewaltenteilung nicht entspreche, hieß es weiter.
lob

Prominente schalten Anzeige für Xavier Naidoo

Solidaritätsaktion von Schauspielern, Musikern und anderen

Frankfurt a.M. (epd). **Prominente Unterstützung für Xavier Naidoo nach der zurückgenommenen Nominierung für den Eurovision Song Contest (ESC): Mehr als 100 Schauspieler, Musiker, Journalisten und Manager versicherten Naidoo am 28. November einer ganzseitigen Zeitungs-Anzeige ihre Solidarität. „Menschen für Xavier Naidoo“ stand in großen schwarzen Lettern auf roten Grund in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, darunter unter anderen die Namen von Mario Adorf, Til Schweiger, Anna Loos, Jan Josef Liefers, Jan Delay und Andreas Gabis. Der Medienexperte und frühere WDR-Unterhaltungschef, Axel Beyer, hielt den Öffentlich-Rechtlichen im Fall Naidoo vor, Unterhaltung als „lästiges Übel“ zu betrachten.**

Hintergrund der Solidaritätsaktion ist, dass der NDR die Nominierung Naidoo für den ESC im kommenden Jahr nach einer Welle harscher Kritik wieder zurücknahm (epd 48/15). Der 44-jährige Soulsänger war vor allem im Internet scharf kritisiert worden. Ihm wurden Antisemitismus und Schwulenfeindlichkeit vorgeworfen.

Laut Medienberichten vom 28. November initiierte der Konzertveranstalter Marek Lieberberg die Solidaritäts-Aktion. In der vergangenen Woche hatte er Künstler zur Unterstützung des Appells „Menschen für Xavier Naidoo“ aufgerufen. Lieberberg organisiert auch die Konzert des Mannheimer Sängers. Dem Hamburger Magazins „Stern“ zufolge soll die Anzeige rund 70.000 Euro gekostet haben.

Aus Sicht des Medienexperten Beyer ist das Vorgehen des NDR bei der Nominierung des deutschen ESC-Vertreters beispielhaft für grundlegende Probleme der Öffentlich-Rechtlichen. „Aus dieser Nummer gehen alle beschädigt raus“, sagte Beyer der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 29. November). Es seien nicht die Vertreter der Unterhaltungskompetenz im NDR gewesen, die die Rücknahme der Nominierung gefordert hätten, „sondern die Vertreter der Sparten Information und Bildung, die

um ihr Ansehen fürchteten“. Ihnen sei Unterhaltung „oft ein lästiges Übel“.

Zwar stehe im Rundfunkstaatsvertrag der Auftrag, Information, Bildung und Unterhaltung zu senden. Doch in Wahrheit werde Unterhaltung als Auftrag nicht ernst genug genommen, sagte Beyer, der zwischen 1995 und 1998 auch Show-Chef des ZDF war und heute Medienmanagement an der Hochschule Fresenius in Köln lehrt. Die Unterhaltungs-Sparte dürfe nicht als „Anhängsel“ des Programms gesehen werden, sondern müsse zum gleichberechtigten Eckpfeiler werden. *rks*

Hessen will Neugründungen von Medien unterstützen

Hessischer Landtag verabschiedet Beschluss zu Printmedien

Wiesbaden (epd). **Das Land Hessen will neue Gründungen von Printmedien künftig unterstützen. Der Landtag forderte die Landesregierung auf, die Förderung „von Start-ups im Printbereich“ über die Bank für Wirtschaftsförderung und Infrastruktur zu prüfen. In dem Antrag, den der Hauptausschuss am 11. November annahm, äußert der Landtag seine Besorgnis über die Zusammenlegung und Schließung von Redaktionen in Hessen. Dieser „beunruhigende Trend“ sei „für die demokratische Meinungs- und Willensbildung in Hessen nicht förderlich“.**

Der Landtag nehme zur Kenntnis, dass mittlerweile 27 von 33 hessischen Tageszeitungsverlagen aus dem Flächentarifvertrag ausgestiegen seien, heißt es in dem Beschluss. Hinzu komme die „niedrige Honorierung freier Mitarbeiter, die für eine umfassende Berichterstattung unerlässlich sind“, die in vielen Fällen den Mindeststundenlohn nicht überschreite. Dies halte der Landtag „für keine gute Voraussetzung für Qualitätsjournalismus, da die Attraktivität des Journalistenberufs für junge Menschen schwindet“.

In dem Beschluss fordert der Landtag die Landesregierung auf, „sich gemeinsam mit Journalistinnen und Journalisten sowie den Verlagen für den Erhalt der Angebotsbreite im Bereich der Printmedien einzusetzen“. Ein vielfältiger Zeitungsmarkt sei für Hessen unverzichtbar. Dem Antrag stimmten neben den Abgeordneten der schwarz-grünen Regierungskoalition auch die SPD und die Linke zu. Die FDP stimmte dagegen.

Wie die „Frankfurter Rundschau“ berichtete, will die Landesregierung an einem Runden Tisch gemeinsam mit Verlegern, Journalisten und deren Gewerkschaften

Lösungen für die Krise auf dem Zeitungsmarkt finden. Staatskanzleichef Axel Wintermeyer (CDU) sagte, die Einnahmen der Printmedien müssten gesichert und deren wirtschaftliche Existenz erhalten werden. Pläne, eine Landesstiftung zur Förderung des Zeitungswesens ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen zu gründen, hatten im Landtag keine Mehrheit gefunden. *dir*

Studie: Jugendliche erwarten von Medien Hilfe bei Problemen

94 Prozent in der Gruppe zwischen zwölf und 19 Jahren nutzen YouTube

Stuttgart (epd). **Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren erwarten von den Medien vor allem Hilfeleistung bei der Lösung persönlicher Probleme. 87 Prozent der Jungen und Mädchen in der Altersgruppe nutzen Medien aus diesem Interesse, wie die am 27. November vorgestellte JIM-Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest ergab. 83 Prozent wollten sich über das aktuelle Weltgeschehen informieren, 78 Prozent interessierten sich für Musik und 75 Prozent für das Thema Ausbildung. Die Studie „Jugend, Information, Multimedia“ (JIM) wird jährlich erstellt.**

Knapp zwei Drittel der Jugendlichen wollten beim Thema Smartphone auf dem Laufenden sein, hieß es. Gut die Hälfte zeige bei Bundespolitik, Sport, Lokalpolitik und Fernsehsendungen ein gesteigertes Informationsbedürfnis. Das Internet sei bei acht von 14 in der Studie abgefragten Themen die bevorzugte Quelle. Das gelte etwa für das Thema Smartphone sowie für Musik, Stars und Mode. Das Fernsehen hingegen sei beim aktuellen Zeitgeschehen erste Wahl, während die Tageszeitung ihre spezifische Stärke in der Lokalberichterstattung habe.

61 Prozent der deutschen Jugendlichen benennen laut Studie YouTube als liebstes Internetangebot, mit weitem Abstand folgen Facebook (36 Prozent) und der Messengerdienst WhatsApp (29 Prozent). Mit 94 Prozent zählen fast alle Zwölf- bis 19-Jährigen zu den Nutzern von YouTube, vier von fünf Jugendlichen sehen sich mindestens mehrmals pro Woche Videoclips auf dem Onlineportal an. Musikvideos sind bei den YouTube-Nutzern am beliebtesten.

Bei der Frage nach den favorisierten YouTube-Kanälen verteilten sich aufgrund der Vielzahl der Angebote die Angaben, hieß es. Mit acht Prozent der Nennungen liege der Kanal von „LeFloId“ alias Florian Mundt auf dem ersten Platz. Den zweiten Rang teilten sich die

fast ausschließlich bei Mädchen beliebten Angebote „Bibis Beauty Palace“ und „Dagi Bee“ mit jeweils sechs Prozent.

Für die repräsentative Studie wurden 1.200 Jugendliche zwischen zwölf und 19 Jahren im Frühsommer 2015 telefonisch befragt. Der Medienpädagogische Forschungsverbund Südwest ist eine Kooperation der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LfK) und der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz. Die Erstellung der Studie erfolgt in Zusammenarbeit mit dem SWR. *rid*

Onlinesucht-Risiko bei 300.000 Kindern und Jugendlichen

Umfrage: Eltern vereinbaren oft keine Regeln für Internetnutzung

Berlin (epd). **Rund 300.000 Kinder und Jugendliche in Deutschland weisen Experten zufolge ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung einer Internetsucht auf. Wie aus der am 30. November in Berlin präsentierten Studie „Internetsucht im Kinderzimmer“ hervorgeht, besteht bei 4,7 Prozent der 12- bis 17-Jährigen eine riskante Internetnutzung. Mehr als jedes fünfte Kind reagiere ruhelos und gereizt auf Einschränkungen in der Onlinenutzung. Rund die Hälfte der Kinder bleibt demnach länger online als vorgenommen. Etwa jedes zehnte Kind nutze das Internet, um vor Problemen zu fliehen.**

Die repräsentative Umfrage war vom Forsa-Institut im Auftrag der Krankenkasse DAK Gesundheit erstellt worden. Dafür seien erstmals ausschließlich Eltern nach dem Internetnutzungsverhalten ihrer 12- bis 17-jährigen Kinder sowie möglichen krankhaften Folgen befragt worden. Insgesamt nahmen bundesweit 1.000 Mütter und Väter an der Studie teil.

Laut DAK-Studie beginnen Kinder im Durchschnitt ab einem Alter von zwölf Jahren, das Internet selbstständig zu nutzen. Häufig vereinbaren Eltern mit ihren Kindern keine Regeln für den Umgang mit dem Computer: So stellten etwa 71 Prozent der Befragten keine Regeln auf, an welchen Orten ihr Kind online gehen darf. 51 Prozent trafen keine Vereinbarungen zur zeitlichen Dauer der Internetnutzung. Bei 32 Prozent der Familien gab es keine Vorgaben, welche Inhalte die Kinder im Internet nutzen dürfen.

Der Befragung zufolge schätzen Eltern die Internetnutzung ihrer Kinder an einem Werktag auf rund zweieinhalb Stunden. Am Wochenende steige diese

Zeit durchschnittlich auf vier Stunden täglich an. 20 Prozent der Jungen und Mädchen seien am Samstag oder Sonntag sechs Stunden und mehr am Computer.

Bei der Onlinenutzung stießen die Forscher zugleich auf einen deutlichen Geschlechterunterschied. Während die 12- bis 17-jährigen Jungen ihre Internet-Zeit am häufigsten (43 Prozent) mit Online-Spielen verbringen, ist die Internet-Hauptaktivität bei gleichaltrigen Mädchen das Chatten beziehungsweise die Nutzung von Messenger-Diensten (42 Prozent).

Deutlich sei, „dass Suchtgefährdung auch im Kinderzimmer besteht“, betonte Rainer Thomasius, Leiter des Deutschen Zentrums für Suchtfragen des Kindes- und Jugendalters am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf. Vor allem von Online-Spielen wie „World of Warcraft“ oder „League of Legends“ gehe eine Suchtgefahr aus. Wenn nicht gespielt werde, könnten Symptome wie Gereiztheit, Unruhe, erhöhte Ängstlichkeit oder Konzentrationsprobleme auf Entzugserscheinungen hindeuten.

Unterdessen betonte die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler (CSU), dass Onlinesucht im Jahr 2016 zum Schwerpunktthema ihrer Arbeit werde. Das Internet biete „große Möglichkeiten und Chancen“. Risiken dürften aber nicht unterschätzt werden. Mortler verwies darauf, dass nach Schätzungen von Experten in Deutschland bereits eine Million Menschen onlinesüchtig seien.

Forscher raten dazu, dass Kinder vor dem achten Lebensjahr überhaupt keinen Zugang zum Internet haben sollten. Vor dem zwölften Lebensjahr sollte kein eigener Computer im Kinderzimmer aufgestellt werden. Und danach müssten Eltern mit ihren Kindern klare Regeln zur Internetnutzung verabreden, sich aber zugleich interessiert an den Onlineaktivitäten zeigen, betonte Thomasius. *lob*

■ KURZMELDUNG

München (epd). **BR-Klassik** hat eine neue **Online-Plattform** gestartet. Die Website www.br-klassik.de bündelt das gesamte Themenspektrum der klassischen Musik, aber auch des Jazz. Auf der neuen Plattform finden Liebhaber der klassischen Musik laut BR zum Beispiel aktuelle Kritiken und Nachrichten aus dem Musikleben, ausführliche Informationen und Hintergründe, das Radio- und Fernsehprogramm sowie Livestreams und alle Sendungen von A bis Z.

Anja Zimmer wird neue Direktorin der MABB

Geschäftsführerin des DJV NRW tritt Nachfolge von Hans Hege an

Berlin (epd). **Anja Zimmer wird neue Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB). Die derzeitige Geschäftsführerin des Deutschen Journalisten-Verbands Nordrhein-Westfalen wurde am 25. November vom Medienrat gewählt, wie die Aufsichtsbehörde am 26. November in Berlin mitteilte. Die 49-Jährige tritt die Nachfolge des Gründungsdirektors Hans Hege an, der ursprünglich bereits mit Ablauf seines Vertrags im April 2014 in den Ruhestand gehen wollte.**

Zimmer erklärte: „Es fällt mir schwer, den Verband zu verlassen. Aber das Angebot aus Berlin konnte ich nicht ausschlagen.“ Die Juristin ist seit 2009 beim Deutschen Journalisten-Verband NRW. Zuvor arbeitete sie unter anderem als Partnerin mit Schwerpunkt Medien- und Telekommunikationsrecht in der Anwaltsgesellschaft Beiten Burkhardt in Frankfurt sowie bei der Deutschen Telekom, wo sie für Medienpolitik und Regulierung zuständig war. Zimmer verfasste zudem eine Promotion zum Thema „Hate Speech im Völkerrecht“.

Der Gründungsdirektor Hege musste länger im Amt bleiben, weil der Medienrat 2014 über mehrere Monate nicht vollständig besetzt war. Die Länder Berlin und Brandenburg hatten sich nicht über die Besetzung des Gremiums einigen können. Der aus sieben ehrenamtlichen Mitgliedern bestehende Rat ist erst seit Januar 2015 wieder vollzählig besetzt (epd 51/14). Eine weitere Verzögerung trat ein, als der Medienrat das Nachbesetzungsverfahren im Juni neu startete. Dies sei notwendig, um „alle rechtlichen Anforderungen“ des Verfahrens zu erfüllen, hieß es damals (epd 26/15). *lob/rid*

■ KURZMELDUNG

Bremen (epd). Das Fernsehen von **Radio Bremen** weitet sein **Angebot für Hörgeschädigte** aus. Der Sender produziert jede Woche eine Ausgabe seines Magazins „buten un binnen“ in Gebärdensprache eigens für Gehörlose, die auf dem Fernsehkanal über HbbTV gestartet werden kann.

„Meine Tochter Anne Frank“ erhält Fernsehfilmpreis in Baden-Baden

Zuschauer stimmen für „Die Ungehorsame“ mit Felicitas Woll

Baden-Baden (epd). Das Dokudrama „Meine Tochter Anne Frank“ (HR/WDR/RBB) ist am 27. November in Baden-Baden mit dem Fernsehfilmpreis der Deutschen Akademie der Darstellenden Künste ausgezeichnet worden. Die Jury lobte den Film von Raymond Ley als „berührend“ und „wohltuend still“. Der 3sat-Zuschauerpreis, über den die Zuschauer im Internet und telefonisch abstimmen konnten, ging an „Die Ungehorsame“ (Sat.1) mit Felicitas Woll (vgl. Leitartikel in dieser Ausgabe).

Den Preis für schauspielerische Leistung erhielt Christiane Paul, die in dem Film „Unterm Radar“ (WDR/Degeto) die Richterin Elke Seeberg verkörpert, deren Tochter verdächtigt wird, in einen Terroranschlag verwickelt zu sein. Ein Sonderpreis für die darstellerische Leistung ging an Barbara Auer und Matthias Brandt, die im „Polizeiruf 110: Kreise“ (BR) gemeinsam als Kommissare in einem Mordfall ermitteln. Auer und Brandt seien „Bescheidenheitsartisten“, lobte die Jury, sie erspielten ihren Figuren „einen sehr tiefen emotionalen Resonanzraum, einen reichen Erfahrungsschatz, ohne jemals virtuos sein zu wollen“.

Der Schauspieler Matthias Brandt wurde auch mit dem diesjährigen Hans Abich Preis für besondere Verdienste im Bereich Fernsehfilm ausgezeichnet.

Der diesjährige Preis der Studentenjury ging an den Fernsehfilm „Ein großer Aufbruch“ (ZDF) von Matti Geschonneck und Magnus Vattrodt. Die Studenten der Filmakademie und der Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg sowie der Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf begründeten ihre Entscheidung so: „Die gedanklichen Scheuklappen, krampfhaft Filme für ein junges Publikum zu produzieren, müssen abgelegt werden.“ Der Gewinnerfilm zeige, dass es sich lohnt. Er besteche durch „eine wahrhaftige und ehrliche Auseinandersetzung mit einem generationenübergreifenden Thema“.

Mit dem Nachwuchspreis MFG Star der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg zeichnete der Juror Rosa von Praunheim den Regisseur Marc Brummund für den Film „Freistatt“ aus.

Die Jury des Fernsehfilmfestivals tagte unter dem Vorsitz des Autors und Journalisten Torsten Körner. Das Festival fand von Montag bis Freitag in Baden-Baden statt. Es wird veranstaltet von der Deutschen Akademie der

Darstellenden Künste, den Sendern 3sat und SWR sowie der Stadt Baden-Baden. Zeitgleich zum Festival strahlte 3sat alle zwölf Wettbewerbsfilme aus. *dir*

Deutsche Fernsehakademie vergibt Preise in 21 Kategorien

Auszeichnung für beste Regie ging an Urs Egger für „Der Fall Bruckner“

Köln (epd). Die Deutsche Akademie für Fernsehen hat am 28. November in Köln die Auszeichnungen für das Jahr 2015 vergeben. Über die Preise in insgesamt 21 Kategorien entschieden die 740 Akademiemitglieder. Mit dem Preis will die Akademie vor allem auch die Fernsehschaffenden hinter der Kamera würdigen.

Den Preis in der Kategorie Regie erhielt Urs Egger für „Der Fall Bruckner“ (ARD/BR). Nominiert waren auch Stephan Wagner für den „Tatort: Das Muli“ (ARD/RBB) und Lars Kraume für „Dengler - Die letzte Flucht“ (ZDF).

In der Kategorie Drehbuch wurde Michael Proehl für den „Tatort: Im Schmerz geboren“ (ARD/HR) ausgezeichnet. Nominiert waren außerdem Magnus Vattrodt für „Das Zeugenhaus“ (ZDF) sowie Alex Eslam und Sven Poser für „Bissige Hunde“ (Sixx/Sat.1).

In der Kategorie Schauspielerin Hauptrolle ging der Preis an Ina Weisse für „Ich will Dich“ (ARD/WDR/ARTE). Nominiert waren außerdem Martina Gedeck für „Das Ende der Geduld“ (ARD/BR/NDR) und Christina Große für „Anderst schön“ (ARD/NDR/Degeto).

Der Preis für die beste Schauspielerin in einer Nebenrolle ging an Angela Winkler für „Das Gewinnerlos“ (ARD/Degeto). Nominiert waren außer ihr Morgane Ferru für den „Tatort: Der Wüstensohn“ (ARD/BR) und Inge Maux für „Spuren des Bösen - Schande“ (ZDF/ORF).

Als bester Schauspieler wurde Hans-Michael Rehberg für „Schuld: Schnee“ (ZDF) nach Ferdinand von Schirach ausgezeichnet. Nominiert waren außer ihm Yasin El Harrouk für den „Tatort: Der Wüstensohn“ (ARD/BR) und Bernhard Schütz für die Serie „Eichwald, MdB“ (ZDFneo/ZDF).

Den Preis als bester Schauspieler in einer Nebenrolle erhielt Ulrich Matthes für „Bornholmer Straße“ (ARD/MDR/RBB/Degeto). Nominiert waren auch Felix Vörtler für „Lena Fauch - Vergeltung oder Rache“ (ZDF) und Thomas Loibl für den „Spreewaldkrimi - Die Tote im Weiher“ (ZDF).

In der Kategorie Bildgestaltung wurde Kolja Brandt für „Nackt unter Wölfen“ (ARD/MDR/WDR/SWR/BR/Degeto) ausgezeichnet. Nominiert waren auch Ralf Noack für „Der Metzger muss nachsitzen“ (ARD/Degeto) und Lars Liebold für „Kommissar Marthaler – Ein allzu schönes Mädchen“ (ZDF/ARTE).

Der Preis für den besten Filmschnitt ging an Ulf Albert für „Altersglühen – Speed Dating für Senioren“ (ARD/WDR/NDR). Nominiert waren außer ihm Knut Hake für den „Tatort: Der irre Iwan“ (ARD/MDR) und Anya Schulz für „Der Glanz der Schattenwirtschaft in Westafrika, Reihe Faszination Wissen“ (Bayerisches Fernsehen/BR).

Den Preis in der Kategorie Casting erhielt Marc Schötdeldreier für „Vorsicht vor Leuten“ (ARD/WDR). Nominiert waren außerdem Daniela Tolkien und Anna Slater für „Das Ende der Geduld“ (ARD/BR/NDR) und Ingrid Cuenca für „Die letzten Millionen“ (ARD/Degeto).

In der Kategorie Kostümbild wurde Bettina Catharina Proske für „Let's go!“ (ARD/BR/WDR/Degeto) ausgezeichnet. Nominiert waren auch Anette Guther für „Vorsicht vor Leuten“ (ARD/WDR) und Mirjam Muschel für „Die Himmelsleiter – Sehnsucht nach morgen“ (ARD/Degeto).

Der Preis für das beste Maskenbild ging an Gerhard Zeiss und Silka Lisku für „Tannbach – Schicksal eines Dorfes“ (ZDF). Nominiert waren auch Wolfgang Böge, Ragna Jornitz und Astrid Lehmann für „Die Schneekönigin“ (ZDF) sowie Jeanette Latzelsberger, Gregor Eckstein, Julia Rinkl und Elke Lebender für „Kalkofes Mattscheibe: Fresse 2014“ (Tele 5).

Den Preis in der Kategorie Musik erhielt Fabian Römer für „Tannbach – Schicksal eines Dorfes“ (ZDF). Nominiert waren außerdem Jules Kalmbacher für „Letzte Ausfahrt Sauerland“ (ARD/Degeto) sowie Sven Rossbach und Florian van Volxen für „Polizeiruf 110: Smoke on the Water“ (ARD/BR).

In der Kategorie Produzent wurde Michael Eckelt für „Altersglühen – Speed Dating für Senioren“ (ARD/WDR/NDR) ausgezeichnet. Nominiert waren auch Michael Souvignier für „Landauer – Der Präsident“ (ARD/BR) sowie Philipp Käbbohrer und Matthias Murmann für „Neo Magazin Royale mit Jan Böhmermann“ (ZDFneo/ZDF).

Den Preis in der Kategorie Redaktion/Producing erhielt Claudia Simionescu für „Der Fall Bruckner“ (ARD/BR). Nominiert waren auch Jana Brandt, Wolfgang Voigt, Verena Monssen und Korinna Roters für „Nackt unter Wölfen“ (ARD/MDR/WDR/SWR/BR/Degeto) sowie Julia Klüssendorf, Meinhart Schmidt-Degenhart, Stefan

Meining und Mechthild Rüter für „Sterben für Allah? Deutsche Gotteskrieger auf dem Weg nach Syrien“ (ARD/HR/BR/SWR).

In der Kategorie Fernsehjournalismus wurde Ulrich Chaussy für „Attentäter – Einzeltäter? Neues vom Oktoberfestattentat“ (ARD/BR) ausgezeichnet. Nominiert waren auch Nicole Rosenbach und Anna Osius für „Die Story im Ersten: Mit Kindern Kasse machen“ (ARD/WDR) sowie Dirk Steffens für „ZDFzeit: Projekt Hühnerhof“ (ZDF).

Den Preis in der Kategorie Dokumentarfilm/Dokumentation erhielten John Goetz und Poul-Erik Heilbuth für „Jagd auf Snowden – Wie der Staatsfeind die USA blamierte“ (ARD/NDR/WDR/Danmarks Radio). Nominiert wurden auch Ben Lewis für „Falciani und der Bankenskandal“ (ARD/SWR/Arte) und Dag Freyer für „Ein Hauch von Freiheit. Schwarze GIs, Deutschland und die US-Bürgerrechtsbewegung“ (ARD/MDR).

Der Preis für die beste Fernsehunterhaltung ging an Lutz Heineking Jr. für „Endlich Deutsch!“ (WDR Fernsehen). Nominiert waren außerdem Michael Kessler für „Kessler ist. . .“ (ZDFneo) sowie Vural Öger, Judith Williams, Jochen Schweizer, Frank Thelen und Lencke Steiner für „Die Höhle der Löwen“ (VOX).

In der Kategorie Stunt ging der Preis an Ronnie Paul für den „Tatort: Wer Wind erntet, sät Sturm“ (ARD/Radio Bremen). Nominiert waren auch Benjamin Nippe, Christian Peterson, Alister Mazzotti und Jason Oettle für „Zorn – Vom Lieben und Sterben“ (ARD/MDR/Degeto) sowie Thomas Hacikoglu, Jan Böhm, Jason Oettle und Alister Mazzotti für „Der Mann ohne Schatten“ (ZDF).

Der Preis für das beste Szenenbild ging an Jill Schwarzer für „Bissige Hunde“ (Sixx/Sat.1). Nominiert waren auch Michael König für „Grzimek“ (ARD/Degeto) und Petra Heim für „Die Seelen im Feuer“ (ZDF).

Den Preis für die beste Tongestaltung erhielten Thomas Warneke und Clemens Grulich für „Die Schneekönigin“ (ZDF). Nominiert waren auch Christof Köpf, Jan Petzold und Gerald Cronauer für „Stralsund – Kreuzfeuer“ (ZDF) sowie Marion Blume, Richard Borowski und Andreas Walther für „Bella Block – Für immer und immer“ (ZDF).

In der Kategorie Visuelle Effekte/Animation wurde Denis Behnke für „Nackt unter Wölfen“ (ARD/MDR/WDR/SWR/BR/Degeto) ausgezeichnet. Nominiert waren außerdem Denis Behnke noch einmal für „Bornholmer Straße“ (ARD/MDR/RBB/Degeto) und Jan Stoltz für „Meine allerschlimmste Freundin“ (Sat.1). *dir*

Hör-Edition mit Thomas Kling ist Hörbuch des Jahres

hr2-Bestenliste: „Kommissar Gordon – Der erste Fall“ ist Kinderhörbuch des Jahres

Frankfurt a.M. (epd). Die Hör-Edition „Thomas Kling – Die gebrannte Performance“ ist von der Jury der hr2-Hörbuchbestenliste zum Hörbuch des Jahres gewählt werden. Wie der Hessische Rundfunk am 26. November mitteilte, ist „Kommissar Gordon – Der erste Fall“ von Ulf Nilsson Kinder- und Jugendhörbuch des Jahres.

Das Hörbuch „Thomas Kling – Die gebrannte Performance“ enthält auf vier CDs eine Zusammenstellung von Tondokumenten aus dem akustischen Nachlass des 2005 im Alter von 48 Jahren verstorbenen Dichters Thomas Kling. Nach Meinung der Jury sind die vier CDs und der beiliegende ausführliche Materialband eine „vorzügliche Hinführung“ zum längst nicht ausgeschöpften Werk des Dichters. Kling gehöre zu den Dichtern, die „in unserer Gegenwart bewiesen haben, was Poesie vermag“. Die Edition wurde von Ulrike Janssen und

Norbert Wehr in der Schriftenreihe der Kunststiftung NRW im Lilienfeld Verlag herausgegeben.

Das Kinderhörbuch des Jahres erzählt von Kommissar Gordon, einer alten Kröte, die einen schweren Fall zu knacken hat: Wer hat dem Eichhörnchen die Nüsse geklaut? Die Jury lobte die sensible Inszenierung der Geschichte, die die Themen Schuld, Raffgier und Strafe in vielen Facetten aufgreife. Mit Ulrich Noethen, Jens Wawrczeck, Jutta Doll und Udo Korschwald sei sie bis in die kleinsten Rollen hochkarätig besetzt.

Das Kinderhörbuch des Jahres ist als Hörbuch-Preis der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden mit 10.000 Euro dotiert. Der Preis wird am 24. Januar 2016 in Wiesbaden verliehen. Der undotierte Preis für das Hörbuch des Jahres wird am 8. März bei der Gala zum Deutschen Hörbuchpreis überreicht.

Die hr2-Hörbuchbestenliste wird seit 1997 von hr2-kultur und dem „Börsenblatt, Magazin für den Deutschen Buchhandel“ herausgegeben. Kooperationspartner sind die Zeitschriften „chrismon plus“, „Hits für Kids“ und das Literaturhaus Frankfurt. *dir*

■ KURZ & KNAPP

Hamburg (epd). **Sigrid Keler** (73), ehemalige SPD-Finanzministerin von Mecklenburg-Vorpommern, ist neue Vorsitzende des **NDR-Verwaltungsrats**. Sie war bislang stellvertretende Vorsitzende und löst den früheren Hamburger CDU-Staatsrat **Bernd Reinert** (64) ab, der künftig ihr Stellvertreter sein wird. Der Ämtertausch war bereits bei der Vorstandswahl vor 15 Monaten vereinbart worden. Amtsantritt ist am 19. Dezember, wie der NDR mitteilte. Keler war von 1996 bis 2008 Finanzministerin in Schwerin. Von 2010 bis 2012 arbeitete sie ehrenamtlich als Finanzvorstand des FC Hansa Rostock und ist derzeit Aufsichtsratsmitglied der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied des Kuratoriums Deutsche Wildtierstiftung und der Kulturstiftung Rostock. Seit 2013 gehört sie dem NDR-Verwaltungsrat an. Reinert war von 2008 bis 2011 Staatsrat der Hamburger Wissenschaftsbehörde. Seit 2014 ist er

Präsidiumsmitglied des Instituts für niederdeutsche Sprache. Auch er ist seit 2013 Mitglied des NDR-Verwaltungsrats.

München (epd). Die **Burda-News-Marken** werden künftig in zwei Einheiten organisiert. Demnach ist **Andreas Mauch** (35) künftig als Managing Director zuständig für den Bereich Screens („TV Spielfilm“, „TV Today“, TV Schlau,, „Cinema,,). Er war zuletzt Leiter des Digitalbereichs von Burda News. **Alexander Grzegorzewski** (54) verantwortet ab dem 1. Dezember den Bereich Infotainment und damit die „Focus,,-Markenfamilien, „Playboy,, „Fit for Fun,, und „Free Men's World,,. Er war zuvor mehrere Jahre in leitenden Funktionen unter anderem bei Motor Presse Stuttgart und Axel Springer tätig. Für das strategische Neugeschäft rund um sonstige Erlösquellen baut Burda News eine eigene Einheit auf, „The Enabling Company“ (TEC). Geschäftsführer wird **Hubert Jakob** (49), der die Mediengruppe bereits seit eini-

gen Jahren berät. Er ist Gründer des Statistik-Portals Statista und war zuvor unter anderem für Bertelsmann, die Deutsche Bank und McKinsey tätig.

Mainz (epd). Moderator **Steven Gätjen** (43) präsentiert im ZDF-Abendprogramm im kommenden Jahr eine neue Live-Show mit dem Titel „**I can do that!**“. In der vierteiligen Reihe zur Primetime treten vom 25. Februar an sechs Prominente gegeneinander an. Die Teilnehmer präsentieren nach einwöchigem Training jeweils eine Live-Performance aus den Bereichen Artistik, Jonglage, Zauberei, Feuerspucken, Schattentheater und Lasershow. Das Format wurde in Israel entwickelt und läuft laut ZDF bereits erfolgreich in vielen Ländern. Gätjen hatte im Mai seinen Wechsel von ProSieben zum Zweiten bekanntgegeben. Seinen Start im ZDF hat der Moderator, der vor allem mit Shows wie „Schlag den Raab“ bekannt wurde, am 13. Februar mit der dreistündigen Live-

Show „Die versteckte Kamera 2016 – Prominent reingelegt“. Dabei treten Prominente in den Wettbewerb um den besten eigenen Film mit versteckter Kamera. Die Filme werden von einer Jury kommentiert, zu der **Til Schweiger**, **Heiner Lauterbach** und **Carolin Kebekus** gehören. Im Mai präsentiert Gätjen zudem zwei neue Ausgaben der Spielshow „Das Superhirn“.

Bonn (epd). **Manfred Harnischfeger**, der frühere Leiter der Unternehmenskommunikation von **Bertelsmann** und spätere Kommunikationschef des Konzerns **Deutsche Post World Net**, ist nach schwerer Krankheit am 22. November in Bonn verstorben. Er wurde 71 Jahre alt. Der 1944 im hessischen Lorsch geborene Manfred Harnischfeger machte zunächst eine journalistische Ausbildung bei der „Fuldaer Zeitung“. Nach einer weiteren Station bei der „Allgemeinen Zeitung“ in Mainz wurde er 1968 Pressereferent der CDU-Landesgeschäftsstelle in Frankfurt am Main, kurze Zeit später dann Pressesprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Im Jahr 1972 wechselte er zu Bertelsmann in Gütersloh, wo er zum Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufstieg. Unter anderem war er am Aufbau der Bertelsmann Stiftung und der Gründung der Stiftung Lesen beteiligt. Im Jahr 2002 wechselte Harnischfeger von Bertelsmann zur Deutschen Post, wo er von 2003 bis 2009 für die globale Kommunikation verantwortlich zeichnete. Nach seinem Abschied aus der aktiven PR-Arbeit war unter anderem als Professor am Institut für Kultur- und Medienmanagement der Hochschule für Musik und Theater in Hamburg tätig. Harnischfeger erhielt zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem war er Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse und der Goldenen Ehrennadel der Deutschen Public Relations Gesellschaft (DPRG).

Hamburg (epd). Die US-amerikanische Journalistin und Dokumentarfilmerin **Laura Poitras** (51) ist mit dem **Marion Dönhoff Preis** für internationale Verständigung ausgezeichnet worden. Mit „ihrer Zivilcourage und ihrer Bereitschaft, für ihre Überzeugungen ein hohes Risiko einzugehen“, gebe sie den Menschen ein Beispiel, sagte der ehemalige Bundesinnenminister Gerhard Baum (FDP) in seiner Laudatio. Ihr Oscar-prämierter Film „Citizenfour“ über den Whistleblower **Edward Snowden** sei ein „dokumentarisches Meisterwerk“. Der Preis ist mit 20.000 Euro dotiert. Der ebenfalls mit 20.000 Euro dotierte Förderpreis ging an den Verein **Barada Syrienhilfe**, der Menschen im syrischen Bürgerkrieg hilft. Der frühere Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** (FDP), der im vergangenen Jahr aus gesundheitlichen Gründen den Dönhoff-Preis nicht entgegen nehmen konnte, wurde in diesem Jahr nachträglich für seine Verdienste um die deutsche Einigung geehrt. Die Wochenzeitung „Die Zeit“, die „Zeit“-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius und die Marion Dönhoff Stiftung vergaben den Preis in diesem Jahr zum 13. Mal. Zur Jury zählten Friedrich Dönhoff, Astrid Frohloff, Manfred Lahnstein, Matthias Naß, Janusz Reiter, Theo Sommer, Fritz Stern und Anne Will.

Düsseldorf (epd). Die **Film- und Medienstiftung NRW** fördert acht **Hörspielprojekte** mit insgesamt 45.000 Euro. Davon gehen 15.000 Euro an das „Unendliche Hörspiel“ in Anlehnung an den Roman „Unendlicher Spaß“ von David Foster Wallace, wie die Stiftung am 23. November mitteilte. Die Autoren **Andreas Ammer**, **Andreas Gerth** und **Martin Gretschmann** erhalten die Förderung für die Installation eines besonderen Internetmoduls, das als Soundmaschine immerwährende Musik produzieren soll. Vollständig Analog hingegen ist das Projekt von **Julie Bräuning**, die

für ihre „Analogen Meditationen“ 7.000 Euro erhält. In der Miniserie werden Vorgänge des Alltags ruhig beschrieben, die spielerisch zur Entschleunigung und Meditation dienen sollen. **Gert Roland Stiepel** erhält 7.000 Euro für „Soko Opa oder: Die Grauen in den Zellen“. Das satirische Hörspiel greift die demografische Entwicklung einer alternden Gesellschaft auf und stellt im Jahr 2035 bestehende spezielle Senioren-Gefängnisse in den Mittelpunkt.

Köln (epd). Der Radio-Kabarettpreis **„Salzburger Stier“** 2016 geht an den Kölner Wort- und Musikkabarettisten **Martin Zingsheim**. Der mit 6.000 Euro dotierte Preis ehre den 1984 geborenen Zingsheim für herausragende Leistungen sowohl auf deutschsprachigen Kleinkunsth Bühnen als auch im Hörfunk, teilte der Preisträger des Jahres 2010, **Wilfried Schmickler**, im Namen der Jurys aus Deutschland, Österreich und der Schweiz mit. Der „Salzburger Stier“ wird am 21. Mai in der Paderhalle in Paderborn verliehen. Der Preis der Schweizer Jury geht an die Ostberliner **Wahlschweizerin Uta Köbernick**, Jahrgang 1976. Für Österreich erhält der Wiener **Gerry Seidl**, Jahrgang 1975, die begehrte Auszeichnung. Der „Salzburger Stier“ ist der einzige europäische Radio-Kabarettpreis. Er wird jedes Jahr von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus Deutschland, Österreich und dem italienischen Südtirol sowie der Schweiz verliehen. Jedes der Länder wählt einen Preisträger.

Berlin (epd). Für seinen „herausragenden Beitrag zur Förderung der deutsch-norwegischen Beziehungen“ bekommt der Nordeuropa-Korrespondent der „Welt“, **Clemens Bomsdorf**, den diesjährigen **Willy-Brandt-Preis** der norwegisch-deutschen Willy-Brandt-Stiftung. Norwegischer Preisträger ist **Sten Inge Jorgensen** von der Wochenzeitung „Morgenbladet“. Bomsdorf

berichtet seit über zehn Jahren aus und über Nordeuropa und wohnt in Kopenhagen. Seine Artikel erscheinen unter anderem auch in „Focus“ und „Zeit Online“.

Nürnberg (epd). Für eine Geschichte über Taufen muslimischer Flüchtlinge hat der Journalist **Hannes Leitlein** den erstmals vergebenen **Nürnberger Medienpreis** bekommen. Der Beitrag über Wilayah aus Burkina Faso, der in einer Düsseldorfer Gemeinde Christ wird, ohne zu wissen, was dies bedeutet, erschien in der Beilage „Christ und Welt“ der „Zeit“. Den zweiten Preis erhielt der Schweizer **Joel Bedetti** für eine Reportage in der „Neuen Züricher Zeitung“ über den Widerstand in der Gemeinde Bürglen gegen den Churer Bischof. **Juliane Ziegler** wurde für einen Bericht in „christmon“ ausgezeichnet, in dem sie über eine Frankfurter Gemeinde berichtete, die spontan zwei afrikanische Flüchtlinge aufgenommen hat. Die Protestanten in Nürnberg hatten den Preis für Nachwuchsjournalisten erstmals zum Themenjahr „Bild und Bibel“ im Rahmen der Lutherdekade ausgeschrieben. In den ausgeschrieben Kategorien Audio und Video gab es den Angaben zufolge keine preiswürdigen Einsendungen. Die Auszeichnungen in der Kategorie Texte sind mit insgesamt 3.000 Euro dotiert.

Berlin (epd). „Tagesspiegel“-Redakteur **Jost Müller-Neuhof** ist am 24. November für seinen hartnäckigen Kampf um Akteneinsicht bei staatlichen Institutionen mit dem Berliner Journalistenpreis **„Der lange Atem“** ausgezeichnet worden. Müller-Neuhof machte sich um das informationelle Wohl der Allgemeinheit verdient, sagte „Cicero“-Chefredakteur Christoph Schwennicke in seiner Laudatio. Dieses sei ein wesentlicher Kern unserer Demo-

kratie und der offenen Gesellschaft. Den zweiten Preis erhielt der ARD-Journalist **Hajo Seppelt** für seine außerordentlichen Recherchen zu „Doping in der Leichtathletik“. Seine Dokumentarfilme im Ersten führten kürzlich zur Sperrung des russischen Leichtathletikverbandes durch den Weltverband. Der dritte Preis ging an **Jörg Göbel** und **Christian Rohde** von der ZDF-Sendung „Frontal 21“ für ihre Berichte zum Thema „Missstände in der deutschen Lebensmittelproduktion“. Der Preis wurde zum neunten Mal vergeben. Er geht an Journalistinnen und Journalisten, die sich mit Mut, Sorgfalt und Beharrlichkeit einem gesellschaftlichen relevanten Thema widmen und dieses engagiert in die Öffentlichkeit tragen. Der erste Preis ist mit 3.000 Euro dotiert, der zweite mit 2.000 Euro und der dritte mit 1.000 Euro. Die Entscheidung trifft eine Jury aus acht prominenten Journalisten.

Cottbus/Potsdam (epd). Die Leiterin des ZDF-Studios Potsdam, **Britta Hilpert**, ist auf einer AfD-Kundgebung in Cottbus von Demonstranten attackiert worden. Mehrere Teilnehmer hätten sie auf der Veranstaltung am 25. November angerempelt und geschubst, teilte Reporter ohne Grenzen mit. Die Polizei musste die Attacke unterbinden. Demnach hatte Hilpert eine Demonstrantin befragen wollen, die dem Interview zuvor auch zugestimmt hatte. Zu der Kundgebung unter dem Motto „Asylchaos stoppen“ hatten sich rund 600 AfD-Anhänger versammelt, unter ihnen auch der umstrittene Thüringer Parteichef **Björn Höcke**. Reporter ohne Grenzen zählte in Deutschland seit Januar 22 tätliche Angriffe gegen Journalisten. Es werde mit Sorge beobachtet, „dass die bei 'Pegida'-Demonstrationen und NPD-Veranstaltungen schon alltäg-

lich gewordenen Angriffe gegen Journalisten jetzt auch bei den AfD-Anhängern kein Tabu mehr sind“, hieß es.

Düsseldorf (epd). Die Verlagsgruppe **Handelsblatt** bezieht Ende 2017 ein neues Verlagsgebäude in Düsseldorf. Im Medienhaus „La Tete“ am neuen Standort im Stadtteil Pempelfort werden künftig die Redaktionen und die Geschäftsbereiche inklusive Tochtergesellschaften unter einem Dach vereint sein, wie das Unternehmen mitteilte. Der Bau des siebengeschossigen Gebäudes beginnt im ersten Quartal 2016. Die Verlagsgruppe mit ihren rund 700 Mitarbeitern nimmt etwa 60 Prozent der Gesamtfläche von rund 22.000 Quadratmetern in Anspruch, für den Rest werden Dienstleistungsfirmen aus der Digitalwirtschaft und kreative Unternehmen gesucht. Der Vorsitzende der Geschäftsführung, **Gabor Steingart**, sagte, das Gebäude vereine „modernste Büroarchitektur mit einer attraktiven Lage in einem jungen, kreativen und aufstrebenden Stadtviertel“.

Offenburg (epd). **Burda** hat den Verkauf von Zeitschriften-Abonnements in **Tankstellen** gestartet. 20 Titel wie „Bunte“, „Freundin“, „Focus“ und „Playboy“ sind auch als Gutscheinkarten für Abos an 600 Jet- und 250 Westfalen-Tankstellen erhältlich. Der Start der Auslieferung kann online individuell festgelegt werden. Zusätzlich erhalten die Kunden einen Tank- und Warengutschein für die jeweilige Mineralölgesellschaft. Partner des BurdaDirect-Unternehmens Neue Verlagsgesellschaft (NVG) ist der Convenience-Großhändler **Lekkerland**, der das Prepaid-Sortiment e-va (electronic value) für Bezahl- und Geschenkkarten betreibt.

INTERNATIONALES

Protest gegen Festnahme von Journalisten in der Türkei

„Cumhuriyet“-Mitarbeiter berichteten über Waffenlieferungen nach Syrien

Istanbul/Berlin (epd). **Journalistenorganisationen und Politiker protestieren gegen die Verhaftung zweier Journalisten in der Türkei. Die Bundesregierung müsse sich für eine sofortige Freilassung einsetzen, forderte der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) am 27. November in Berlin. Dem Chefredakteur der oppositionellen Zeitung „Cumhuriyet“, Can Dündar, und dem Büroleiter in Ankara, Erdem Gül, werden Spionage und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hatte Anzeige erstattet, weil die beiden über mögliche Waffenlieferungen aus der Türkei an syrische Extremisten berichtet hatten. Die Journalisten wurden am 26. November inhaftiert.**

In einem Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) wies der DJV-Bundesvorsitzende Frank Überall darauf hin, dass die Journalisten nur ihrer Aufgabe der kritischen Berichterstattung nachgekommen seien. „Journalismus ist kein Terrorismus“, erklärte er. An die europäischen Staatschefs appellierte Überall: „Wo Journalisten verfolgt und eingesperrt werden, dürfen die Vertreter europäischer Demokratien nicht wegsehen.“

Reporter ohne Grenzen schloss sich der Forderung nach Freilassung an. „Präsident Erdogan ist kein Freund der Pressefreiheit. Die gestrigen Festnahmen zeigen einmal mehr, dass unabhängiger Journalismus in der Türkei nur unter schwersten Bedingungen möglich ist“, sagte der Geschäftsführer der deutschen Sektion der Organisation, Christian Mihr. Reporter ohne Grenzen hatte „Cumhuriyet“ kürzlich zum Medium des Jahres 2015 gekürt. Die Zeitung berichte immer wieder über Tabuthemen wie die Kurdenfrage und den Genozid an den Armeniern, hieß es (epd 47/15). Deswegen werde sie von türkischen Regierungsstellen mit Klagen, Internetsperren und Verleumdungskampagnen überzogen.

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di und der Bund türkischer Journalisten in Europa verurteilten die Verhaftung ebenfalls. Sollten die EU-Verantwortlichen in Ankara nicht Position beziehen, machten sie sich mitverantwortlich bei der Aushebelung demokratischer Grundrechte, erklärte dju-Bundesgeschäftsführerin Cornelia Haß.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Europaparlament, Rebecca Harms, sagte, der Vorfall stehe „in einer Serie anhaltender Repressalien und systematischer Einschüchterung der Presse“ in der Türkei. Die Grünen-Bundestagsabgeordneten Claudia Roth und Tabea Rößner erklärten, die Verhaftung sei vor allem als Schuldeingeständnis der türkischen Regierung zu werten. Viel zu lange habe die Regierung die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) und deren Umfeld aktiv unterstützt und später wohlwollend geduldet, unter anderem mit Waffenlieferungen und Ölkäufen. Wenn jetzt nicht die Täter bestraft würden, sondern diejenigen, die über Straftaten und Missstände berichten, lägen rechtsstaatliche Normen in der Türkei in Trümmern, kritisierten Roth und Rößner. *rid*

Chinesische Journalistin Gao Yu aus der Haft entlassen

71-Jährige aus gesundheitlichen Gründen in Hausarrest verlegt

Bonn (epd). **Die wegen angeblichen Verrats von Staatsgeheimnissen verurteilte chinesische Journalistin Gao Yu ist aus der Haft entlassen worden. Aus gesundheitlichen Gründen durfte die 71-Jährige am 26. November vorzeitig in den offenen Vollzug mit Auflagen wechseln, wie die Deutsche Welle in Bonn mitteilte. Zuvor hatte das zuständige Gericht in Peking im Berufungsverfahren gegen die Journalistin zunächst deren Haftstrafe von sieben auf fünf Jahre verkürzt. Gao Yu arbeitete unter anderem für die Deutsche Welle.**

Gao Yu ist der Deutschen Welle zufolge seit längerem schwer erkrankt und leidet unter anderem unter Herzproblemen. Intendant Peter Limbourg zeigte sich erleichtert über die Entscheidung der chinesischen Behörden: „Das ist eine wirklich gute Nachricht.“ Damit habe sich der Einsatz des Senders und der deutschen Politik für Gao Yu gelohnt.

Auch der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) und die Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG) reagierten mit Erleichterung. „Ich freue mich, dass die Kollegin dem Gefängnis den Rücken kehren kann“, sagte der DJV-Vorsitzende Frank Überall. „Das wäre ohne den Druck der Weltöffentlichkeit nicht möglich gewesen.“ Er dankte den Mitarbeitern und der Intendantz der Deutschen Welle, dass sie wiederholt mit Nachdruck auf das Schicksal von Gao Yu aufmerksam gemacht hätten. „Die Journalistin hat das getan, wofür hierzulande Journalistenpreise verliehen werden: Sie hat investigativ recherchiert“, sagte Überall.

Reporter ohne Grenzen wies darauf hin, dass Gao Yu Verlegung in den Hausarrest laut einer Meldung der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua nur temporär sei. Das bedeute, dass die Journalistin jederzeit wieder zurück ins Gefängnis geschickt werden könne. Die Organisation forderte eine Aufhebung des Urteils gegen Gao Yu. „Angesichts des besorgniserregenden Gesundheitszustands Gao Yus war eine Verlegung aus dem Gefängnis das Mindeste“, sagte ROG-Geschäftsführer Christian Mihr. „Denn das ganze Verfahren war ein Schauprozess und das Urteil ist ein Unrechtsurteil gegen eine mutige Journalistin. Gao Yu hat nichts von dem getan, was ihr weiterhin vorgeworfen wird.“

Die prominente Journalistin war im April wegen des angeblichen Verrats von Staatsgeheimnissen zu sieben Jahren Haft verurteilt worden (epd 17/15). Sie beteuerte stets ihre Unschuld. Anschließend forderte unter anderem die Bundesregierung ihre Freilassung (epd 29/15). Gao Yu schrieb für mehrere ausländische Medien, darunter den chinesischen Dienst der Deutschen Welle. Wegen ähnlicher Vorwürfe war sie bis 1999 schon einmal sechs Jahre in Haft gewesen und darf in China nicht mehr publizieren.

Nach Angaben der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ sitzen in China derzeit mehr als 100 Journalisten und Bürger-Journalisten wegen ihrer Arbeit – so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Auf der Rangliste der Pressefreiheit steht China auf Platz 176 von 180 Ländern. *lwd/mih*

ARD sieht Zukunft des terrestrischen Fernsehens gesichert

Frequenzen unterhalb von 700 Megahertz bleiben Rundfunk vorbehalten

Hamburg/Genf (epd). Die ARD hält die Zukunft der terrestrischen Fernsehversorgung in Deutschland vorerst für gesichert. Der Senderverbund begrüßte am 27. November die Entscheidung der World Radiocommunication Conference (WRC-15) in Genf, bestimmte Frequenzen vorerst bis zum Jahr 2023 dem Rundfunk vorzubehalten. Das bedeute, dass die Zuschauer weiter digitales Antennenfernsehen empfangen könnten, teilte die ARD mit.

Wie das Institut für Rundfunktechnik der öffentlichen Sender in München mitteilte, einigten sich die Vertreter von mehr als 150 Regierungen in Genf darauf, dass das sogenannte UHF-Band (470–694 Megahertz) in Europa, Afrika, dem Nahen Osten und Zentralasien bis mindestens 2023 ausschließlich

dem Rundfunk vorbehalten bleibt. Erst im Jahr 2023 solle die Frequenznutzung im UHF-Band „ergebnisoffen“ überprüft werden. Eine „überwältigende Mehrheit der teilnehmenden Funkverwaltungen“ habe sich auch für die Zeit nach 2023 für eine Nutzung des Bandes durch den terrestrischen Rundfunk ausgesprochen.

Die Delegierten hätten darin übereingestimmt, dass das derzeit vom Rundfunk genutzte Spektrum zu wichtig sei, um es Mobilfunkdiensten zuzuweisen, teilte das IRT mit. Es solle weiterhin für das digitale Antennenfernsehen DVB-T beziehungsweise DVB-T2 und für drahtlose Produktionsfunksysteme erhalten bleiben. Die Entscheidung bedeute Rechts- und Investitionssicherheit für die Zukunft des digitalen terrestrischen Rundfunks in Europa. In Deutschland wird derzeit von DVB-T auf DVB-T2 umgestellt. Ab 2017 soll DVB-T2 im Regelbetrieb gesendet werden.

Der frühere europäische Außenhandelskommissar Pascal Lamy hatte 2014 in einem Bericht für die Europäische Union empfohlen, das digitale terrestrische Fernsehen auf lange Sicht zu erhalten (epd 36/14). Er sprach sich dafür aus, die Frequenzen unterhalb des 700-Megahertz-Bereichs in der Europäischen Union bis mindestens 2030 für die digital-terrestrische Rundfunkübertragung zu reservieren und das 700-Megahertz-Band bis 2020 (plus/minus zwei Jahre) zu räumen. Laut dem Bericht nutzten im Jahr 2014 gut zwei Fünftel der europäischen Haushalte (43 Prozent) digitales Antennenfernsehen.

In Deutschland wurden die Frequenzen des 700-Megahertz-Bands und weitere Frequenzen oberhalb dieses Bereichs im Mai und Juni an Mobilfunkbetreiber versteigert. Die Frequenzen gingen an Telefónica Deutschland, Telekom Deutschland und Vodafone. Die drei Unternehmen zahlten insgesamt 5,1 Milliarden Euro für die Frequenzen. Nach den Vorstellungen von Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) sollen die Sender diesen Frequenzbereich bis 2018 räumen. Ein Teil der Einnahmen aus der Versteigerung soll in den Ausbau des Breitbandinternets investiert werden.

Bei der World Radio Communication Conference 2012 hatte sich ein Interessenkonflikt zwischen Rundfunk-sendern und Mobilfunkanbietern um die Frequenzen unterhalb des 700-Megahertz-Bereichs abgezeichnet (epd 7/12). *dir*

Griechenland: Parlament billigt neues Mediengesetz

Vergabe von TV-Lizenzen neu geregelt – Viele Befugnisse für den Medienminister

Athen (epd). **Nach der Wiedereröffnung des öffentlich-rechtlichen Griechischen Rundfunks ERT im Juni plant die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras nun die Neuordnung des kommerziellen Rundfunks im kommenden Jahr. Das griechische Parlament billigte inzwischen ein Gesetz, das die Regeln für Lizenzierung und Betrieb von kommerziellem Rundfunk in Griechenland neu formuliert. Für das Gesetz stimmten die meisten Abgeordneten des Regierungsbündnisses aus der Koalition der radikalen Linken (Syriza) und den national-konservativen Unabhängigen Griechen (Anel). Gegen das gesamte Gesetz stimmten die Abgeordneten der konservativen Neuen Demokratie (ND).**

Das Gesetz regelt unter anderem, wie die Lizenzen für die Fernsehsender vergeben werden, wie lange sie gültig sind und unter welchen Umständen sie wieder aberkannt werden können. Es sieht vor, dass nationale Fernsehsender mit allgemein-informativem Inhalt mindestens acht Millionen Euro für eine Lizenz bieten müssen. Für Sender mit thematisch-informativem Inhalt beträgt die Mindestsumme fünf Millionen Euro, Sender ohne Informationsinhalte müssen mindestens zwei Millionen Euro bieten. Die Lizenzen sollen für einen Zeitraum von zehn Jahren gelten. Unternehmen, die für nationale Lizenzen bieten, müssen über ein Mindestaktienkapital von 2,8 Millionen Euro verfügen. Von der Bewerbung ausgeschlossen werden sollen Unternehmen mit großen Steuerrückständen und Firmen mit großen staatlichen Aufträgen.

Nach Auffassung der Regierungskoalition handelt es sich beim kommerziellen Fernsehen um einen Bereich, der stark unter Schulden und Korruption leidet. „Dieses Gesetz ist Teil eines größeren Planes, die Dinge zu ändern“, erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Yannis Dragasakis. „Das politische System muss sich ändern, das Bankensystem und das gesamte Geschäftsmodell müssen sich ändern.“ Dragasakis bezeichnete die griechischen Medien als „Geschäft von Vampiren“, die von unproduktiven Krediten lebten. Das Gesetz ist Teil des Reformversprechens der Regierung Tsipras gegenüber den internationalen Kreditgebern für das dritte Rettungspaket in Höhe von 86 Milliarden Euro. Eines der Ziele von Syriza ist die Bekämpfung von Korruption im staatlichen und privaten Bereich.

Der private Rundfunk in Griechenland entwickelte sich ohne einen Lizenzprozess Ende der 80er und Anfang der

90er Jahre auf provisorischer Grundlage nach Jahrzehnten der Dominanz des staatlichen Rundfunks ERT. Bisher hat keines der kommerziellen Rundfunkunternehmen in Griechenland eine legale Lizenz. Die provisorischen Genehmigungen des Nationalen Rundfunkrates erklärte der griechische Staatsrat, das oberste Gericht, im Jahr 2010 für illegal. Nach Ansicht von Beobachtern waren die Medien mehr an der Kultivierung ihrer Interessen mit der politischen Elite interessiert als an der Entwicklung ihrer Wächterfunktion. Dies habe zu einer Dominanz wohlhabender Geschäftsleute in den Medien geführt, mit Interessen in der Schifffahrt, in der Telekommunikation, in der Erdölverarbeitung und anderen Wirtschaftsbereichen.

Die Regierungspartei Syriza wertete das neue Gesetz als „wichtige Reform, die die Qualität der Demokratie betrifft, mit der das definitive Ende des undurchsichtigen Systems der Funktionsweise der privaten Sender, die im Land seit 25 Jahren herrschte, besiegelt wird“. Die Zahl der nationalen kommerziellen Fernsehsender soll von gegenwärtig acht auf künftig fünf bis acht – entsprechend der Gebote – reduziert werden. Das Gesetz sieht auch die Auflösung des bisherigen Nationalen Rundfunkrates vor, der den kommerziellen Rundfunk überwacht. Der für die Medien zuständige Staatsminister Nikos Pappas kündigte die baldige Wahl eines neuen Rundfunkrats durch das Parlament an. Pappas ist auch für die Ausschreibungsbedingungen, die Anzahl der TV-Lizenzen und den Frequenzplan verantwortlich.

Nach Ansicht der Opposition versucht die Regierung, die Medien zu kontrollieren anstatt sie zu reformieren. „Man kann nicht die Korruption bekämpfen, in dem man alle Macht über die TV-Lizenzen an einen einzigen Minister gibt“, erklärte Stavros Theodorakis, der Vorsitzende der liberalen Partei „Potami“. Die konservativ-liberale Zeitung „Kathimerini“ kommentierte: „Die neue Mediengesetzgebung nimmt die Entscheidungsbefugnis von unabhängigen Behörden und gibt sie Ministern.“ Auch die größte griechische Journalistengewerkschaft kritisierte das Gesetz. ebe

Google: 350.000 Löschanträge aus Europa eingegangen

Unternehmen prüfte nach eigenen Angaben 1,23 Millionen Hinweise

Hamburg (epd). Bei dem Suchmaschinendienst Google sind seit Mai 2014 europaweit insgesamt 348.085 Löschanträge von EU-Bürgern eingegangen. Wie aus einem Bericht des Unternehmens hervorgeht, prüfte Google 1,23 Millionen Hinweise auf Internetadressen und löschte insgesamt europaweit 441.032 Links aus seinen Suchergebnissen. Ein Antrag auf Löschung kann nach Auskunft des Unternehmens vom 26. November mehrere Internetadressen enthalten.

Aus Deutschland sind dem Bericht zufolge 60.198 Ersuche bei Google eingegangen. Die Anträge bezogen sich auf 220.589 Internetadressen. Davon löschte der Suchmaschinendienst 91.866 aus seinem Suchindex. Google prüft nach eigenen Angaben fortlaufend Löschanträge. Die meisten Ersuche kommen aus Deutschland und Frankreich (73.399).

Gemäß des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom Mai 2014 kann ein EU-Bürger bei Google und anderen Suchmaschinen-Anbietern beantragen, heikle persönliche Informationen aus den Suchergebnissen zu entfernen, wenn sie das Recht auf Privatsphäre verletzen (epd 20/14). Suchmaschinenbetreiber tragen eine Mitverantwortung für den Schutz des Privatlebens und persönlicher Daten, hieß es in dem Urteil.

Demnach können Bürger sich in bestimmten Fällen direkt an die Betreiber wenden, um zu beantragen, dass Links zu missliebigen Informationen nicht mehr in der Suchergebnis-Liste auftauchen. Google ist verpflichtet, jeden Antrag zu überprüfen. Das Urteil und seine Wirkung sind als „Recht auf Vergessenwerden“ bekanntgeworden. *ema*

PERSONALIEN

Berlin/New York (epd). **Jens Müffelmann** (48) übernimmt am 1. Januar 2016 als **Axel Springer President USA** das gesamte USA-Portfolio des Medienkonzerns Axel Springer. Er wird die Aktivitäten von Berlin, New York und Palo Alto aus steuern und berichtet direkt an den Vorstandsvorsitzenden **Mathias Döpfner**. Als CEO der Axel Springer Digital Ventures GmbH behält Müffelmann die Zuständigkeit für die entsprechenden Portfoliobeteiligungen sowie für die Radio-Beteiligungen von Springer.

„Le Monde“ mit interaktivem Info-Service erfolgreich

Nutzer können online Fragen zu aktuellen Themen stellen – Schnelle Antworten

Paris (epd). Der interaktive Live-Service „En direct“ hat der Online-Ausgabe von „Le Monde“ nach den Pariser Attentaten einen großen Nutzerzulauf beschert. Mit 15 Millionen Klicks in den zwei Wochen nach den Anschlägen vom 13. November habe die Webseite die Druckauflage von 324.000 Exemplaren weit überholt, teilte die französische Tageszeitung am 30. November auf Anfrage mit. Der im Jahr 2009 gestartete Service ermöglicht es den Nutzern nicht nur, Artikel und Meldungen über Facebook und Twitter zu verbreiten. Sie können auch kommentieren und Fragen an die Redaktion stellen. Diese werden innerhalb kürzester Zeit beantwortet.

In der Online-Redaktion von „Le Monde“ sind knapp 80 Journalisten beschäftigt, die wie in der Druckausgabe für die unterschiedlichen Ressorts zuständig sind. Vier bis fünf werden jeden Tag für die „Live“-Seite abgestellt. Die Multimediajournalisten können auf alle Artikel der Zeitung zurückgreifen und sie in seiteninterne Links verpacken. Aktuelle Meldungen stellen sie unter der Rubrik „Tatsachen“ ein. Verweise auf Quellen finden sich in seitenexternen Links. Auch für Werbung ist Platz, gekennzeichnet durch den Hinweis „gesponserter Inhalt“.

Aktuell hat „Le Monde“ zur Weltklimakonferenz in Paris einen „En direct“-Service eingerichtet (► <http://u.epd.de/g2v>). Bevor Fragen gestellt werden können, ist eine Anmeldung nötig, bei der Mailadresse und ein Pseudonym angegeben werden müssen. Ein Nutzer fragte: „Welche Länder nehmen teil? Warum? Ich denke an Nordkorea oder Somalia...“ Antwort: Zwölf Länder fehlen, darunter Nordkorea.

Eine andere Frage kam aus einem Pariser Vorort: „Was passiert in Pré-Saint-Gervais?“, fragte ein Nutzer. „Hat die Razzia eine Verbindung mit den Attentaten vom 13. November?“ Die Antwort: Es handelte sich um eine Durchsuchung eines besetzten Hauses, in dem Leute wohnen, die verdächtigt werden, die „öffentliche Ordnung während der Klimakonferenz stören zu wollen – im Prinzip also keine Verbindung mit den Attentaten des 13. November“. *zim*

Thailand: „New York Times“ erscheint ohne kritischen Artikel

Örtliche Druckerei weigerte sich, Beitrag über lahme Konjunktur zu drucken

Bangkok (epd). Die internationale Ausgabe der „New York Times“ ist in Thailand ohne einen kritischen Artikel zur angespannten Wirtschaft des südostasiatischen Landes erschienen. Wie das US-Blatt am 1. Dezember erklärte, weigerte sich die örtliche Druckerei, den Artikel zu drucken. Daher sei die aktuelle Ausgabe mit weißen Flecken auf der Titelseite erschienen.

Die Druckerei gab keinen Kommentar dazu ab. Beobachter gehen allerdings davon aus, dass diese das Blatt selbst zensierte. Der Zeitungstext, der online verfügbar ist, geht unter anderem darauf ein, dass die seit Mai 2014 herrschende Militärjunta nicht in der Lage ist, die lahme Konjunktur anzukurbeln. Auch erwähnt die „New York Times“ darin die Nachfolge des Monarchen Bhumibol Adulyadej. Im September hatte dieselbe Druckerei es abgelehnt, einen Artikel des Blattes über den Gesundheitszustand des Königs zu publizieren.

Der Monarch, der am 5. Dezember 88 Jahre alt wird, wird seit Jahren immer wieder im Krankenhaus behandelt. Spekulationen über seine Nachfolge und kritische Artikel über die Monarchie sind in Thailand tabu. Im Zuge des Gesetzes gegen Majestätsbeleidigung wurden Kritiker in manchen Fällen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Unter der Militärrherrschaft ist die Zahl der Verurteilungen drastisch gestiegen. In der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen belegt Thailand Platz 134 von 180 Ländern. *ng*

■ KURZMELDUNG

Bethlehem/Bonn (epd). Die **Deutsche Welle** baut ihre Präsenz in **Israel** und den **Palästinensischen Gebieten** aus. Die arabische Jugendsendung „Shabbatalk“ mit Moderator Jaafar Abdul Karim wird von der unabhängigen Medienorganisation Ma'an Media Network übernommen. Zudem strahlt Hot, der größte Kabelanbieter in Israel, ab Dezember das deutsche TV-Programm der DW aus. Daneben wird die bestehende Kooperation mit Channel 9 ausgebaut, dem reichweitenstärksten TV-Sender in russischer Sprache außerhalb des russischen Staatsgebiets. Der Sender ist in Israel, den USA, in Kanada, in Australien und Deutschland zu empfangen.

Drei französische Produktionen gewinnen International Emmys

Brasilianische Serie „Império“ als beste Telenovela ausgezeichnet

New York (epd). Die französische Serie „Engrenages“ des Senders Canal Plus ist in New York mit dem International Emmy ausgezeichnet worden. Die französische Polizeiserie, die auch im deutschen Sender EinsFestival gezeigt wurde, setzte sich gegen die ebenfalls nominierte japanische Serie „Mozu“ (TBS), die britische Serie „My Mad Fat Diary“ (E4) und die brasilianische Serie „Psi“ (HBO Latin America) durch. Zwei weitere Preise gingen am 23. November an französische Produktionen. Deutsche Produktionen waren in diesem Jahr nicht nominiert.

Den Preis für die beste Telenovela erhielt die brasilianische Serie „Império“ (Globo TV). Ebenfalls nominiert waren die spanische Serie „Ciega a citas“ (Cuartro), die angolische Serie „Jikulumessu“ (Semba Comunicação) und die portugiesische Serie „Mulheres“ (TVI). Der Preis für die beste Miniserie ging an die französische Produktion „Soldat Blanc“ (Canal Plus). Diese setzte sich gegen die argentinische Produktion „La Celebración“ (Telefe), die britische Produktion „Common“ (BBC) und die japanische Produktion „Storytelling of Hostages“ (Wowow) durch.

Als beste Comedy wurde die brasilianische Produktion „Doce de Mae“ (Globo TV) ausgezeichnet. Ebenfalls nominiert waren die französische Produktion „Fais Pas Ci, Fais Pas Ca“ (France 2), die kolumbianische Produktion „Familia en venta“ (Fox Telecolombia), die kanadische Produktion „Sensitive Skin“ (HBO Canada) und die südafrikanische Produktion „Puppet Nation ZA“ (Star1), eine Politsatire im Stil von „Spitting Image“.

Den Preis für die beste Entertainmentsendung ohne Skript erhielt die britische Produktion „50 Ways to Kill your Mammy“ (Sky). Diese setzte sich durch gegen die argentinische Produktion „Barones de la Cerveza“ (National Geographic Channel Latin America), die belgische Produktion „Flying Doctors“ (Eén) und die südafrikanische Show „Master Chef South Africa“ (M-Net).

Der Preis für die beste Schauspielerin ging an die Norwegerin Anneke von der Lippe für ihre Rolle in der skandinavischen Miniserie „Øyevitne“ (NRK/SVT/DR). Nominiert waren außerdem die Brasilianerin Fernanda Montenegro für „Doce de Mae“ (Globo TV) und die britische Schauspielerin Sheridan Smith für ihre Rolle der Cilla Black in der Serie „Cilla“ (ITV). Als bester Schauspieler wurde Maarten Heijmans für seine Rolle in der niederländischen Miniserie „Ramses“ (Nederland 2)

ausgezeichnet. Ebenfalls nominiert waren der türkische Schauspieler Engin Akyurek für seine Rolle in der Serie „Kara Para Ask“ (ATV), der britische Schauspieler Rafe Spall für seine Rolle in „Black Mirror White Christmas“ (Channel 4) und der Brasilianer Emilio de Mello für seine Rolle als Psychoanalytiker in der Serie „Psi“ (HBO Latin America).

Der Preis für das beste Kulturprogramm ging an die Dokumentation „Illustre Et Inconnu: Comment Jacques Jaujard a Sauvé le Louvre“ (France 3). Die Dokumentation über den Mann, der im Zweiten Weltkrieg wertvolle Kunstschätze aus dem Louvre rettete, setzte sich durch

gegen die kolumbianische Produktion „Buenaventura No Me Dejes Mas“ (Caracol Televisión), die britische Produktion „Messiah at the Founding Hospital“ (BBC) und die südkoreanische Produktion „Trial of Chunhyang – A Girl Prosecuted by Feudalism“ (KBS).

Den Preis für die beste nicht englischsprachige Prime-Time-Sendung in den USA erhielt „Arrepentidos US – El Infierno de Montoya“ (National Geographic Channel). Nominiert waren auch „El Mejor de los Peores“ (Fox International), „Narco Tec“ (Univision) und „La Voz Kids“ (Telemundo). dir

■ KRITIK

Anrührend komisch

VOR-SICHT: „*Der verlorene Bruder*“, Regie: *Matti Geschonneck*, Buch: *Ruth Toma*, nach dem Roman „*Der Verlorene*“ von *Hans-Ulrich Treichel*, Kamera: *Theo Bierkens*, Produktion: *Claussen-Wöbke + Putz* (ARD/WDR, 9.12.15, 20.15–21.45 Uhr)

epd Woody Allen, der dieser Tage 80 Jahre alt wurde, präsentiert jedes Jahr einen neuen Film. Matti Geschonneck dagegen bringt es auf mindestens zwei Fernsehfilme pro Jahr. Und im Unterschied zu Woody Allen, dem von manchen Kritikern vorgeworfen wird, er variere nur noch die Themen seiner früheren Filme, sind Matti Geschonnecks Fernsehfilme zwar immer daran zu erkennen, dass ein virtuoser Regisseur dahinter steht. Aber sowohl die Sujets und die Genres seiner Filme als auch die Milieus, die er evoziert, könnten unterschiedlicher nicht sein.

Im vergangenen Jahr waren es sogar drei Fernsehfilme: auf zwei Episoden für die ZDF-Krimireihe „Helen Dorn“ folgte „Das Zeugenhaus“. Erst kürzlich dann „Ein großer Aufbruch“. Und jetzt, zum Jahresende, wieder ein ganz anderes Thema und eine andere Zeit: die Jahre des Wirtschaftswunders in der westfälischen Provinz. Im Zentrum: der 13-jährige Max (Noah Kraus), dessen Kindheit überschattet ist von einem traumatischen Erlebnis seiner Eltern: Sie haben auf der Flucht vor den russischen Soldaten das Baby Arnold, ihren erstgeborenen Sohn, verloren. Und während Vater Blaschke (Charly Hübner), Besitzer eines kleinen Lebensmittelladens, Kummer und Schuldgefühl verdrängt, indem er rastlos am Wohlstand der Familie werkelt, ist Noahs Mutter (Katharina Lorenz) in ihrer Schwermut so obsessiv darauf fixiert, ihren Arnold wiederzubekommen, dass sie die Existenz von Max kaum zur Kenntnis nimmt und ihn nur berührt, um sein Ekzem mit Salbe einzureiben.

Das könnte der Stoff für eine Tragödie sein. Aber Ruth Toma und Matti Geschonneck haben eine ganz wunderbare Tragikomödie daraus gemacht. Erzählt wird aus der Perspektive von Max, und es ist zum Staunen, wie Noah Kraus diese Rolle meistert, wie er Ton, Mimik und Körpersprache trifft zwischen Trotz, Einsamkeitsgefühl, Eifersucht und kindlicher Durchtriebenheit. Die Eltern hatten ihm gesagt, sein kleiner Bruder sei auf der Flucht verhungert. Aber nun stellt sich heraus, dass das „Findelkind Nummer 2307“, am Tag der Flucht der Eltern im Waisenhaus abgegeben, der verlorene Arnold sein könnte.

Damit beginnt eine an die nationalsozialistische Rassen-theorie erinnernde Odyssee der Erbgutachten, vergleichenden Kiefer- und Kopfvermessungen, Finger- und Fußabdrücke. Stets aber lauten die Ergebnisse: „wenig wahrscheinlich“, im besten Fall „keineswegs auszuschließen“. Max („als toter Bruder war er mir lieber“) trägt das Seine zur Verwirrung bei: Er torpediert den Ohrenvergleich, indem er seinem Freund sein Taschenmesser verspricht als Belohnung dafür, dass der anstelle von Max sein Ohr fotografieren lässt.

Wie ein Schatten liegt die stille Unbeirrbarkeit der Mutter über der Familie. Und das Schweigen, das Verdrängen, das in dieser Generation so üblich war, zeigt sich in einer Szene von stummer Eindeutigkeit: Max will von den Eltern wissen, wie das war, als Arnold verloren ging. Die Mutter erzählt von russischen Soldaten, die den Vater mit einem Gewehr bedrohten, während sie selbst „weggeführt“ wurde und ihr Baby, um es zu retten, einer fremden Frau in die Arme drückte. Dann fragt Max die Mutter: „Was hat der Russe mit dir gemacht?“ Die Mutter schweigt, der Vater lenkt schnell mit einer harmlosen Bemerkung ab. Mehr muss diese Szene nicht enthalten, um anzudeuten, dass hinter der Geschäftigkeit des Vaters auch der Antriebsdruck steht, das Trauma der Vergewaltigung seiner Frau zu verdrängen.

Charly Hübner, ständig mit einem leichten Schweißfilm im Gesicht, stets in ein etwas zu enges Jackett geknöpft, ist in der tragikomischen Rolle von Vater Blaschke wieder eine Wucht, als Lebensmittelhändler, der einen Fleischgroßhandel gründet – was ihm zum Verhängnis wird –, der einen Fernsehapparat anschafft und ständig neue Autos kauft, bis rauf zum Opel Kapitän. Ein innerlich abwesender Ehemann und hilfloser Vater, der seinem Sohn umständlich erklärt, wie man das Markstück aus dem blockierten Zigarettenautomaten holt, und wem es dann gehört. Eine Lektion, die Max befolgt und wortgleich wiederholt, als die von ihm angeschwärmte Milli (Flora Li Thiemann) Zigaretten ziehen will und ihr Markstück den Automaten blockiert.

Auch eine Lebensweisheit hat der Vater für Max parat, als er verkohlte Geldscheine, am höchsten Wert orientiert, neu zusammensetzt: „Du machst einen Einsatz. Und am Ende muss mehr rauskommen, als du eingesetzt hast. Dann ist es ein gutes Geschäft. Musst du dir immer merken.“ Nur nützt dem Vater diese kapitalistische Weisheit selber wenig, weil sein eigener Einsatz zwar hoch war, am Ende aber nichts herausgekommen ist. Doch für Max – und für die Mutter – gibt es auch noch den Dorfpolizisten Frank Rudolf (Matthias Matschke): Er ist in Elisabeth Blaschke heimlich verliebt, umwirbt sie schüchtern mit Operettenplatten („Land des Lächelns“) und Streichwurstbrotten, hat aber auch für Max „amerikanische Musik“.

Und Herr Rudolf weiß, dass Frau Blaschke sich seine Gefühle ein wenig zunutze macht. Denn er verfügt über das streng gehütete Geheimwissen: die Adresse des Waisenhauses. Nur er kann den Pullover weiterleiten, den Elisabeth ihrem Arnold zu Weihnachten gestrickt hat (für Max gibt es aus den Wollresten ein paar Socken). Er ist es auch, der weiß, an wen sich die Blaschkes, neuer Gutachten wegen, wenden müssen. Er ist es, der die Adresse der Adoptiveltern von „Arnold“ kennt, aber so tut, als würde er nicht bemerken, dass Max im Polizeirevier in den Akten schnüffelt. Und schließlich ist es so weit: Man fährt mit dem knallroten Opel Kapitän in den Ort, in dem Arnold, wer immer er in Wahrheit sei, nun lebt. Was dabei herauskommt, wird natürlich nicht verraten. Aber dass es das überraschende Ende einer anrührend komischen, mit Liebe gestalteten und ausgestatteten Tragikomödie ist, muss nicht verschwiegen werden.

Sybille Simon-Zülch

Leben im Kokon

„Unsichtbare Jahre“, Fernsehfilm, Regie: Johannes Fabrick, Buch: Hannah Hollinger, Kamera: Helmut Pirnat, Produktion: Zeitsprung Pictures (ARD/WDR /Degeto, 25.11.15, 20.15–21.45 Uhr)

epd Ein merkwürdiger Titel. Jahre, in denen man die Umgebung nicht wirklich sieht? Verlust an Wahrnehmung? In dem sich im Ersten an den Fernsehfilm anschließenden Dokumentarfilm „Westagenten für die Stasi“ von Carsten Günther sprach ein Agent nach dem Fall der Mauer von der DDR als einem „unbekannten Land“, erschüttert darüber, wem er gedient hatte. Diese Haltung kommt einem Ossi sehr bekannt vor. Wer Besuch bekam von linken Freunden aus dem Westen, hatte sich das selbstgerechte Gelaber darüber anzuhören, in welch tollem sozialistischen Land man so lebt, während der bedauernswerte Linke sich täglich herumschlagen muss mit dem bösen Kapitalismus. Die Blindheit war nach beiden Seiten total. Das eigentliche, das widersprüchliche Leben in Ost wie in West unsichtbar. Ein Leben im Kokon.

Im Buch von Hannah Hollinger geht es in diesem speziellen Fall nicht um den Kampf Gut gegen Böse. Ihr Thema ist das Handeln aus Überzeugung auf beiden Seiten, für eine gute Sache, für eine ideale Gesellschaft. Die Motive der West-Agenten waren Rebellion gegen das Elternhaus, gegen das „System“, die totgeschwiegene Nazi-Vergangenheit, und der Wunsch nach Freiheit des Individuums. Alles bekannt.

So gesehen nimmt Bea Kanter, die Protagonistin dieses Films (Julia Koschitz), eine recht typische Entwicklung und ist doch eine sehr besondere Person. Sie ist Atheistin und Jungfrau. Die Mutter gestorben, der Vater Norbert (Friedrich von Thun) ein konservativer Unternehmer und die Schwester Conny (Anna Julia Kapfelsberger) rebellierte mit Schwangerschaften und wechselnden Liebhabern. Anfang der 70er Jahre beginnt Bea ihr Volkswirtschaftsstudium in Frankfurt, gerät mitten hinein in die linke Szene. Drogen, freie Liebe, linke Parolen – das ganze Spektrum. Sie bleibt Jungfrau. In ihrer Szenekneipe sitzen eines Tages zwei „Ost-Brote“ und warten auf sie, im Auftrag der Stasi. Man politisiert, flirtet. Einer von ihnen kommt mit in ihre Wohnung. Ulrich (David Rott) lädt sie nach Berlin ein, will sie als „Perspektiv-Agentin“ anwerben. Monate später, in Ostberlin, kommt nicht Ulrich zum Treffpunkt, sondern ein Unbekannter. Bea ist enttäuscht, will abreisen.

Im Laufe der Jahre bis 1989 wechseln die Stasi-Führungsoffiziere, versorgen sie mit Instruktionen, Spionage-Technik in einem schicken Lederköfferchen und Geld. Sie steuern ihre Karriere, den Wechsel der Uni

von Frankfurt nach Köln, das Loslösen aus der linken Szene. Sie ebnen den Weg ins Auswärtige Amt, wo sie bald aufsteigt und in der Botschaft in Portugal arbeitet. Sie trifft sich mit den Ost-Agenten in Berlin, in der Normandie, in Rom, in Lissabon. Sie liefert Informationen. Die Ideologie füllt die Leere aus in ihrem Privatleben.

Ohne großen Aufwand, mit wenigen prägnanten Sätzen und Szenen zeichnet Hannah Hollinger eine feine psychologische Studie einer Frau, die sich mehr und mehr abschottet, zweifelt, weiter macht. Die Folge sind Angst, Einsamkeit und ein Leben ohne Liebe und Vertrauen. Weiß sie noch, wer sie ist? Sie weist sich aus mit falschen Pässen, einmal trägt sie eine blonde Perücke zur Tarnung, sie hat lange braune Haare, kurze Haare, halblange. Sie raucht sehr viel. Dann, kurz vor der Wende, im Zug nach Lissabon, lernt sie Jakob kennen (Tim Bergmann), Physiker aus Berlin mit Projekt in Lissabon. Ihn liebt sie und ihm vertraut sie. Dann kommt die Wende. Bea fährt 1990 zu Papas Geburtstag nach Hause und wird verhaftet.

Regisseur Johannes Fabrick folgt konsequent dieser Vorgabe, diesem spröden Text, der viele Zwischentöne zulässt. Er erzählt ruhig und sehr intensiv, mit einer inneren Dynamik, die den Zuschauer auf Abstand hält, ihm Raum lässt für eigene Gedanken und Gefühle. Diese Geschichte, bar jeder billigen Moral, erklärt sich aus der Zeit und aus den besonderen Charakteren. Das hat eine tragische Komponente.

Helmut Pirnats Kamera ist immer bei den Spielern, fängt jede Geste ein, jede Regung in den Gesichtern, schafft eine fast epische Erzählweise von hoher Intensität. Großartig auch die Ausstattung von Thilo Mengler: originalgetreu, punktgenau vermeidet er lästige Illustrierung.

Im Zentrum Julia Koschitz als Bea. Fast möchte man sagen, sie ist Bea. So selbstverständlich, so folgerichtig und so schön differenziert baut sie ihre Figur. Nicht einmal wird sie laut. Wenn sie weint, bleibt ihr Gesicht beherrscht, ihre Gestik immer kontrolliert, Gefühle in Andeutungen. Freude verhalten, Zorn gezügelt. Aber immer ist ihre Einsamkeit zu sehen, ihre Unsicherheit, die Sehnsucht nach Liebe und einem Menschen, dem sie vertrauen kann. Eine erfolgreiche starke Frau, eine schöne Frau, die viel riskiert für abstrakte Ideale - weil sie Angst hat vor dem wirklichen Leben?

In diesem Film stimmt jede Besetzung. Jedem Spieler genügen wenige Szenen, um genaue, lebendige und widersprüchliche Figuren zu bauen. Keiner der Stasi-Darsteller (David Rott, Andreas Wegener, Godehard Giese) tendiert in Richtung „Romeo“, wie man die nannte, die auf Frauen angesetzt waren. Sie sind nor-

male Männer, mehr oder weniger attraktiv, die geschickt spielen mit den Gefühlen der jungen westlichen Idealisten. Es waren, wie die Dokumentation im Anschluss zeigte, die besonderen Zeiten, der Nachkrieg, der kalte Krieg, die Verheißung einer besseren Welt durch den Sozialismus, an die so viele westliche Künstler und Intellektuelle glaubten. Das waren die Wurzeln. Die Pervertierung kam später. *Renate Stinn*

Unheiliges Paar

„Luis Trenker - Der schmale Grat der Wahrheit“, Fernsehfilm, Regie: Wolfgang Murnberger, Buch: Peter Probst, Kamera: Peter von Haller, Produktion: Epo Film/Roxy Film (ARD/BR/ORF, 18.11.15, 20.35-22.05 Uhr)

epd „Sie können so gut erzählen, Herr Trenker.“ 1948, am Lido in Venedig, Filmfestspiele. Einen großen Film, sagt Luis Trenker allen, die es hören mögen, will er noch machen im Leben. Er, der unumstrittene Erfinder des modernen Bergfilms mit all seiner Helden- und Heimatdramatik. Der das Erhabene, den ewigen Kampf zwischen Mensch und Natur im Film zu erzählen vermag wie kein Zweiter, und der den anderen Kampf, den im vermeintlich tausendjährigen Reich, so fix vergessen hat wie so viele. Die Zeiten, die waren halt einmal so. Und eigentlich ist ja er, der Mann aus Südtirol und deswegen per se außen vor, immer sauber geblieben. Hat jüdische Leute beschäftigt und den Goebbels nicht nur damit mächtig geärgert. Standfest. Innerlich unabhängig. Fesch sowieso. Umstritten - wieso denn? Jovial, das weiß nun keiner mehr, wie das so richtig geht.

Die Riefenstahl, ja, die war ganz anders als er, der Trenker. Selbst vor dem Führer hat die ihre Nackttänze aufgeführt. Die hat ja alles gemacht für ihre Filme. Steht alles im Tagebuch der Eva Braun, gegen dessen Veröffentlichung die Riefenstahl in München gerade klagt. Dabei ist nachvollziehbar, dass die Eva damals nur ihm, dem Luis, ihrem Skilehrer, das Tagebuch mit allerhand Kleinst- und Kleinigkeiten über Hitler anvertrauen wollte. Er, er hat halt schon immer diese Wirkung auf Frauen gehabt. Als Künstler. Als Mann. Und als Mensch natürlich. Als Ausnahmerecheinung.

Fast unweigerlich verfällt man in diesen speziellen Trenker-Ton. Diese scheinemüthliche, selbstüberzeugte Suada, die, zwar mit Komma und Punkt und effektvollen Betonungen versehen, einen damals im Fernsehen dazu verleiten konnte, in Luis Trenker einen knorrigen Märchenonkel zu sehen, der Showmaster und Galamoderierer schier zur Verzweiflung bringen konnte, weil sie nicht wussten, wie sie den Redefluss stoppen konnten,

ohne grob unhöflich zu sein. Denn einerseits wirkte er ja überaus charmant, wie er da vor den Kameras tausendundeine Anekdote aus der Wand und vom Film erzählen konnte, ohne sich zu wiederholen. Aber andererseits war seine Kraftgebärde und ungebrochene Selbstüberzeugung irgendwie unheimlich.

Der Fernsehfilm „Luis Trenker - der schmale Grat der Wahrheit“ ist ein opulentes Bildpanorama, das die Lebensgeschichte und Ideologieanfälligkeit des Phänomens Trenker geschickt in eine Rahmenhandlung einbettet. 1948, in Venedig, ist Trenker bestenfalls noch eine Randfigur der Filmindustrie, in der er einst, vor allem auch von Nazis hofiert, als Berühmtheit meinte, sich den ein oder anderen kritischen Schlenker leisten zu können. Das „Dritte Reich“ mochte zwar besiegt sein, Trenkers Selbstüberschätzung aber hatte keinen bleibenden Schaden erlitten.

Um wieder auf die Beine zu kommen, versucht er, über den jüdischen Filmagenten Paul Kohner (Anatole Taubman) an amerikanische Financiers und Produzenten für seinen nächsten, den bestimmt größten Filmcoup aller Zeiten zu kommen. Die intimen Bekenntnisse der Eva Braun. Die vermeintlichen intimen Bekenntnisse der Eva Braun, mit großer Lust am Fabulieren gefälscht von Luis Trenker.

Dass Hitler nur gelegentlich gebadet haben soll und bei Frauen angeblich rehllederne Unterwäsche zur Steigerung der Lust bevorzugte, ist den Amerikanern und den potenziellen Geschäftspartnern bestenfalls egal. Trenker, so scheint es, hat sein opportunistisches Gespür für den Zeitgeist verloren. Aber er hat schon wieder einen neuen Plan. In diesem in vielem, in Ausstattung, Inszenierung und Bildgestaltung bemerkenswerten Fernsehfilm ist das eigentliche Wunder Tobias Moretti, der die typische Suada Trenkers, sein überzeugendes Hallodritum, seine sympathische Unbekümmertheit, sein auch genialisches Moment, seine politische Frivolität und die Selbstentlarvung so auf den Punkt bringt, wie man es kaum für vorstellbar gehalten hätte.

Das kluge Drehbuch von Peter Probst schreibt ihm diese charakteristischen Trenker-Sätze, die Moretti nicht selten als Voice-over beisteuert, um das Geschehen in seiner Kommentierung trenkerisch zu interpretieren, ganz und gar passend auf den feschen Leib und das gebräunte Gesicht. Die Anverwandlung ist, obwohl die Physiognomie von Schauspieler und Porträtiertem nicht besonders zueinander passt, unheimlich. Oder unheimlich gelungen.

Neben dem Zeitpanorama, in dem der italienische Faschismus und der deutsche Nationalsozialismus, die Rolle Südtirols und der aufkommende heroisierende

Naturfilm eine Hauptrolle spielen, ist „Luis Trenker“ ebenso das Doppelporträt zweier fanatisch für die Filmkunst und für ihre eigenen Interessen lebenden Künstler. Etwas Ähnliches gab es mit Klaus Maria Brandauers Porträt Gustaf Gründgens' in „Mephisto - Roman einer Karriere“ nach Klaus Mann, hier sind Tobias Moretti und Brigitte Hobmeier das unheilige Paar Trenker und Riefenstahl. Die Nebenfiguren verblassen da zur Staffage.

Leni Riefenstahl, die sich für freigeistig hielt und wohl genau deshalb für ideologieunanfällig, ist wohl das eindrücklichste Beispiel für eine Künstlerpersönlichkeit, die die Sphäre des politischen Missbrauchs sagenhaft unterschätzt, um das mindeste zu sagen. Ihr Olympiafilm, ihr Film vom Reichsparteitag sind und bleiben unrühmliche Zeugnisse dessen, was im Namen der Kunst gerechtfertigt werden soll.

In „Der schmale Grat der Wahrheit“ sind Riefenstahl und Trenker zwei vom gleichen nietzscheanischen Geist, die sich, als sie sich beim Bergfilmen das erste Mal begegnen, sofort im biblischen Doppelsinn erkennen. Ebenso groß wie die Erkenntnis, einen Geisteszwilling vor sich zu haben, ist aber die Rivalität und Antagonität beider. Hier, in den schauspielerischen Glanzleistungen von Hobmeier und Moretti, liegt die zweite Stärke dieses Films von Wolfgang Murnberger und sein sozusagen überzeitliches Moment.

Heike Hupertz

Emotionale Leere

„Für eine Nacht... und immer?“, Fernsehfilm, Regie: Sibylle Tafel, Buch: Brigitte Blobel, Robert Krause, Sibylle Tafel, Kamera: Thomas Etzold, Produktion: Neue Bioskop Television (ARD/Degeto, 27.11.15, 20.15-21.45 Uhr)

epd Frau, Mitte 40, und junger Mann, Anfang 20, vergucken sich während einer Dienstreise der Frau ineinander und landen im Bett. Der gut aussehende Tom (Marc Benjamin) bleibt nach der ersten gemeinsamen Nacht hartnäckig dran, während Eva (Juliane Köhler) vernünftig sein und ihr bisheriges und gar nicht schlechtes Leben retten will. Die Münchner Wissenschaftlerin hat eine Tochter im Alter ihres Liebhabers und eine eigentlich sehr vielversprechende Beziehung zu ihrem netten Kollegen Hajo (Dominic Raacke).

Doch ach, Pling-Pling, Kling-kling, macht die Musik, die in diesem Film - der Tondichter kann einem wirklich leidtun - viele dramaturgische Schwächen übertönen muss: Die Liebe ist so groß, sie siegt über jede Vernunft, alle Konvention und 21 Jahre.

Was für ein verschenktes Thema! Man hätte einen interessanten Film über die Liebe zwischen den Generationen unter mal umgekehrten Vorzeichen (Mann jünger als Frau) draus machen können, wäre man ans Thema mit weniger ausgeprägter Liebe-besiegt-alles-Trivilliteraturdenke und mit mehr Herz und Verstand rangegangen. Ist man aber nicht.

Also sind Eva und Tom entgegen allen Erwartungen der Umwelt aufgrund der – hier stets behaupteten, für die Rezensentin aber nicht mitfühlbaren – überirdischen Größe ihrer Liebe erst fünf Jahre grundsolide und spießig zusammen, bevor sich Evas schlimmste Angst bewahrheitet. Nach einem schlimmen Streit und während Toms vorübergehendem Auszug zeugt er versehentlich ein Kind mit einer Jüngerin, an der ihm eigentlich nichts liegt. Eva trennt sich von Tom gegen seinen Willen, hat noch fünf Jahre später einen Klischee-Autounfall samt Klischee-Koma – und der nibelungentreue Tom wacht so lange an ihrem Bett, bis wieder alles gut ist mit den beiden. Omnia vincit amor.

Wie gesagt: Verschenktes Thema. Fast nichts war da beispielsweise zu erfahren über die typischen Erfahrungen von Paaren mit großen Altersunterschieden. So fasziniert war man von der eigenen Idee, dass hier ausnahmsweise mal die Frau die ältere war. Wie lebt es sich eigentlich als Mann und Frau miteinander, egal, wer von beiden älter ist, wenn der Partner als Kind die gleichen Helden im Fernsehen hatte wie das eigene Kind und die selben Liebessüßigkeiten – aber völlig andere soziobiografische Grunderfahrungen und Prägungen als man selbst?

Der Film blieb ziemlich an der Oberfläche: Es ging um die (Vor-)Urteile der Umwelt, die dem Paar langfristig keine Chance zubilligten. Es ging um Evas Angst, Tom an eine Jüngere zu verlieren, die noch Kinder kriegen kann. Und wo es um Evas angeblich gar zu viele Zweifel ging, hatten die auch keinen besonders großen Tiefgang. Um Evas oder Toms Seelen, um ihre Selbstprüfung, warum muss „der/die Richtige“ für mich eigentlich gleich derart jung/alt sein, ging es nicht.

Wirklich schade, denn für eine echte Auseinandersetzung mit dem Thema wäre Juliane Köhler eine sehr gute Besetzung gewesen. Köhler differenzierte im Rahmen des Drehbuchs, was nur ging. Doch sehr viel ging da nicht – und wo die emotionale Leere des im Grunde sehr verkopften Huch-die-Frau-ist-älter-Melodrams übertönt werden musste, machte es umso tüchtiger Pling-Pling-Kling-Kling. *Andrea Kaiser*

Ein Mensch

„37°: Niemand darf es wissen. Corinne und ihr Geheimnis“, Reportage, Regie und Buch: Maïke Conway, Kamera: Tobias Tempel, Thomas Riedelsheimer, Maïke Conway (ZDF, 1.12.15, 22.15–22.45 Uhr); „stark! Corinne – Mein Geheimnis“ (KiKA, 6.12.15, 8.35–8.50 Uhr); „Das kleine Fernsehspiel: Corinnes Geheimnis“, Dokumentation, Regie und Buch: Maïke Conway, Kamera: Tobias Tempel, Thomas Riedelsheimer, Maïke Conway, Produktion: Das kleine Fernsehspiel/Tellux (ZDF, 7.12.15, 0.25–1.50 Uhr)

epd Ein Thema, drei Filme: Maïke Conway hat die Lebensgeschichte der jungen Corinne für drei verschiedene Sendeplätze erzählt. Den Auftakt macht ein Beitrag für „37°“, den Abschluss bildet ein „Kleines Fernsehspiel“, zwischendurch gibt Corinne ihr Geheimnis auch noch im Kinderkanal preis. Ein Vergleich dieser drei Produktionen ist reizvoll, schließlich richten sich die Filme an unterschiedliche Publika.

Maïke Conway konzentriert sich in den drei Filmen ganz auf ihre Protagonistin, und wenn man weiß, worum es geht, ist die Häufung des Wortes Geheimnis in den Titeln völlig angebracht. Im Kleinen Fernsehspiel lernt man Corinne kurz vor ihrem Abitur kennen, dann blendet der Film zehn Jahre zurück. Man erfährt, dass sie als Kind in eine Pflegefamilie gekommen ist. Zunächst ist nur von der „Krankheit“ die Rede, denn nicht mal Corinne selbst wusste, warum sie dauernd Tabletten nehmen musste: Sie ist HIV-positiv. Die Pflegeeltern haben lange gerätselt, wie und wann sie dem Mädchen die Wahrheit offenbaren können. Der Moment war gekommen, als Corinne an einem Sponsorenlauf für an Aids erkrankte afrikanische Kinder teilnehmen wollte. Gleichzeitig haben sie ihr eingeschärft, dieses Geheimnis für sich zu behalten, weil sie fürchteten, dass die Eltern der Mitschüler hysterisch reagieren würden.

Obwohl Conway Corinne zehn Jahre lang begleitet hat und im Lauf der Zeit gerade auch zur Pflegemutter ein offensichtlich tiefes Vertrauensverhältnis aufgebaut hat, bleibt es den Zuschauern überlassen nachzuvollziehen, welchen enormen psychischen Kraftaufwand es für Corinne bedeutet haben muss, mit niemandem über ihre Krankheit reden zu dürfen, und das in einem Alter, in dem Mädchen ihrer „ABF“ (allerbesten Freundin) ausnahmslos alles anvertrauen. Wie viel ihr das bedeutet hätte, lässt sich erahnen, als sie Alissa, die etwa gleichaltrige Tochter von Maïke Conway, einweiht.

Entsprechend emotional wird es im Kleinen Fernsehspiel gegen Ende, als Corinne das Abitur geschafft und nichts mehr zu verlieren hat. Nun, als junge Frau, erzählt sie auch ihrem guten Freund Paul von der Krankheit, und

diesmal bewegt sich die Offenbarung in ganz anderen Bahnen als einige Jahre zuvor in der Pubertät, denn im Gegensatz zur jungen Alissa einige Jahre zuvor weiß Paul, was diese Information für Corinne bedeutet. Seine Lässigkeit, mit der er die Nachricht aufnimmt, und ihre Erleichterung sorgen für den anrührendsten Moment des Films.

Das liegt auch an der scheinbaren Abgeklärtheit, mit der Corinne sowohl als junges Mädchen wie auch als erwachsene Frau über ihre Krankheit spricht. Gerade in der Dokumentation findet deshalb viel hinter den Bildern statt. Andererseits zeigt Conway Corinnes Leben, indem sie den Alltag filmt. Das aufgeweckte und fröhliche Mädchen war ein echter Glücksfall für die Autorin. Offenbar hat sich ihr Aufwachsen nur unwesentlich vom Dasein anderer Kinder unterschieden, abgesehen natürlich von ihrem Geheimnis sowie den damit verbundenen Medikamenten und Arztbesuchen. Eine entsprechende Szene, in der ein nicht näher vorgestellter Spezialist der jungen Corinne eine ganze Menge Fragen beantwortet, ist in ihrer Ausführlichkeit auch in der kurzen Kinderdoku enthalten.

In „stark!“ dominieren typische Kinderszenen, aber auch das Kleine Fernsehspiel bietet einiges an Augenfutter: Conway zeigt Corinne und Alissa beim Spiel mit kleinen Katzen oder beim Schwimmen im See, zwischendurch gibt es auch typische Schmuckbilder (ein Pferd, Möwen, der Vollmond). Für kurze Irritation sorgt eine sich sacht bewegende verwaiste Schaukel, die doch als filmisches Stereotyp für verstorbene oder verschwundene Kinder gilt – vielleicht ein wenig subtiles Symbol dafür, dass Corinnes Kindheit doch nicht so unbeschwert war, wie die Bilder nahelegen.

Dafür spricht auch die Wut, die Corinne irgendwann in der Pubertät überkommt. Meist verstehen sich Pflegemutter und -tochter vor der Kamera gut, aber es gibt auch Szenen, in denen sie nicht ein Herz und eine Seele sind. Das ist wichtig, weil man so erahnen kann, wie die Auseinandersetzungen abgelaufen sind, wenn es Corinne wieder mal satt hatte, ihren Freundinnen und Freunden eine unbeschwerte Fassade vorzuspielen. Schön und stimmig ist auch die ungewöhnliche Ukulele-Musik, die gut zur Handlung passt.

Die beiden Kurzversionen sind interessante Ergänzungen zu dem langen Dokumentarfilm. Die Bilder sind zwar weitgehend identisch, aber man erfährt weitere Details. Und natürlich sagt die unterschiedliche Machart viel über den jeweiligen Sendeplatz aus. Auch wenn Conway den Kommentar für den „37°“-Beitrag aufs Nötigste beschränkt, so zeigt sich doch eine grundsätzliche Schwäche dieses Formats: All das, was man sich im unkommentierten Kleinen Fernsehspiel durch

das Betrachten der Bilder selbst erarbeiten kann, wird hier vorgekauft. „37°“ heißt, dem Fernsehen dabei zuzuschauen, wie es dem Publikum das Denken abnimmt.

Auch im 15-minütigen „stark!“-Beitrag gibt es zwar einen Kommentar, weil man Kindern mehr erklären muss, doch Corinne spricht ihn selbst. Es gibt andere Bilder, mehr Originaltöne. Ein Gespräch zwischen der Pflegemutter und dem noch jungen Mädchen ist länger als im Kleinen Fernsehspiel, weil die Frau dem Kind und damit auch den jungen Zuschauern die Hintergründe auf verständliche Weise vermittelt. Die Szene, in der Corinne Alissa informiert, ist ebenfalls länger: Die Mädchen malen sich gegenseitig Gruselgesichter, und das wird genauso ausführlich gezeigt wie ihre weiteren Freizeitbeschäftigungen. Das dürfte ganz im Sinne von Corinnes Schlussbotschaft sein: Es ist egal, ob jemand HIV hat, er ist ein Mensch wie jeder andere.

Tilmann Gangloff

Luftspiegelungen

VOR-SICHT: „Jesus und der Islam“, siebenteilige Dokumentationsreihe, Regie und Buch: Gérard Mordillat, Jérôme Prieur Kamera: Paco Wisner, Produktion: Archipel 33m (ARTE/ARTE France, 8.12.15, 20.15–23.05 Uhr, 9.12.15, 22.20–0.10 Uhr, 10.12.15, 21.45–23.35 Uhr)

epd Der deutsch-französische Kultursender ARTE zeigt seine französischen Produktionen Berliner Journalisten und der frankophonen Gemeinschaft gerne vorab in der französischen Botschaft. Folge eins der neuen religionswissenschaftliche Reihe von Gérard Mordillat und Jérôme Prieur nach ihrem Zwölfteiler „Die Apokalypse“ (Kritik in epd 99/08) wurde dort am 19. November vorgeführt, also nicht einmal eine Woche nach jenem 13. November, der in die Zeitgeschichte eingehen wird wie der 11. September. Die Einlasskontrolle dauerte ungefähr so lange wie die gezeigte 52-minütige erste Folge. Schon der Brisanz wegen, die der Titel „Jesus und der Islam“ entfaltet, nahm es niemand übel.

Jesus' Name wird im Koran öfter genannt als der des Propheten Mohammed, das ist der Anlass. Die Reihe kennzeichnet audiovisuell ein rigider Purismus, der im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zur Ausnahmeerscheinung geworden ist und nur noch in manchen Prestigeproduktionen des französischen Fernsehens gepflegt wird. Zu sehen sind nahezu ausschließlich Köpfe von Wissenschaftlern, auch jüngeren und einigen weiblichen, vor schwarzem Hintergrund. Manchmal sind ihre Hände im Bild. Musik ist, leise, unterm Vorspann zu hören, dann wird nur noch Französisch, Englisch

und auch Deutsch gesprochen. Hansi Jochmann und Nina Hoss sprechen konzentriert die Übersetzungen der nicht-deutschsprachigen Aussagen. Und auf Arabisch wird aus dem Koran zitiert.

Die einzigen weiteren Bildinhalte sind mittelalterliche Handschriften. Dazu, sie ins Bild zu rücken, dienen die einzigen Kamerabewegungen. Und inmitten mancher schön geschwungenen Schriften fallen dann kleine, in Großaufnahme aber umso wirksamere Bilder auf, zeitgenössische Illustrationen. Jeder, der im Hinterkopf hat, warum die „Charlie Hebdo“-Redaktion überfallen wurde, denkt unwillkürlich, dass es sich da nicht um islamische Schriften handeln kann. Tatsächlich stammen die Illustrationen eher von frühchristlichen, als häretisch verfolgten Gemeinschaften, etwa aus dem Dometismus.

In den Bildern wie im Diskurs auf der Tonebene geht es um Figuren, um die einst auch im Christentum gestritten wurde, etwa Simon von Cyrene. Auf sie beziehen sich auch Verse im Koran, die einer der Wissenschaftler „extrem vieldeutig“ nennt. Die Wissenschaftlerin Jacqueline Chabbi erwähnt beiläufig, dass die Deutung des Begriffs der „Luftspiegelungen“ auch im syrischen Bürgerkrieg der Gegenwart eine Rolle spielt. In „Jesus und der Islam“ gehört zum wissenschaftlich strittigen Übersetzungsproblem, ob der Sure 4 zufolge statt Jesus ein Doppelgänger gekreuzigt wurde oder aber die Juden nur den Eindruck hatten, er sei gekreuzigt worden. Dass die Schilderung der Kreuzigung im Koran den Juden nicht wohlgesinnt ist, ist allerdings unstrittig.

So treten die inhaltliche Nähe zwischen den monotheistischen Weltreligionen, grundsätzliche Unterschiede zwischen ihren Schriften und auch die Brisanz von Auslegungen einzelner Wörter langsam, aber wirksam zutage. Ganz andere Bilder dafür, welche mörderische Dimensionen solche Auslegungsfragen annehmen können, wenn sie den Islam betreffen, hat wohl jeder Fernsehzuschauer des Jahres 2015 im Hinterkopf.

In der anschließenden Diskussion in Berlin ergänzte der Islamwissenschaftler Michael Marx, dass der wissenschaftliche Diskurs sich seit den Dreharbeiten, die bereits 2013 stattfanden, weiterentwickelt habe. Die intensive Recherche der Filmautoren und das sorgfältige Montieren der Aussagen von insgesamt 26 jeweils separat gefilmten Gesprächspartnern zu einem keineswegs langatmigen, aber von langem Atem getragenen Diskurs erfordern eben Produktionszeiten, die im Medienbetrieb 2015 schon aus der Zeit zu fallen scheinen. Wer sich auf diese Form von Fernsehen einlässt, hat jedenfalls einen Erkenntnisgewinn. *Christian Bartels*

Alltäglicher Terror

„Sie mussten die Hölle sehen – Auf der Flucht vor Boko Haram“, Dokumentation, Regie und Buch: Andreas Kuno Richter, Christian Büttner, Produktion: Eikon Nord (RTL, 22.11.15, 23.45–0.40 Uhr)

epd Eine Terrorgruppe, die Millionen Menschen in die Flucht treibt, Andersdenkende grausam verfolgt, eine Propaganda-Maschinerie samt Hinrichtungsvideos betreibt und ein Kalifat errichten will: Die Rede ist nicht etwa vom „Islamischen Staat“, sondern von Boko Haram, jener Miliz, die Nigeria grausam terrorisiert und in der öffentlichen Wahrnehmung im Westen doch weit weniger präsent ist als der IS.

Der Film von Andreas Kuno Richter und Christian Büttner ist in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) entstanden und begleitet die Mainzer Pastorin Renate Ellmenreich auf einer Reise nach Nigeria. Ellmenreich lebte einst als Missionarin in dem Land und half, den Analphabetismus zu bekämpfen.

Nun hat sie gemeinsam mit sieben anderen Mainzer Pfarrerinnen einen Hilfsverein für Witwen und Waisen im Norden Nigerias gegründet, wo Boko Haram männerlose Gesellschaften hinterlassen hat. „Es ist besser, ein Licht anzuzünden, als die Dunkelheit zu verfluchen“ – von diesem afrikanischen Sprichwort lässt sich Ellmenreich in ihrem Engagement leiten.

Die Pastorin will den Witwen helfen, aus allzu starren Traditionen auszubrechen, die ihnen als Frauen wenig Mitspracherechte einräumen. Sie kommt auf ihrer Reise dem Boko-Haram-Gebiet immer näher, besucht Flüchtlingslager und Hilfsprojekte wie ein Dorf für Witwen. Sie wagt sich auch in die gefährliche Stadt Maiduguri im Norden des Landes, Anlaufpunkt für Vertriebene, Schauplatz vieler Terroranschläge, nur wenige Kilometer vom „Kalifat“ entfernt. Sie trifft sich unter Militärschutz mit Hunderten Witwen.

Neben Ellmenreich tauchen viele Nigerianer auf: Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen, Vorkämpfer für den interreligiösen Dialog, viele Frauen, die Opfer von Boko Haram geworden sind. Leider bleibt den einzelnen Protagonistinnen und ihren Geschichten kaum Sendezeit vergönnt. Stattdessen lässt der Film fast pausenlos einen allwissenden, noch das kleinste Detail einordnenden Erzähler zu Wort kommen.

Dabei hätten die Frauen selbst mehr von dem erzählen können, was ihnen widerfahren ist. „Boko Haram hat meinen Mann umgebracht. Sie haben ihn geschlachtet, seinen Kopf vor unseren Augen von seinem Körper getrennt“, erzählt eine von ihnen. Leider bleibt dem

Zuschauer kaum Zeit, für einen Moment innezuhalten und solche Berichte zu verdauen.

Richter und Büttner bedienen sich unzähliger Drohnen-Luftaufnahmen, die kaum zur Erhellung beitragen und szenisch nur selten Sinn machen. Sicher, die nigerianische Landschaft ist faszinierend, aber es geht nicht um sie in diesem Film, und der Schrecken von Boko Haram wird nicht dadurch begreiflicher, dass man Szenen ständig noch einmal aus der Vogelperspektive sieht. Auch der unablässig tönende Soundteppich, der wohl irgendwie an die afrikanische Umgebung erinnern soll, passt kaum je zum Gesagten. Musik und Kommentator erinnern eher an eine leichtgängige Doku-Soap, der Schwere des Themas sind sie nicht angemessen.

Leider wird der Zuschauer in dem Gewirr an Schreckensgeschichten, an Lösungsvorschlägen und Hilfsprojekten alleine gelassen und ist bei der Vielzahl von Protagonisten schnell in Gefahr, die Orientierung zu verlieren, zumal der Film auf Namensinserts verzichtet.

Es fehlt auch ein roter Faden, man weiß nicht so recht, wovon die Dokumentation eigentlich erzählen will: vom Engagement der Renate Ellmenreich? Vom Leid der Frauen? Vom Terror Boko Harams? Von Land und Leuten in Nigeria? Sicher, all das gehört irgendwie zusammen, aber ein etwas schärferer Fokus auf einen Aspekt hätte dem Film gutgetan und wäre den starken Protagonistinnen gerechter geworden.

Eines jedoch bringt der Film sehr gut zum Vorschein: Die für europäische Augen traurige Widersprüchlichkeit eines Landes wie Nigeria. Ein Land, das, wie Renate Ellmenreich sagt, eigentlich das Potenzial hätte, die Schweiz Afrikas zu werden. Reich an Bodenschätzen, voller Millionäre - und doch in Terror und Korruption versinkend. Der Zuschauer erfährt, wie sich die Menschen einrichten in einer Welt, in der der Terror alltäglich geworden ist.

Dominik Speck

Was? Hallo?

„Der letzte Mensch auf dem Mars“, Hörspiel, Regie: Judith Lorentz, Buch: Christiane Kalss (SWR2, 1.12.15, 19.20–19.45 Uhr)

epd Auf dem Mars gibt es nur Rost. Die Staubteilchen, die da rumfliegen, sind herzförmig. Füchse gibt es auch nicht und kein Blut, nicht mal Ketchup. Dann landet eine bemannte nordkoreanische Rakete auf dem Mars, wo Steffi sich gerade mal so eingewöhnt hat. An Bord ihre beste Freundin Schnuppe. Irgendwie hat sich auch Marcel auf diesem Planeten eingefunden, der Freund

von Steffi, beziehungsweise der von Schnuppe. Na was denn jetzt? Das ist überhaupt das allerhäufigste Wort: Was? Was?

Christiane Kalss erzählt eine völlig verdrehte, irre Geschichte. Hoch auf den Mars, zurück zur Erde. Oder auch nicht. Eine männliche Stimme erreicht den Mars, ein bisschen verzerrt, aber immerhin. Wasser plätschert. Schweres Atmen. Kaum zu fassen, dass so ein Haufen Un-Sinn so viel Spaß machen kann beim Zuhören, dass man lacht und beinahe weint. Weil hinter all den Verrücktheiten, den Absonderlichkeiten, hinter Ängsten und Klagen wieder einmal die simpelste Sache der Welt sich versteckt: Die Liebe. In ihrer ganz normalen Kompliziertheit.

Steffi und Marcel lieben sich. Dann stellt Steffi den Marcel ihrer besten Freundin Schnuppe vor. Wenig später gesteht Marcel seiner Steffi: „Ich bin in Schnuppe verliebt.“ Und Steffi sagt: „Was?“ Gut, dass gerade jemand gesucht wird für eine Expedition auf den Mars. Jemand mit guter sozialer Kompetenz, mit Vertrauen und Kreativität. Also genau so jemand wie Steffi! Der Flug dauert sieben Erdmonate und die dabei auftretende starke Strahlung führt zur Veränderung der Organe, zum Beispiel wird das Herz kugelartig. Das ist Steffi nur recht. Sie wird ausgewählt. Schnuppe liest das auf Facebook und erzählt es Marcel. Der sagt: „Für immer? Ist schon krass.“ Schnuppe, mit Superlogik, sauer: „Ich dachte, wir sind auch für immer.“ Marcel: „Was?“

Marcel und Steffi hatten sich auf dem Flohmarkt kennelernt. Er hatte sich einen Hut gekauft, Steffi aß eine ganze Pizza und Eis mit Sahne und Streuseln. Das hat ihn schwer beeindruckt. Aber dann kam Schnuppe. Für Steffi ist das zu viel: Job weg, Freund weg und Freundin auch. Bleibt der „unkuschelige“ Mars. Aber auch da keine Ruhe. Marcells Stimme dringt zu ihr durch, die behauptet, sie würde ihn noch immer lieben. Überall Probleme.

Im Grunde ist der Mars ja okay: kein Tigerangriff, keine Atombombe, keine Supermärkte, Flutwellen, Katastrophen, auch nicht Massen von Menschen oder Kindern. Und kein Kapitalismus. Und die Erde? Die Erde ist wie sie ist, sie erfüllt ihren Zweck. Ehe Steffi sich richtig eingelebt hat, landet die Rakete der Nordkoreaner mit Schnuppe an Bord. Und Marcel ist auch da. Steffi soll gerettet werden, das heißt zurück zur Erde. Aber die Rakete hat nicht genug Plätze für alle drei. Steffi: „Was?“ Marcel: „Das bedeutet? Hallo?“ Dann kracht und rauscht es fürchterlich. Und eine Stimme räsoniert: „Wieso kann nicht einmal alles gut gehen?“

In dieser Inszenierung von Judith Lorentz mit den drei wunderbaren Darstellern Mira Partecke (Steffi),

Britta Steffenhagen (Schnuppe) und Florian Lukas (Marcel) ging alles sehr gut. Die drei sind herrlich naiv und treuherzig. Dabei ganz ernsthaft. Nie laut. Nie angestrengt. Als würden sie den Text proben, austesten, ihm nachspüren. So kann man eine Liebesgeschichte auch erzählen. Als wäre das alles neu. Mit all den Phantasien, den Fluchten, dem Nichtbegreifen, auch der Hoffnung.

Für Judith Lorentz ist der Mars real und die Erde auch. Das macht ihre Inszenierung federleicht. Sie lässt alle

drei Figuren so liebenswert erscheinen, dass man mit ihnen fühlt und auch über sie schmunzeln kann. Über das hehre Selbstmitleid von Steffi, über die eigentlich dreiste Unbedarftheit des jungen Mannes und über Schnuppers Verrat und Treue. Nichts ist eindeutig. Wie viel ist Wunschdenken, wie viel ist Unsicherheit, gibt es Gewissheit? So richtig „kuschelig“ ist der Mars nicht und schon gar nicht die Liebe. Aber was soll's? Man kann sie sich nicht aussuchen. *Renate Stinn*

■ NOTIERT

■ „Am Sonntagabend moderierte Jauch zum letzten Mal den politischen Talk in der ARD. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble war der einzige Gast, es war also eines der Face-to-Face-Gespräche, die als Königsdisziplin des politischen Talks gelten. Folgt der gewöhnliche Talk, der mit widerstreitenden Fachleuten, Einordnern und Betroffenen besetzt ist, den dramaturgischen Gesetzmäßigkeiten des Kasperletheaters, erinnert das Sologespräch eher an ein Schachspiel. Der Moderator kann sich nicht als Navigationsgerät des Gesprächs hinter dem Streit der Talkgäste verstecken; der Gast kann Fragen nicht entkommen, wenn ihn der Interviewer nicht lässt. Jauch hat am Sonntag weder gewonnen noch verloren. Er hat das Schachspiel einfach weggeworfen und mit dem Finanzminister ein porträtierendes Interview geführt, dessen halber Nachrichtenwert darin bestand, dass der in der Flüchtlingspolitik seine Loyalität zu Angela Merkel ausdrückte. Man merkte, dass Jauch die Schule von 891 Stern-TV-Sendungen bei RTL absolviert hat, in denen er mit Menschen über ihr Menschsein sprach.“ – *Klaus Raab auf „Zeit Online“*.

■ „Am Ende, also kurz vor Schluss der allerletzten Sendung von Gün-

ther Jauch im Ersten, es geht kursorisch um die von den Hamburgern abgelehnte Olympiabewerbung und die Kommerzialisierung des Sports im Allgemeinen, spricht Schäuble einen Satz, der einen würdigen Abschluss dieser vier Jahre Jauch im Ersten bildet. Einen Satz, der in Inhalt und Diktion zusammenfasst, was diese Sendung so erfolgreich gemacht hat und ihr gleichzeitig so viel Kritik einbrachte: ‚Mein Prinzip ist ja ohnedies, dass wir durch Übermaß alles gefährden können, und deswegen sollten wir uns bemühen, das rechte Maß immer wieder zu suchen und zu finden.‘ Und Applaus. So herrlich beruhigend für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Bundesrepublik wird es am vorgerückten Sonntagabend wohl nie wieder werden. Es sei denn, man legt sich direkt nach dem ‚Tatort‘ ins Bett.“ – *Stefan Kuzmany auf „Spiegel Online“*.

■ „Fraglich aber auch, ob die überwiegend männliche, überwiegend heterosexuelle und überwiegend 50 plus x Jahre alte Riege deutscher Kommentatoren einen männlichen Kanzler ähnlich beißfreudig angegangen wäre, wie sie dies seit Wochen mit Angela Merkel tut. In einem rhetorischen Überbietungswettbewerb stellen sie die Kanzlerin als Frau dar, der die Kontrolle über ihr Handeln entglitten ist. Sie verletze ihren Amtseid und schade

Deutschland. Im Grunde bewegt sie sich in den Augen dieser Männer nur noch knapp unterhalb der Landesverrattsschwelle. Sie sei die ‚Kanzlerin der Flüchtlinge, nicht der Deutschen‘ (‚Handelsblatt‘-Chef), habe ‚katastrophalste Fehler‘ (‚Cicero‘-Chef) begangen, verbräme Nichtstun moralisch (unser Herausgeber), befördere aus Naivität eine ‚wilde Völkerwanderung‘ (Ex-‚Focus‘-Chef) und habe keine Ahnung, wie die digitale Welt funktioniert (Ex-‚Wirtschaftswoche‘-Chef).“ – *Sascha Lehnartz in der „Welt am Sonntag“*.

■ „Und so war es, wie es immer ist, wenn eine gut meinende Redaktion mal wieder das vermeintlich Böse zu sich in die Runde einlädt. Wie neulich bei Jauch, dem Thüringer AfD-Fraktionschef Björn Höcke und dem Deutschland-Fähnchen. Dem politisch halbwegs wachen Zuschauer läuft ein kalter Schauer über den Rücken, wenn Petry schwadroniert, man solle doch die Geschichte bitte ‚nicht immer nur negativ‘ sehen, als es ums Völkische geht. Grusel, grusel.“ – *Ralf Wiegand in der „Süddeutschen Zeitung“*.

■ „Interessante Zukunftsperspektive: Der #Spiegel erscheint an keinem bestimmten Tag mehr – sondern dann, wenn es was zu berichten gibt.“ – *Claudius Seidl auf Twitter*.